

463
2835

G. Dänlich D K P
P Georg 79

elam

ARCHIV

**MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE**

**Kommunistenprozeß in USA:
ANGELA DAVIS**

**Wie links
ist Pop?**

Die Wahrheit über
den Underground

**Wer ist der
Größte?**

Cassius-Clay-Story

**Wer streikt,
der klaut auch!**

Hanomag-Jugend-Report



elan

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendreyewski, Jürgen Laimer, Rolf Jürgen Priemer, Karl Hubert Reichel, Karl Heinz Schröder, Dr. Peter Schütt, Pastor Horst Stuckmann, Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG

coopcreative

Jerken Diederich / Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

ZWEIGBÜRO

6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacherstraße 65

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl.
Mehrwertsteuer / Jahresabonne-
ment DM 13,— einschl. Zustell-
gebühr

KONTEN

Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt/
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

Druck:
Hosch GmbH.,
Frankfurt/M.



**P
FÜND
SACHS
HEN**

Verhör

— Wie steht's denn mit dem ehelichen Verkehr?

— Das stimmt auch hinten und vorne nicht mehr!

Aus „Ehen vor Gericht“, ZDF, 2. 12. 1970

Diese Jugend!

Dennoch ist die Spirituosen-Industrie mit ihrer Absatzentwicklung nicht zufrieden. Vor allen Dingen beklagt sie die „Alkohol-Abstinenz der Jugend“.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 13. 11. 1970 über die Spirituosen-Industrie, die 1970 ein Rekordergebnis erreichte.

62% prügeln?

In der sozialen Oberschicht betrachten es 38 Prozent der Befragten als sehr verwerflich, wenn ein Ehemann seine Frau wegen schlechter Haushaltsführung verprügelt.

Vorwärts, 10. 12. 1970



„Ich werde heute zu Ihnen über ein Problem sprechen, das uns alle interessiert: Über Vietnam.“



„Ich möchte auf diesen Fragen antworten, die auf den Lippen aller sind...“



„Warum führen wir diesen idiotischen Krieg?“



„Warum lähmen wir die Verhandlungen in Paris?“



„Was ist meine Rolle in der ganzen Sache?“



„Wer hat mir diese schwachsinnige Rede aufgesetzt?“

(Aus „Rinascita“)

Wahlgeheimnis

Sehr geehrte Herren: Sie fordern uns auf, Freiabonnements für verschiedene Ihrer Herren Studenten zu übernehmen. Bevor wir dies tun, möchten wir Sie bitten, uns für die genannten Herren mitzuteilen, wie dieselben bei der letzten Studentenvwahl gewählt haben. Sie werden verstehen, daß wir kein Interesse daran haben, gegebenenfalls Kreise zu unterstützen, die gegen die bestehende Ordnung und damit auch gegen die bestehende Wirtschaft agieren. Die Firma Rachengold an den Asta der Ingenieurschule Karlsruhe, der um verbilligte Essen-Plätze in der firmeneigenen Kantine nachgesucht hatte.

Endlich!

Beamte und Angestellte der Steuerverwaltung arbeiten ab Januar nach Recht und Gesetz. Flugblatt des Bundes Deutscher Steuerbeamten, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Letztes Aufgebot

Ich meine aber persönlich, daß es sich um ein letztes Aufbegehren einer „Nachhut“ handelt. Heinz Westphal, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjugendministerium, über die „Aktion Widerstand“.

Ich suche

Bürger, die nicht der SPD angehören

aber dennoch bereit sind, meine Kandidatur zum 7. Landtag Rheinland-Pfalz zu unterstützen.

Rufen Sie mich an (Telefon 02602/4304) oder schreiben Sie mir.

Hans Schweitzer MdL
6432 Wirges, Grenzstr. 6

(Aus „Westerwälder Zeitung“)

Fehltritt

Der Unfall ereignete sich in ihrer Wohnung, als Frau Pappritz nach einer Lesestunde aufstehen wollte, mit dem rechten Fuß, der ihr eingeschlafen war, einen Fehltritt machte und stürzte.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 15. 1. 1971, über einen Unfall der früheren Bonner Protokolldelegation.

Interne Streitigkeit

Polizei ging auf Bullenjagd. Überschrift in der „Frankfurter Rundschau“, 12. 1. 1971.

Vorsicht

Wenn wir in der Öffentlichkeit und vor allem von der Jugend ernst genommen werden sollen, dürfen wir nicht mit klugen Formeln operieren.

Dieter Lasse, Bundesvorsitzender der „Falken“, in „JG-Akuell“ 2/71.

Lieber Leser,



in den Morgenstunden des 8. Februar haben auf Befehl Nixons 30.000 Saigoner Söldner und US-Soldaten den Grenzfluß Xe Don überschritten und das neutrale Laos überfallen.

Am Abend zuvor hatte Appollo 14-Kommandant Alan B. Shepard – auf dem Rückweg vom Mond – seine Sprüche von Frieden und Völkerverständigung, von „segenreichen Wirkungen“ der angewandten Weltraumfahrt für „unsere Erde“ nach Hause gefunkt.

Doch was die US-Politik auch beginnt, es bringt Krieg statt Frieden, Völkermord statt Völkerverständigung, Fluch statt Segen. Just da zum dritten Mal Menschen den Mond betreten – angeführt von dem amerikanischen Millionär Shepard, demonstrativ bis ins Detail –, betreten auch amerikanische Soldaten zum dritten Mal ein indochinesisches Land in aggressiver Absicht. Barbarischer Einsatz völkerrechtlich verbotener Kampfmittel und Giftstoffe gegen Menschen, Wald und Reis Südvietnams, Kambodschas und jetzt auch Laos, Verbrennen ganzer Landschaften, Bombentepiche auf die Bevölkerung dieser Länder wie auch Nordvietnams, Massakrieren ganzer Dorfgemeinschaften: Das ist die Friedensbotschaft des Richard Nixon, seiner Generale und Hintermänner vom US-Monopolkapital.

Nixon ist wie toll. Wenn sein Krieg auch aussichtslos ist, so will er doch nicht ohne großen Knall, wie es einst Goebbels formulierte, von der indochinesischen Bühne abtreten. Mit seiner Verschärfung des Luftkrieges und dem angekündigten unbegrenzten Einsatz der US-Air Force über ganz Indochina, also auch über Nordvietnam, schreitet die Ausrottung der Bevölkerung der betroffenen Länder voran. Wen wundert es da, wenn der ehemalige US-Chefankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß gegen die deutschen NS-Größen, Telford Taylor, in seinem Buch „Nürnberg und Vietnam“ schreibt: „Es scheint, daß wir

versäumt haben, die Lektion zu lernen, die wir in Nürnberg lehrten!“ Wen wundert es da, wenn der demokratische Senator McGovern Nixon einen „Flirt mit dem dritten Weltkrieg“ vorwirft.

Schon spielt Nixon öffentlich mit dem Gedanken, die Pariser Gespräche platzen zu lassen; schon deutet Nixon die Möglichkeit der Invasion der Demokratischen Republik Vietnam an. Nichts bleibt von seinem Gerede über Abzug der US-Truppen aus Indochina; für lange Zeit sollen starke US-Streitkräfte in Südvietnam stehen, wenn es nach ihm geht.

Die Gesellschaft der USA ist mit allen Merkmalen des Faschismus ausgerüstet: Rassismus, soziale und politische Rechtlosigkeit der Massen, Inhaftierung ihrer politischen Führer (Angela Davis, Bobby Seale) – so im Innern. Spiel mit dem Weltkrieg, Überfall auf die um Freiheit ringenden Völker, Ausplünderung ganzer Subkontinente, Völkermord – so nach außen. Das Ganze wird ergänzt durch eine typisch faschistische Ideologie der Herrenrasse und des Weltgendarmentums. Diese unmenschliche Ideologie wird sichtbar, wenn Oberleutnant William Calley, von der Anklage der Tötung „orientalischer Wesen“ in My Lai bezichtigt, erklärt, nicht unrechtmäßig gehandelt zu haben. Er, Calley, habe den Eindruck gehabt, nicht „menschliche Wesen zu töten“, sondern Wesen, mit denen er nicht sprechen oder sich auseinandersetzen konnte. Was nicht dem US-Way of Life entspricht, wird also niedergemacht, ist unwertes Leben. Auschwitz 1971.

Wir können nicht weitermachen wie vor dem 8. Februar. Wir sind direkt angesprochen. Wenn unsere Regierung weiterhin zu den Verbrechen der US-Regierung schweigt, wenn sie weiterhin Milliarden Dollar Devisenhilfe der US-Kriegsmaschinerie in den Rachen wirft, wenn ihre Minister in Gesprächen mit Nixon weiterhin „volle Übereinstimmung“ erzielen, dann müssen wir unsere Proteste verstärken. In der BRD wurden jene thailändischen Piloten ausgebildet, die jetzt den Amerikanern helfen, Laos zu bombardieren; Monopole der BRD stellen Herbizide her, welche die Nahrung der Vietnamesen verseuchen. Schluß damit!

Es darf keine Gelegenheit verstreichen, diese Tatsachen bekannt zu machen und Solidarität mit den Völkern Indochinas zu entwickeln. Am 6. März ist der Solidaritätstag mit dem laotischen Volk, am 3. und 4. April folgen die Aktionstage gegen die US-Aggression in Indochina – für den Abzug der US-Truppen bis Juni 1971. Wir alle sind aufgerufen!

Herzlichst

Ulrich Junge

INHALT

Arbeiterjugend

Hanomag-Jugendreport	4
Lehrlingskongreß usw.	17
Ausbildungsförderung	18
Lehrlingsdemonstration in Bremen	19
Konzerne stoppen Ausbildung	19
Aktion „Goldenes Vorhängeschloß“	20

Sport

Die Cassius-Clay-Story	8
------------------------	---

Song und Pop

Wahrheit über den Underground	12
DDR-Songfestival	40
Song-Magazin	42

Poster

Links um Arno Ploog	16
	44

Italien

Im roten Bologna	30
------------------	----

100 Jahre

Vive la Commune!	34
------------------	----

Jugendpolitische Blätter

CDU – jugendfeindlich wie gehabt / DBJR zur Berufsausbildung / Neues von den „Falken“ / DJO bleibt DJO / Engels und die Arbeiterjugend	21
--	----

Monats-Magazin

Strauß-Guttenberg-Tribunal/ Angela Davis/Bundeswehr/ Guinea/NPD usw.	25
--	----

Leser	38
-------	----

Beilagenhinweis:

In dieser Ausgabe finden Sie zwei Verlegerbeilagen. Der Gesamtauflage ist beigelegt eine Beilage des Reclam-Verlags, Stuttgart. In einem Teil der Auflage finden Sie eine Werbebeilage des Deutschen Studentenreisendienstes (DSR). Wir bitten unsere Leser um Beachtung!
Weltkreis-Verlags-GmbH

Fotos:

ap (1), dpa (2), Engels (1), Junge (3), Mohr (1), Rose (3), Rossenbach (1), Silberzahn (1), Stein (2), Stelljes (1), Warner Bros. (4), Zint (2).

Titelbild:

Jerken Diederich/Annette Welke



HANOMAG

Wer streikt,

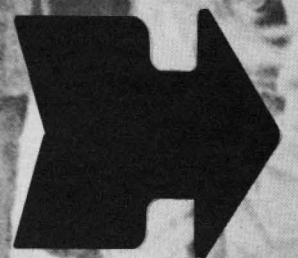


klaut auch

Clevere Werbemanager haben sich einen Gag einfallen lassen, um die Anziehungskraft der niedersächsischen Landesmetropole Hannover für Fremde zu steigern. Sie werben mit hübschen jungen Mädchen. So lächelten 31 Hannoveranerinnen von doppelseitigen Illustriertenanzeigen, und im Bildtext wurde versprochen: „Sie können diesen Mädchen schreiben, wenn Sie Hannover besser kennenlernen wollen.“

Was diese Mädchen dem Auswärtigen auch zeigen und anbieten – die „Gründerzeitromantik“ der westlichen Industrieviertel gehört bestimmt nicht dazu. Über 100 Jahre alte Fabrikhallen sind hier keine Seltenheit. Dazu zählt die Maschinenfabrik Hanomag, 135 Jahre alt – und die kann man den roten Backsteinbauten ansehen. Die alteingesessene Waffenschmiede – bis vor kurzem baute die Hanomag auch Panzer für die Bundeswehr – würde nach vollständiger Eingliederung in den Rhein Stahl-Konzern mit zivilen Aufgaben betraut. So hat man sich heute auf Baumaschinen spezialisiert, doch die erwarteten Erfolge blieben aus. Unternehmerrisiko nennt man das hierzulande. Und das heißt: Lehrlinge und Arbeiter haben die Zeche zu zahlen.

Was unter diesen Bedingungen Jugendvertreter und Jugendvertrauensleute zu leisten vermögen, lest Ihr in diesem Report von Hans-Jörg Hennecke.





Raupen stehen „auf Halde“, und 700 Arbeiter sollen gefeuert werden. Wer trägt das „unternehmerische Risiko“?

„Da wir auch im Werkzeugbau in Zukunft nur bei rationeller Fertigung bestehen können, muß ich jeden Mitarbeiter auffordern, zur Senkung der Fertigungszeiten das Seine beizutragen.“

Dieser Aushang, den ich am Schwarzen Brett der Rhein Stahl Hanomag lese, ist Ausdruck einer groß angelegten Erpressungsaktion gegen die 6000-Mann-Belegschaft in Hannover. 700 Arbeiter sollen über die Klinge springen, weil die Gewinnentwicklung des Betriebes nicht so ist, wie sich das die Konzernbosse in der Essener Rhein Stahl-Zentrale vorstellen. Die übrigbleibenden 5300 sollen dann eine höhere Produktionsleistung erbringen, als die heutige Gesamtbelegschaft. Ich frage den Werkzeugmacher Helmut L., was die Kollegen in seiner Abteilung dazu sagen: „Ausbeutung ist gar kein Ausdruck, die pressen uns aus wie 'ne Zitrone.“ Selbst in der verschleierte Bilanz – wo in der Rubrik Gewinn nur das auftaucht, was nicht mehr zu vertuschen war – werden für das Vorjahr 27 Millionen DM Gewinn ausgewiesen.

Ausbeutungsprämie für Bosse

Um diesen Gewinn hochzuschrauben, sind die Top-Manager des Konzerns unter Führung von Generaldirektor Toni Schmücker auf einen ganzen Katalog von Maßnahmen gekommen, die alle von derselben Frage ausgehen: Wie ist aus den Arbeitern noch mehr herauszuholen?

So lief das Maßnahme-Programm an:

+ Stilllegung von Betrieben, die keinen oder zu wenig Gewinn abwerfen.

+ Entlassung von Arbeitern bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktion.

+ Einführung von Leistungsgehältern für Manager.

Der letzte Punkt macht besonders deutlich, wohin der Hase laufen soll. Die Rhein Stahl-Bosse (offiziell heißen sie Vorstandsmit-

glieder) bekommen im Jahr 172.000 DM. Damit haben sie ein Monatsgehalt von über 14.000 DM. Soviel verdient ein Hanomag-Arbeiter nicht einmal im Jahr. Aber zu dem netten Jahresgehalt können sich die Bosse noch eine Masse hinzuverdienen: Wenn aufgrund verschärfter Ausbeutung im Konzern den Aktionären eine höhere Dividende als 6 Prozent gezahlt werden kann, erhalten sie für jedes darüberliegende Prozent 10.000 DM extra! 12 % Dividende z.B. heißt also: 60.000 DM Zulage! Motto: Holt aus den Arbeitern 'raus, was nur eben 'rauszuholen ist, damit die eigene Kasse stimmt.

„Das führt zu diesen Befehlen, daß wir zur Senkung der Fertigungszeiten beitragen müssen. Ist doch klar: wenn wir mehr schaffen, haben die einen höheren Gewinn.“ So denkt bei Hanomag mittlerweile nicht nur Helmut L.

„Soviel wie möglich Jugendvertrauensleute“

An die Wandtafel des Hanomag-Sitzungssaales ist mit Kreide geschrieben: „Wie funktioniert Mitbestimmung in der Praxis?“ Noch ist das nur ein Thema für den Bildungskreis, den der Betriebsrat hier organisiert. Denn im Werk selbst ist Mitbestimmung nur eine Phrase der Betriebsleitung.

Heute tagen im Sitzungssaal die gewählten Vertreter der Hanomag-Jugendlichen: Jugendvertreter und Jugendvertrauensleute gemeinsam mit dem Jugendausschuß des Betriebsrates. Von Achim Darmann, dem Vorsitzenden der Jugendvertretung, möchte ich wissen, warum bei Hanomag ein Jugendvertrauensleutkörper (das sind die gewählten Gewerkschaftsjugendfunktionäre im Betrieb) gebildet wurde. „Wir haben zu wenig Jugendvertreter. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz können höchstens fünf gewählt werden. Deshalb brau-



Hanomag-Werk: SS-Runen an der Göttinger Straße

chen wir soviel wie möglich Jugendvertrauensleute.“

Wilfried Griego, Mitglied des Ortsjugendausschusses der IG Metall Hannover, ergänzt: „Die Jugendvertrauensleute sind auch Informationsträger zwischen Jugendlichen und Jugendvertretung. Sie nehmen bei uns genau wie die Jugendvertreter an den Sitzungen teil und sind gleich stimmberechtigt.“

Diese Sitzungen – auf denen alle anstehenden Probleme diskutiert werden – finden vierzehntägig statt. Selbstverständlich während der Arbeitszeit. Daß auch die Jugendvertrauensleute daran teilnehmen können, ist ein erkämpfter Erfolg. Heute geht es darum, daß die 300 Hanomag-Lehrlinge ihre Berichtshefte immer noch während der Arbeitszeit schreiben dürfen, obwohl das eindeutig vom Berufsbildungsgesetz vorgesehen wird. Da die Unternehmensleitung anders nicht zu beeindrucken ist, haben die fünf Jugendvertreter und die 25 Jugendvertrauensleute eine Unterschriftenaktion für ihre Forderung im Betrieb gestartet: bisher setzten 400 Kollegen ihren Namen unter die Liste.

Toilettendienst als Ausbildung

Auch sonst ist die Betriebsleitung kaum bereit, die wenigen Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes anzuerkennen, in denen den Lehrlingen einige Rechte zugestanden werden. Ausbildungsfremde Arbeiten sind an der Tagesordnung. Ein Beispiel von vielen: In der Gesenkwerkstatt sollten Lehrlinge wieder einmal als billige Hilfsarbeiter ausgenutzt werden. 20.000 Haken waren zu entgraten. Als die Jugendvertretung davon erfuhr, protestierte sie entschieden. Jugendvertreter Michael Dege: „Eine andere Möglichkeit läßt uns das Gesetz nicht.“ Der Protest, verbunden mit einem deutlichen Fingerzeig auf das Berufsbildungsgesetz, hatte Erfolg. „1.000 Haken könnt ihr



Erfolge durch konsequente Interessenvertretung: Hanomag-Jugendvertreter und Jugendvertrauensleute

machen, braucht es aber nicht“, hieß es auf einmal großzügig. „Trotzdem kommen immer wieder ausbildungsfremde Arbeiten vor. Aber darauf achten wir und die Jugendvertrauensleute jetzt besonders.“ Das sagt mir Michael.

Auch das Reinigen der Lehrwerkstatt-Toiletten gehörte bis vor kurzem zu den Hanomag-„Ausbildungsmaßnahmen“. Toiletten, die diesen Namen nicht verdienen. Auf den Innenseiten der Türen war in riesiger Schrift zu lesen: „Wer diese Türen beschädigt, wird entlassen“. Während das der Lehrling las, saß er auf dem nackten Porzellan und mußte aufpassen, daß seine Hose nicht naß wurde, weil der Fußboden oft unter Wasser stand. Doch die Zeiten sind vorbei. Die Toiletten wurden renoviert, und Lehrlinge stellen nicht mehr den Reinigungsdienst. Ein Erfolg der Jugendvertretung.

„Es geht dabei nicht nur um die kleinen Verbesserungen, die wir durchgesetzt haben. Die Lehrlinge sehen, daß wir uns für sie einsetzen. Deshalb unterstützen sie uns. Und weil sie hinter uns stehen, haben wir eben auch Erfolg. Ein weiteres Ergebnis ist, daß sich mittlerweile 80 % der jungen Kollegen in der IG Metall organisiert haben“, meint Michael Dege.

Klauen streikende Arbeiter?

Neben dem Haupttor der Hanomag an der Göttinger Straße steht das überlebensgroße Standbild eines Arbeiters – aus Stein gehauen. Doch das liegt nicht daran, daß die Hanomag-Betriebsleitung etwa auf den sozialistischen Realismus eingeschworen ist. Denn auf der anderen Seite des Haupttores ist ein anderes „Kunstwerk“ zu betrachten: eine SS-Rune, sauber in Stein gemeißelt. Nazi-Ungeist zur Verschönerung des Werkes. . . Daß sich dieser Ungeist nicht nur in der stolzen Schaustellung von SS-Runen zeigt, macht die Behandlung von

Ausländern deutlich. Im hannoverschen Vorort Bornum hat die Hanomag zwei Wohnblocks mit Dreizimmer-Wohnungen für Gastarbeiter zur Verfügung gestellt. In jede dieser Wohnungen wurden neun und manchmal sogar zehn ausländische Kollegen eingepfercht. Ohne mit der Wimper zu zucken, kassiert Wohnungsvermieter Hanomag 50 DM pro Mann. Jede Wohnung bringt also 450 – 500 DM im Monat! Ausländer sind eben der letzte Dreck.

Daß die einheimischen Arbeiter auch nur für die Rhestahl-Gewinne gut sind, weiß man an der Göttinger Straße spätestens seit dem letzten Streik. Da wurden aus den „lieben Mitarbeitern“ plötzlich Kriminelle – wie in der für diesen speziellen Fall herausgegebenen „Dienstweisung für Werkschutz und Werksfeuerwehr“ nachzulesen ist.

„Die Brandschutzstreifen sind zu verstärken“. Streikende Arbeiter zündeln also!

„Bei allen strafbaren Handlungen, die im Verlauf des Arbeitskampfes von Streikenden oder dritten Personen begangen werden, ist auf die Sicherung von Beweismitteln zu achten.“ Klauen streikende Arbeiter? Als „mögliche strafbare Handlungen“ wurden den „lieben Mitarbeitern“ unterstellt: „Die Streikposten rempeln, spucken, treten den Arbeitswilligen auf die Zehen, treten in die Knöchel, ins Schienbein, stoßen durch schnelles Hochziehen mit dem Knie, stellen ein Bein, versetzen Fausthiebe. Derartige körperliche Mißhandlungen und Gesundheitsbeschädigungen stellt das Gesetz als Körperverletzung. . . unter Strafe.“

Unter dem Absatz „Strafen“ folgten dann die weiteren angenommenen „Verbrechen“:

„Gefährliche Körperverletzung: (Benutzung einer Waffe, eines Messers, eines anderen gefährlichen Werkzeuges, Fußtritte mit beschuhtem Fuß, hinterlistig, von mehreren gemeinschaftlich). . .“

„Wer nicht wählt – wählt falsch!“

Das Beispiel zeigt: Arbeiter werden als Kriminelle verunglimpft, wenn sie sich nicht willig einer kleinen Minderheit von Besitzenden unterwerfen. Gegen diese skrupellose Minderheit gilt es, die Interessenvertretung der Arbeitenden zu stärken.

In diesem Jahr stehen in den meisten Betrieben Jugendvertreterwahlen an. Bei Hanomag wurde schon gewählt – eine aktive Jugendvertretung, die trotz kaum vorhandener gesetzlicher Rechte bereits als engagierte Interessenvertretung tätig wurde. Wie die Vorenthaltung von Mitbestimmungsrechten für Jugendvertreter beantwortet werden muß, hat der DGB-Bundesvorstand in einem „Aufruf zur Jugendvertreterwahl '71“ erklärt:

Mehr Rechte für die arbeitende Jugend!

„In diesen Monaten treffen die jungen Arbeitnehmer in den Betrieben und Unternehmen eine wichtige Entscheidung. Sie werden an der Wahlurne darüber befinden, wer ihre Interessen im Betrieb für die nächsten 2 Jahre vertritt. Überall dort, wo ständig mehr als 5 Jugendliche unter 18 Jahren beschäftigt sind und wo ein Betriebsrat besteht, müssen Jugendvertreter gewählt werden. So bestimmt es nicht nur das Betriebsverfassungsgesetz, sondern die Wahl von Jugendvertretern ermöglicht auch die aktive Teilnahme junger Arbeitnehmer bei der Vertretung ihrer besonderen Interessen.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften fordern mit allem Nachdruck mehr Rechte für die arbeitende Jugend, das heißt vor allem

eine wirksamere Interessenvertretung im Betrieb und in der Ausbildung durch mehr Rechte für die Jugendvertreter, eine bessere Berufsbildung, wirksameren Jugendarbeitsschutz, 30 Tage Erholungsurlaub, Bildungsurlaub,

Herabsetzung des Volljährigkeitsalters.

Diese gewerkschaftlichen Forderungen werden dann wirkungsvoll unterstützt, wenn alle Jugendvertreter und Jugendliche ihre zur Zeit noch unzulänglichen Rechte voll ausnutzen und durch ihre Tätigkeit unter Beweis stellen, wie notwendig es ist, der Jugend im Betrieb mehr Rechte für ihre Interessenvertretung zu geben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert alle jungen Arbeitnehmer auf, auch bei den Jugendvertreterwahlen 1971 durch eine große Wahlbeteiligung ihre Bereitschaft zur Durchsetzung ihrer Rechte und Forderungen in den Betrieben und Unternehmen zu zeigen.

Der DGB erwartet von allen Betriebsräten die notwendige Unterstützung bei der Einleitung und Durchführung der Jugendvertreterwahlen.

Wer nicht wählt, wählt falsch!“



WER IST DER GRÖSSTE ?

**Er ist wieder da. Der Größte,
Muhammad Ali alias Cassius Clay.
Weil er nicht nach Vietnam gehen wollte,
entzogen die US-Behörden
dem Weltmeister die Profilizenz.
Doch am 8. März wird er wieder im Ring
stehen, um sich seinen Weltmeistertitel
von Joe Frazier zurückzuholen.
Hunderte Legenden ranken sich
um diesen Boxer. Alex Gregor ist
ihnen nachgegangen. Hier sein Bericht.**

Es begann bei den Olympischen Spielen in Rom an einem schwülen Septemberabend des Jahres 1960. Damals war Cassius Clay noch längst nicht der berühmte Profi. Im Palazzo dello sport kämpfte der junge amerikanische Neger um die olympische Goldmedaille. In den vorhergehenden Kämpfen hatte er den sowjetischen Boxer Gennadi Schatkow und den Australier Anthony Madigan besiegt, und an jenem Abend ließ er in der dritten Runde den polnischen Halbschwergewichtler Zbigniew Pietrzykowski buchstäblich nicht zum Zuge kommen.

Der damals 18jährige Marcellius Clay war außerhalb des Ringes sehr schüchtern, und auf der Pressekonferenz nach seinem Sieg wußte er vor Verlegenheit nicht aus noch ein. Ich glaube mich zu erinnern, daß der „Corriere della Sera“ spöttisch schrieb: „Wie soll er bei so einem Charakter in Amerika durchkommen?“

Als Olympiameister in die Staaten zurückgekehrt, wurde Marcellius gleich anders. Zunächst änderte er seinen Namen. Die Geschichte des alten Roms hatte er sicher nicht studiert und wußte wohl auch kaum etwas vom Lebenslauf eines Komplizen des Brutus mit Namen Cassius. Was auch immer der Grund gewesen sein mag, er erschien als Profi mit dem neuen Namen Cassius Clay. Jetzt, zehn Jahre später, gibt es auch den nicht mehr. Er nennt sich, wie gesagt, Muhammad Ali.

Der Namenswechsel erinnerte erst an eine Farce, dann an einen Krimi und schließlich an ein Drama. Dieses ist noch längst nicht zu Ende, und es dreht sich dabei natürlich nicht um den Namenswechsel. Der Mann, von dem hier die Rede ist, wäre nicht so, wie er ist, wenn er nicht in den USA geboren wäre und lebte. Gerade der amerikanische Lebensstil, gerade das Amerika der 50er und 60er Jahre hat sowohl den Marcellius und den Cassius Clay als auch den Muhammad Ali hervorgebracht. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur daran zu denken, was der berühmte Boxer im letzten Jahrzehnt erlebt hat.

Zirkus im Ring

Als Clay 1960 heimkehrte, war das ein richtiger Triumphzug, und die folgenden vier oder fünf Jahre waren wolkenlos für ihn. Man setzte ihn nicht wie die dreifache Olympiasiegerin Wilma Rudolph mit dem Anranger: „Neger werden hier nicht bedient!“ aus Restaurants hinaus. Im Gegenteil, er wurde überall auf Händen getragen. Um ihn sammelten sich sofort elf Geschäftsleute, größtenteils Tabak- und Alkoholkönige aus dem Staate Kentucky, die ihm lohnende Wettkämpfe vermittelten (als Profi war Clay Schwergewichtler geboren), die ihn aber – natürlich, ohne daß er es merkte – durch einen Knechtschaftsvertrag an sich banden.

Der glänzende Sportler, der bei den olympischen Spielen das Ehrenpodest bestiegen hatte und dem die Profiweltmeisterschaft winkte, der in Geld und Ruhm schwamm, vergaß keinen Augenblick, daß er auch weiter Geld und Ruhm verdienen mußte, selbst wenn die Sache einen etwas skandalösen Anstrich hatte, denn in den USA ist jede Publicity recht. Gewiß spielten da auch sein jugendlicher Leichtsinnsinn und sein angeborenes Temperament eine Rolle. Er bemalte sich das Gesicht wie ein Clown, womit er das Publikum bald schockierte, bald amüsierte. Als er einmal gegen den Engländer Cooper antrat, erschien er im Ring in Purpurmantel und Krone. Das Londoner Publikum faßte das als Anspielung auf Englands eherne Königstradition auf und war furchtbar entrüstet. Vor dem entscheidenden WM-Kampf, in dem Sonny Liston den Titel zu verteidigen hatte (der Kampf fand am 25. Februar 1964 in Miami Beach, Florida, statt), redete Clay seinen Rivalen in der Presse und im Fernsehen fol-

gendermaßen an: „Du dickes Schwein! Du alter Zottelbär! Du wirst mir noch zu Füßen liegen!“

Übrigens glaubte damals kaum jemand an den Glücksstern des Anwärters auf die Meisterschaft. Selbst der berühmte „braune Bomber“ Joe Louis setzte im Toto auf Liston. Die Chancen standen 7:1 zugunsten des damaligen Weltmeisters. Von 50 bekannten Sportkommentatoren, die sich in der Convention Hall versammelten, glaubten nur drei an Clays Sieg. Man wußte ja, daß er, Profi geworden, seine Art zu boxen kaum geändert und nicht die notwendige Härte und Zähigkeit erworben hatte. Obwohl er zwischen 1960 und 1964 im Profiring 20mal gesiegt hatte – 16mal durch Knockout –, schien er, der spielend Boxende, neben dem bärenhaften Liston zu zierlich.

Kämpfe gegen Liston

In der ersten Runde war der Anwärter auf die Meisterschaft dem Weltmeister sichtlich überlegen. Es gelang ihm, zwei Gerade mit der Rechten, mehrere Schläge mit der Linken und einige Hochhaken anzubringen.

In der zweiten und dritten Runde machte Liston mit dem Gegner, was er wollte, und Clay entging mit Mühe und Not einem Knockout.

In der vierten lag wieder Clay vorn, in der fünften gab er abermals nach. Die federnen Seile warfen ihn geradewegs vor Listons Fäuste.

Dann kam die sechste Runde. Liston schwoll ein Auge zu, er wurde schwerfällig, Clay griff an. Der Schiedsrichter, Felix Barney, stellte die gleiche Punktzahl, 57:57, fest, und die Boxer machten eine Ruhepause.

Dann erklang der Gong. Liston saß in seiner Ecke, über ihn beugte sich der Arzt,

befühlte eine Schulter und winkte den Ringrichter heran. Nach einigen Augenblicken ertönten in der Convention Hall Worte, die sofort von Rundfunk und Fernsehen und von den Abendblättern wiederholt wurden:

„Sonny Liston hat eine verletzte Schulter, er gibt auf. Der Sieg mit einem technischen Knockout ist Cassius Clay zugesprochen worden. Cassius Clay ist der neue Weltmeister im Schwergewicht.“

Er trat eine Tournee durch Amerika an, um Lorbeeren zu ernten. Liston lag inzwischen in Miami Beach im St. Francis-Krankenhaus. Acht Ärzte untersuchten ihn sorgfältig, konnten aber keine Diagnose stellen. Sogleich schrieb die Presse von einer „geheimnisvollen Schulterverletzung“ Listons. Die Sache war um so verdächtiger, als es in der Geschichte des professionellen Boxens in den USA noch nie vorgekommen war, daß jemand aus einem solchen Grunde aufgab. Umgekehrt, sie weist ziemlich viele Beispiele dafür auf, daß ein Wettkampf mit dem Tod eines Partners endete. Im 20. Jahrhundert hat sich das in den USA insgesamt 450mal zugetragen. Der Kampf in Miami Beach dagegen war nach der ersten Klage Listons über eine Verletzung eingestellt worden, obwohl er bis zur siebenten Runde keine Spur von einer Verletzung gehabt hatte.

Eine Kommission in Miami Beach erklärte, der Kampf Liston-Clay müsse sorgfältig untersucht werden. „Ich hatte den Eindruck, daß nicht Clay gesiegt, sondern daß Liston verloren hat“, sagte der Schwede Ingemar Johansson, ein ehemaliger Boxweltmeister. Die „New York Times“ forderte in einem Leitartikel ein völliges Verbot des professionellen Boxens und betonte, daß sich hinter seinen Kulissen nach wie vor bekannte Gangster verstecken und bereichern. Es fielen Namen wie Franky Carbo,

Gezeichnet von einem harten Kampf über 15 Runden sind sowohl Oscar Bonavena (links) als auch Cassius Clay. Es gelang Clay, den „Pampasstier“ Bonavena in der 15. Runde durch K.o. zu besiegen. Wird es gegen Frazier wieder klappen?



Blinky Palermo und die anderer Bosse der Sportmafia.

Genau 15 Monate gingen ins Land. Am 25. Mai 1965 war die Halleneisbahn in Lewiston (Staat Maine) der Schauplatz des Revanchekampfes. Bereits einen Monat zuvor erschien auf den amerikanischen Bildschirmen ein junger Mann und sagte sachlich und vertraulich:

„Ich bin ein König. Ich bin der stärkste und schönste Mann. Ich bin der Größte der Welt.“

Nun meldete sich der Ansager:

„Sie sehen den Boxweltmeister Cassius Clay!“

„Nennen Sie mich den unvergleichlichen Cassius Clay“, verlangte dieser.

Alles war wie etwas mehr als ein Jahr vorher. Der Revanchekampf in Lewiston ging am 25. Mai noch schneller und noch merkwürdiger zu Ende als der Kampf in Miami Beach. Er dauerte nicht länger als eine Minute, und Liston wurde knockout geschlagen, was weder das Publikum bemerkte noch der Filmstreifen festhielt. Wieder wirbelte die Sache viel Staub auf, Veteranen des Profiboxens – Joe Louis, Gene Tunney und Jack Dempsey – zuckten auf Fragen von Reportern verwundert die Achseln, und die Boxfans von Lewiston richteten sogar die schriftliche Bitte an die Regierung der USA, eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit und zur weiteren Überwachung des Profiboxens zu ernennen.

Ein ungleicher Kampf

Beide Kämpfe mit Liston nehmen in der Sportkarriere Clays einen ganz besonderen Platz ein. Vor und nach ihnen, vom olympischen Turnier ganz zu schweigen, gewann er alle Kämpfe recht überlegen, elegant und geschickt. Diese beiden Kämpfe aber. . .

Unsere heutige Kenntnis von Clay nötigt uns keineswegs dazu, seine Handlungsweise von 1964 und 1965 zu rechtfertigen. (Ich wiederhole: Die Sache ist nicht endgültig geklärt.) Aber ebensowenig Grund haben wir zu übereilten Schlußfolgerungen und dazu, ein simples Schema aufzuzeichnen: Vito Genovese, der damalige Chef der amerikanischen Mafia, habe seine Sportbosse Franky Carbo und Blinky Palermo angewiesen, die beiden Boxer zu kaufen, damit er die Wette gewänne, und die Sache habe geklappt. So oder ungefähr so schrieb damals fast die ganze Weltpresse.

Natürlich war es viel komplizierter. Daß in den USA der Profisport, namentlich das Boxen, in den festen und nicht immer sichtbaren Fangstricken des Busineß liegt, ist eine Tatsache. Auch in Amerika wird kein Hehl daraus gemacht. Dort ist die Macht der Gangster über das Profiboxen groß und traditionell. Sie entstand lange, bevor Liston und Clay zur Welt kamen, und ist durch Bittschriften der Einwohner von Lewiston und durch Leitartikel in der „New York Times“ nicht zu überwinden.



Man muß feststellen, daß es in der Welt des amerikanischen Boxsportes einfach unmöglich ist, ein bekannter Sportler zu werden und dabei den Kontakt mit Gangstern in Gestalt von Managern oder Trainern zu vermeiden. Es mag also durchaus sein, daß Cassius Clay selbst erst dann genau erfahren wird, was sich im Ring (oder richtiger in den Wandelhallen) von Miami Beach und Lewiston zutrug, wenn das Gangsterreich der Cosa Nostra zusammenbricht. Wann aber wird das geschehen?

Doch fahren wir in unserer Erzählung über Clay fort! Im Jahre 1964 erlebte er noch etwas Wichtiges: Er trat den Schwarzen Moslems, einer Organisation extremistischer Neger, bei, die sozusagen den Rassismus mit umgekehrten Vorzeichen auf ihre Fahne geschrieben haben. Die Führer der Schwarzen Moslems brauchten Cassius Clay, weil er im ganzen Land bekannt ist, Clay aber brauchte die Schwarzen Moslems. . . Wahrscheinlich war das für ihn anfangs nichts weiter als ein neuer Trick, als ein weiteres Mittel, das Publikum auf sich aufmerksam zu machen. Dennoch zog er das Moslemgewand mit größerem Ernst als den Purpurmantel im Londoner Ring an.

Wichtig ist festzustellen, daß Cassius Clay damals und, nach seinen heutigen Äußerungen zu urteilen, auch jetzt mit dem extremistischen Programm der Schwarzen Moslems nicht einverstanden ist, womit er sich bei ihnen unverkennbar mißliebig macht. Er hat seinen neuen Namen – Muhammad Ali – auch nicht gleich angenommen. Anscheinend hat er sich diesen Schritt nach einiger Zeit ernsthaft überlegt, als er sich Gedanken über die Geschehnisse ringsum zu machen begann und sich dem tragischen Geschick des Negervolkes verbunden fühlte, als ihm die Verzweiflungsausbrüche der dunkelhäutigen Amerikaner und die Grausamkeiten der Straftruppen in Erinnerung riefen, daß er ein Neger ist.

Hiebe gegen das Establishment

Im Jahre 1966 nun tat Cassius Clay oder vielmehr schon Muhammad Ali etwas, das zeigte, daß dieser Mann sich nicht nur im Ring behaupten kann, sondern auch im öffentlichen Leben einen recht bestimmten Standpunkt vertritt. 1966 erklärte er, daß er die „Schanduniform“ nicht anziehen und nicht Tausende Meilen weit fahren werde, um für ein Land, das seine dunkelhäutigen Brüder zu Staatsbürgern zweiter Ordnung herabwürdigt, Bewohner Vietnams zu morden. Anfangs hörte man aus diesen Worten und diesem Entschluß nur die nationale Kränkung heraus, das Reagen eines dunkelhäutigen Amerikaners auf die Unterdrückung und Verfolgung von seiten der weißen Rassisten, aber später brachte Clay seinen Standpunkt klarer zum Ausdruck: Er wolle nicht an der unmenschlichen Aktion der Machthaber des Landes beteiligt sein, er wolle – auch als Bevorzugter – zu keiner Strafexpedition gehören.

Die Erklärung: „Ich lehne es ab, mit dem Gewehr nach Vietnam zu gehen“, klang wie der Gong zum Beginn eines ungleichen Zweikampfes des Boxers mit dem amerikanischen „Establishment“. Clay wurde sofort ein schwerer Schlag beigebracht: Fünf Jahre Gefängnis und 10 000 Dollar Geldstrafe wegen „Auflehnung gegen die Staatsmacht“. Der Boxer bezog Verteidigungsstellung. Mit Hilfe von Anwälten rückte er die greifbare Gefahr einer Haftstrafe in weitere Ferne, aber die Hilfe der Anwälte kostete gehöriges Geld, das er außer den 10 000 Dollar Geldstrafe aufbringen mußte.

Das amtliche Amerika ging zu einem neuen Angriff über. Auf Kommando der Behörden wurde Clay die Lizenz des Profiboxers

entzogen. Man nahm ihm nicht nur das Recht, im Ring anzutreten, sondern sprach ihm auch den Weltmeistertitel ab. Dann ein hinterlistiger Haken: Man verbot ihm die Ausreise aus den USA und das Antreten in ausländischen Ringen.

29 Kämpfe und 29 Siege bis 1967. Dann eine Pause von dreieinhalb Jahren. Das Ringen Clays mit dem amtlichen Amerika dauert noch heute an, denn der endgültige Beschluß über Clays Haft soll demnächst vom Obersten Bundesgericht der USA gefaßt werden.

Die Schläge des Gegners haben ihm die Bravour und das exzentrische Gehabe ausgetrieben. Jetzt ist Muhammad Ali ernst, gesammelt und ruhig. Er hat in den letzten Jahren offenbar eingesehen, daß wirklicher Anhang nicht das brüllende Publikum um den Ring ist, sondern daß er sich Worte prägen muß, wie sie Martin Luther King kurz vor seinem tragischen Ende zu ihm sprach. Der Negerführer beglückwünschte den Negerboxer dazu, daß er auf Millionen Dollars verzichtete, um seine Überzeugung zu verfechten.

Das Comeback des Stars

Als schließlich Cassius Clay oder Muhammad Ali im ungleichen Zweikampf mit den Behörden seinen ersten Erfolg hatte und vor kurzem gegen den kalifornischen Boxer Jerry Quarry antreten durfte, um dem verlorenen Weltmeistertitel wieder näherzukommen, kam ihm auch bei den rein sportlichen Vorbereitungen seine heutige Ruhe und Sammlung nicht abhanden. „Genug geprahlt! Ich will nur mit Quarry kämpfen“, sagte er zu einem Korrespondenten des „Life“.

Er hat es denn nun am 26. Oktober des letzten Jahres, trotz des offiziellen Verbots, zu Clays Kampf mit Quarry kommen können, noch dazu in Atlanta, der Hauptstadt des rassistischen Staates Georgia?

Das hat mehrere Ursachen. Clays Kampf war eine Folge der breitangelegten Aktionen der Neger in den USA und wiederum ein Vorbild für viele. Man braucht da nur an die Protestdemonstration zweier dunkelhäutiger Amerikaner – des Olympiasiegers Tommy Smith und des Bronzepreisträgers in Mexiko John Carlos – zu denken: Auf dem Ehrenpodest hoben sie beim Anblick des Sternenbanners nicht die Köpfe, sondern senkten sie und hoben dafür die in schwarzen Handschuhen steckenden Fäuste. Clay war also keineswegs der einzige Unbotmäßige, und sein Verhalten wurde auch von vielen weißen Amerikanern, besonders jungen, unterstützt. Was die Veranstalter des Boxkampfes in Atlanta betrifft, so teilen sie gewiß nicht Clays Anschauungen, aber wie Maurice Vidal, der Chefredakteur der französischen Zeitschrift „Miroir Sprint“, geistreich bemerkte, sind die USA „ein Land, in dem man sich schwer damit abfinden kann,

einen solchen Dollarproduzenten beschäftigungslos zu lassen“.

Der Kampf zwischen Clay und Quarry fand am 26. Oktober 1970 statt und war im Fernsehen vieler Länder zu sehen. Der Gouverneur von Georgia, der für seinen unverhohlenen Rassismus berüchtigte Lester Maddox, hatte die „anständigen Amerikaner“ aufgerufen, gegen den „schmählichen Boxkampf“ zu protestieren, und den 26. Oktober zum Trauertag erklärt. Aus Protest marschierten vor der Sporthalle „Auditorium“ Banditen von der berüchtigten Amerikanischen Legion.

Sieg über die US-Gesellschaft

Dennoch begrüßte eine überwiegende Mehrheit des Publikums den ehemaligen Weltmeister. Auf den Tribünen saßen bekannte Teilnehmer der Negerbewegung wie Coretta King, die Witwe Martin Luther Kings, Pastor Ralph Abernathy und die Schauspieler Harry Belafonte und Sidney Poitier.

Als Clay nach neun Minuten siegte und Funk- und Fernsehkommentatoren ihm ein ganzes Bündel Mikrofone hinhielten, sprach er ruhig und sicher den Satz:

„Es handelt sich um mehr als den Sieg eines Boxers, es handelt sich um einen moralischen Triumph über die Gesellschaft.“

Ja, das war ein Triumph über die Gesellschaft, die den Unbotmäßigen verfolgte und keineswegs die Absicht hat, die Hetze gegen ihn einzustellen, vor allem, nachdem er sich in Los Angeles an einem Protestmarsch für die Freilassung der Negerin und Kommunistin Angela Davis beteiligt hat. Es mag durchaus sein, daß das Oberste Bundesgericht die von Cassius Clay oder Muhammad Ali eingereichte Berufung abweisen und damit die Freiheitsstrafe bestätigen wird. Es mag auch durchaus sein, daß sich der ehemalige Weltmeister, der nach dem Kampf mit Quarry im New-Yorker Madison Square Garden mit einem technischen Knockout über den Argentinier Oscar Bonavena siegte und recht gute Chancen gegen den jetzigen Weltmeister Joe Frazier hat, am 8. März die Krone zurückerlangen und dann ins Gefängnis wandern wird.

Aber wozu ein Rätselraten anstellen? Der 28jährige Negerboxer, der beste Amerikas, hat schon so oft allerlei Voraussagen widerlegt. Er lebt in einer Gesellschaft, über die er soeben einen „moralischen Sieg“ davongetragen hat, ist aber nicht frei von dieser Gesellschaft. Und sie strengt sich an, ihn mit Zuckerbrot und Peitsche kirre zu machen. Der Kampf Clays ist nicht zu Ende und nicht auf die Dreiminutenrunden in den mit seinen Freunden und Gegnern vollgepfropften Sälen beschränkt. Clay-Ali stehen noch die entscheidendsten Kämpfe und schwere Prüfungen sowohl im Ring als auch in der Politik bevor.

**Einladung zu einer wissenschaftlichen Tagung
veranstaltet vom Institut
für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF),
Frankfurt/Main
am 17. und 18. April 1971
in Frankfurt am Main**

**„Ökonomische
Theorie
Politische Strategie
und
Gewerkschaften“
Auseinandersetzung mit
neoreformistischen
und neosyndikalistischen
Anschauungen**

Themen der Referate

1. **Monopoltheorie und Kapitalismuskritik**
Prof. Dr. Peter Heß (Berlin/DDR, Deutsches Wirtschaftsinstitut)
2. **Marxistische Klassentheorie und die Ideologie der „Neuen Arbeiterklasse“**
Dr. Heinz Jung (Frankfurt/Main, IMSF)
3. **Neoreformistische Theorien und Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung**
Prof. Dr. Josef Schleifstein, (Köln, IMSF)

Entsprechend der Thematik der Hauptreferate werden drei Arbeitsgemeinschaften (AG) gebildet. Neben den jeweiligen Referaten werden Themen und Aspekte, die die Fragestellung des Hauptreferates erweitern und vertiefen und die gegebenenfalls in Kurzreferaten abgehandelt werden, zur Diskussion gestellt.

- AG 1 Monopoltheorie und Kapitalismuskritik**
AG 2 Marxistische Klassentheorie und die Ideologie der „Neuen Arbeiterklasse“
AG 3 Neoreformismus und die Strategie der Arbeiterbewegung

Anmeldung

Ich wünsche an der wissenschaftlichen Tagung „Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften“ teilzunehmen. Weitere Informationen über den Tagungsablauf bitte ich an die nachstehende Anschrift zu richten:

Name: _____

Plz.: _____ Wohnort: _____

Straße: _____

Bitte ausschneiden und im Umschlag als Drucksache (20 Pf Porto) einsenden an:
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.

6000 Frankfurt/Main 1
Liebigstraße 6

Wie links ist Pop?

Reinhard Merkers Underground-Report

Sie verständigen sich mit elektronischen Klängen. Sie halten sich für progressiv und fliehen dennoch vor der Zivilisation. Im Drogenrausch sehen sie ungeahnte Dinge, nur nicht die Welt, wie sie ist. Man hat sie Hippie-Bewegung und Woodstock-Generation genannt. Sie selbst halten sich für den Underground.

Wie progressiv ist dieser Underground? Sind die Hippies Vorboten des Sozialismus?

Reinhard Merker hat den Underground untersucht. Sein Report ist eine schonungslose Abrechnung mit dem Underground-Unfug geworden. Wer über Pop-Musik und Drogen-Konsum, über Underground-Ideologie und Open-Air-Festivals mitreden will, muß seinen Bericht gelesen haben.

Die Woodstock-Generation – Vorboten des Sozialismus?

Woodstock – ein kleiner Ort im Staat New York – ist heute weltberühmt. Jenes größte aller Pop-Festivals, das die meisten der 400.000 „duften Leute“ – so der Filmverleih Warner Bros. über die Woodstock-Besucher vom August 1969 – keinen Eintritt kostete und auf Film und Schallplatte Millionen einspielte, wird zur Legende. In den Augen des Undergrounds bedeutet Woodstock weit mehr als einen kommerziellen Erfolg; die US-Hippies, die sich selbst gern als „Woodstock-Generation“ bezeichnen, wollen in dem Pop-Kon-

zert ein Symbol und ein Modell menschlichen Zusammenlebens sehen. „Woodstock“-Filmregisseur Wadleigh: „Das ist die Revolution – die Musik, die alle eint“.

Im Gegensatz zum berühmten Auftritt der Rolling-Stones in Altamont, der mehrere Menschenleben kostete, verlief das Woodstock-Festival überaus friedlich. Die unübersehbar vielen Teilnehmer waren nett zueinander; in der ländlich-friedlichen Umgebung, beim genüßlich gerauchten Joint und den Klängen der „progressiven“ Musik gab es keine bösen Worte, keine Prügeleien. Eher schon das gemeinsame Bewußtsein, etwas völlig Neues zu praktizieren, der morsche US-Gesellschaft ein gesundes Leitbild zu geben. Will man prominenten Hippies glauben, hat im 20. Jahrhundert das Woodstock-Festival erstmals die Begriffe Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit Inhalt erfüllt. Mit welchem Inhalt? Bahnt sich mit dem Woodstock-Happening ein Sozialismus an, der sich elektronisch verstärkter Musik, Drogen, Yoga-Übungen und der freien Natur mehr verbunden weiß als den Schriften Lenins? Führt der Weg der Woodstock-Generation zur Emanzipation der Ausgebeuteten und Unterdrückten?

Wie progressiv ist kommerzielle Pop-Musik?

Die Pop-Musik gehört zum Underground und zur Hippie-Bewegung wie die Bibel zur Kirche. Die Vorläufer und Leitfiguren des Undergrounds – Bob Dylan, Donovan, Frank Zappa, Jimi Hendrix usw. – waren in der Hauptsache Musiker und hätten ohne ihre Musik nicht ihre Bedeutung erlangt. In den 50er Jahren, als die ursprüngliche Rock-Musik ihre großen Erfolge feierte, konnte man den aggressiven Tönen, die echtes Aufbegehren verkündeten, noch das Prädikat „progressiv“ zubilligen. Je mehr jedoch seitdem die Manager der großen Schallplattenfirmen im musikalischen Protest kommerzielle Chancen sahen, desto rapider ging es abwärts mit der kritischen Aggressivität, die etwa der frühe Bob Dylan noch hatte.

Mit Hilfe der Manipulation unzähliger Musikzeitschriften gelang es den Chefs der Massenmedien allmählich, ihrem millionenstarken Käuferkreis eine ganz neue Version des Begriffs „progressiv“ unterzuschieben.



„Der kindliche Hippie flüchtet aus dem desolaten Zustand der kapitalistischen Besitzverhältnisse in ein Paradies ohne Produktionsmittel, statt mit der Arbeiterklasse zusammen den Kampf um die Verfügung über Produktionsmittel anzutreten.“ (Foto: Warner Bros. „Woodstock“)



„Der Underground will aus der bürgerlichen Gesellschaft fort, ohne ihre Vorzüge missen zu wollen – statt an einer Umgestaltung dieser Gesellschaft mitzuwirken.“

„Progressiv“ – das sollte nicht mehr glasklare gesellschaftsbezogene Textbotschaft mit packender Begleitmusik sein, sondern etwa diverse elektronische Spielereien: verzerrte Gitarrenklänge, Kaskaden von buntem Licht, schummerige Choralgesänge. Das musikalische Beiwerk wurde in den Vordergrund geschoben, die reine Show als das Wesentliche ausgegeben. Gruppen wie Pink Floyd beziehen ihren Ruhm, eine der „progressivsten“ Gruppen zu sein, aus dieser Umwertung. Nichts gegen die prominenten Vertreter der Pop-Musik, aber eines muß klaggestellt werden: Mit dem Wort „progressiv“ wird in der gegenwärtigen Pop-Szene Schindluder getrieben. Nach dem stillschweigenden Übereinkommen fast des gesamten Undergrounds gilt heute als „progressiv“, was man gern anhört, ganz gleich, wie weit es mit der befreienden und mobilisierenden Wirkung der Musik her sein mag. Besonders kraß entlarvte sich dieser Schwachsinn am Beispiel der Gruppe „The Flock“, die als „progressiv“ begrüßt wurde, weil sie einen Geiger (!) in ihren Reihen hatte.

Auch das Programm des Woodstock-Festivals zeugte von Geschmacksverworfenheit. Gottgläubige Gospels (Joan Baez) wurden ebenso beklatscht wie kindisches Flehen um Freiheit (Richie Havens), Primitiv-Rock (Ten Years After) ebenso wie altmodische Liebeslieder (Crosby, Stills & Nash).

T V als Allheilmittel

Es wäre töricht zu leugnen, daß zu den Lieblingen des Undergrounds auch politisch zielende Sänger und Gruppen gehören. Die Mothers of Invention, die Fugs und die MC 5 z.B. gelten gerade den Hippies viel; freilich haben diese einen großen musikalischen Magen, der alles genießt, was nicht gerade nach Klavierübungszimmer und Moralinsäure schmeckt. Allgemeine Menschenfreundlichkeit, Drogenlust, kritische Einsprengsel und eine generelle anarchistische Tendenz verbindet alle Pop-Musik, die der Underground für „progressiv“ hält. Klare Analysen oder organisatorische Vorschläge hingegen, die ohne weiteres in einem zeitgemäßen musikalischen Gewand auftreten könnten, werden von den Hippies mit ihrer zumeist kleinbürgerlichen Herkunft verschmäht.

Marshall McLuhan, eine der heiligen Kühe des US-Underground, drückt in mehreren Bestsellern aus, was das Bewußtsein des musikvergötternden Underground-Volkes ausmacht. In seinen Augen ist es nicht wichtig, was Radio und Fernsehen senden; wichtig sei, so McLuhan in „Die magischen Kanäle“ und „Das Medium ist die Botschaft“, daß die Bevölkerung überhaupt Radio höre und am Fernsehschirm säße. Die Massenmedien seien aus so göttlichem Holz geschnitzt, daß sie ganz automatisch für eine bessere Gesellschaft sorgen würden – ganz unabhängig davon, welche Ablenkungen, Verzerrungen und Manipulationen der Programmdirektor anordnen könnte.

Entsprechend schätzen Hippies akustische und elektrische Gitarre, Lichtshow und die Moog-Mischmaschine, mit der man jedes Instrument imitieren kann, um ihrer selbst willen. Erlösung kommt von den Lautsprechern und Verstärkern, den Membranen und Saiten, nicht etwa vom kritischen Inhalt. Man muß nur zuhören; die Emanzipation stellt sich ganz allein ein.

Die verhaßte Zivilisation

Neben einer solchen Verherrlichung der Massenmedien, speziell der psychodelischen Klang- und Lichtexperimente, herrscht andererseits im Underground eine auffällige Industrie-feindlichkeit vor. Transistorradio und Fernseher werden zwar gepriesen, die Stahlwerke der Großstadt jedoch abgelehnt. Nach dem Empfinden der Hippies stellt die Großstadt mit ihren Schloten, Menschenmassen und Verpflichtungen ein Monstrum dar, vor dem man fliehen muß. Hinaus in die Natur, hinaus zu friedlichen Hippie-Einsiedlern.

Auch Woodstock stand unter diesem Zeichen. Einer der ersten Songs des Films war „Going up the Country“ von Canned Heat, ein naives großstadtfeindliches Lied. Und das gesamte Festival spielte sich fernab der Zivilisation ab. Aber die Idylle ließ sich nicht aufrechterhalten: Lebensmittel und ärztliches Personal mußten von außerhalb eingeflogen werden. Der ersehnte Zustand des unorganisierten, „freien“ Wald- und Wiesen-Lebens zerbröckelte zusehends und wäre vollends in sich zusammengefallen, wenn nicht die verhaßte Zivilisation ausgeholfen hätte.

Der kindliche Hippie flüchtet aus dem desolaten Zustand der kapitalistischen Besitzverhältnisse in ein Paradies ohne Produktionsmittel, statt mit den rechtmäßigen Besitzern, der Arbeiterklasse, zusammen zum Kampf um die Produktionsmittel, „um das Teewasser und um die Macht im Staate“ (Brecht) anzutreten. Ein friedliches Leben im Gras und am Wasser, Transistorradio-Musik, besinnliche Bücher, Drogengenuß und gelegentliche ärztliche Betreuung – so sieht der Hippie-Wunschtraum aus. Der Underground will aus der bürgerlichen Gesellschaft ausbrechen, ohne ihre vermeintlichen Vorzüge missen zu wollen – statt an einer Umgestaltung dieser Gesellschaft mitzuwirken.

Der Drogen-Trip: Aufbruch in den inneren Weltraum

Rauschmittel gehören dazu. Die psychodelischen Drogen, so heißt es, machen empfindsamer, empfänglicher für Reize, die man bisher kaum aufgenommen hat. Ob es sich nun um Haschisch, Kokain oder LSD handelt, stets behaupten die Konsumenten, Dinge gesehen zu haben, die ihnen früher verschlossen waren. Was haben sie gesehen? Haben sie auf dem Trip die gesellschaftlichen Verhältnisse erkannt, die Slums und die Paläste, die scheffelnden Millionäre und die schaffenden Millionen? Haben sie den Weg aus dem Fiasko gesehen? – Mitnichten. Sie haben „sich selbst“ gesehen, eine ungeheure Sensibilität (Empfindsamkeit) für Farben und Formen, für Geräusche und Gerüche verspürt und begrabene Kindheitserinnerungen wiedergefunden. Wer Drogen nimmt, verharrt in sich selbst, – mehr noch: er beginnt, so tief in sich hineinzusteigen, daß er den Blick in die Umwelt, den kritischen Blick auf die Gesellschaft und jeden Sinn für Solidarität völlig verliert.

Allein zu sich selbst finden – so lautet eines der mächtigsten Schlagworte des Undergrounds. Es bedeutet schlicht nur das eine: so lange Drogen nehmen, bis man aus sich selbst nicht mehr herausfindet. Aber der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen. Keiner lebt für sich allein. Der Underground hingegen behauptet, das Glück der Menschheit sei eine Sache der einzelnen, die sich in sich selbst versenken. Dahinter steckt die Furcht vor dem Kollektiv.

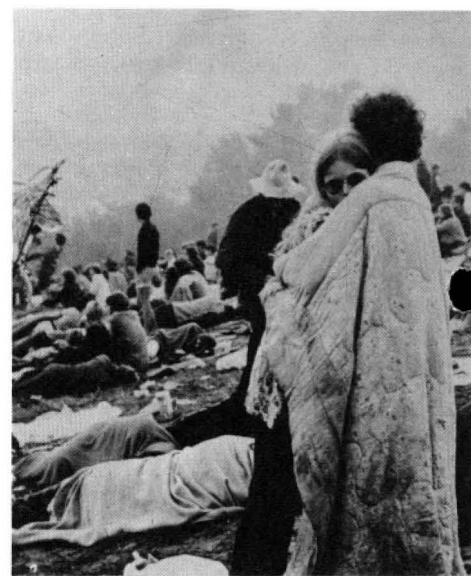
ativ, der organisierten Mitarbeit an einer besseren Gesellschaft. Timothy Leary, US-Professor mit einer Vorliebe für psychodelische Drogen und Liebling des Undergrounds, verhilft in seinem Buch „Politik der Ekstase“ dem Drogen-Irrsinn zu einer enormen Rechtfertigung: Leary meint, daß die entscheidende Revolution dieses Jahrhunderts von den Drogen-Konsumenten ausgehen würde. Er nennt die LSD-Schlucker „Kosmonauten des inneren Weltraums“ und hält ihre unsolidarische Ich-Verliebtheit für das Anzeichen eines zukunftsfrächtigen „neuen Bewußtseins“. Darüber hinaus kann die Reglosigkeit der LSD-Fans, die im Rausch nur noch an der eigenen Fußspitze Gefallen finden und stundenlang in einer Körperlage verharren können, durchaus als krankhaft bezeichnet werden. Der prominente US-Autor William S. Burroughs, geheilter Drogen-Süchtiger, schildert in seinem Roman „The Naked Lunch“ in erschütternden Kapiteln die psychische und körperliche Erstarrung der Süchtigen. Auch die Pop-Musik bietet aufschlußreiche Beispiele für die Vereinzelung und Unbeweglichkeit des selbstversunkenen Hippies. Oft taucht z.B. das Bild der Blume als Ideal auf, etwa bei Donovan. Solche schöngemalten Bilder können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Rückzug auf den eigenen Körper, das eigene Innenleben, eine typische Fehlleistung der bürgerlichen Gesellschaft ist – so unbürgerlich der Underground auch angesehen sein mag.

Underground-Kommunen: Übermenschen unter sich

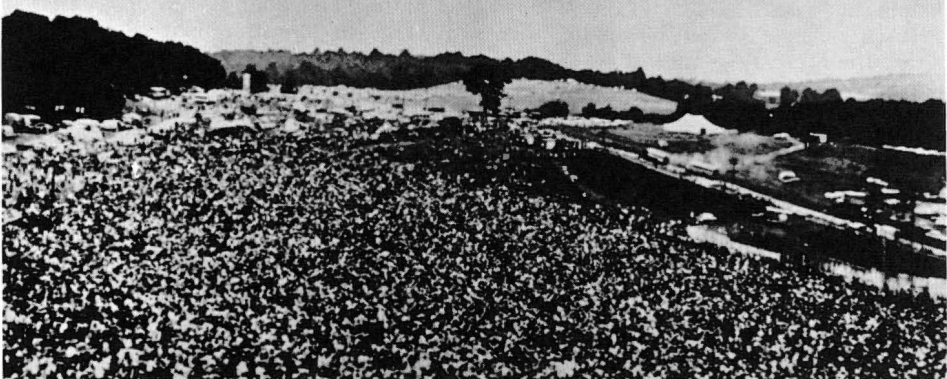
Hippies sind freundlich. Sie lassen jedermann bei sich zu Gast sein, der anklopft. Sie kennen keine Klassenunterschiede. Das ist eben der springende Punkt: Weil sie keine Klassenunterschiede kennen, nehmen sie sich das Recht heraus, jedermann, der anders als sie lebt und an der Hetze des Großstadtbetriebs teilnimmt, unterschiedslos als einen der „plastic people“, der Gummimenschen, abzutun. Für die Hippies gibt es nicht den Unterschied zwischen Herrschenden und Beherrschten, die in den Rhythmus der Herrschenden gezwungen werden; sie akzeptieren auch niemand, der die Möglichkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erkennt und für die



„Bahnt sich mit dem Woodstock-Happening ein Sozialismus an? Führt der Weg der Woodstock-Generation zur Emanzipation der Ausgebeuteten und Unterdrückten?“ (Foto: Warner Bros. „Woodstock“)



„Nichts stimmt bei den Hippies; weder die Kritik an der bestehenden Gesellschaft, noch die Zukunftsvorstellung. Der Gegensatz zum Underground ist das politische Engagement!“ (Foto: W.Bros. „Woodstock“)



„Progressiv – das sollte nicht mehr gesellschaftskritische Textbotschaft mit packender Begleitmusik sein, sondern elektroni-

sche Spielereien.“ (Foto Joan Baez, Arlo Guthrie, Sly Stone und Richie Havens in Woodstock)

Mehrheit der Bevölkerung nutzbar machen will. Entweder, so denken die Hippies, gehört jemand zu ihnen oder er gehört zu den „plastic people“.

Der greise bürgerliche Kulturhistoriker Arnold Toynbee verglich die Hippies mit der christlichen Urgemeinde, und entsprechendes messianisches Bewußtsein tragen eben diese Hippies auch mit sich. Sie fühlen sich vielleicht nicht als Auserwählte Gottes, aber doch zumindest als die einzigen der Menschheit, die mit den höchsten Gesetzen des Kosmos in enger Verbindung stehen. Der Rest der Menschheit, der sich um Karriere, Familienleben oder etwa um Klassenkampf kümmert, findet in ihren Augen nur ein geringschätziges Lächeln.

In den Augen der Hippies gibt es das Klassenproblem nicht mehr; nur noch den Gegensatz zwischen „plastic people“ und den Leuten, die „in“ sind. Dieses Problem, so meinen die Hippies, wird sich von selbst lösen: die Übermenschen übertrumpfen die matten Gummimenschen allein durch ihre Anwesenheit in kurzer Zeit – und das Paradies bricht an.

Phantastische Hoffnungen: Das Sternzeichen des Wassermanns

Wenn eine Vereinigung (und der Underground stellt eine Vereinigung dar, wenn sie auch noch so locker ist) sich betont ungerlich gibt und andererseits die Wissenschaft von der gesellschaftlichen Entwicklung – die geistige Waffe der Arbeiterbewegung, die Ideen von Marx, Engels und Lenin nämlich – in den Wind schlägt, bleibt ihr nichts anderes, als Phantasiebilder einer besseren Zukunft zu hegen, in Metaphysik zu verfallen.

Da der Underground die handfeste, organisierte politische Arbeit ablehnt und andererseits nicht die sture Rentensicherheit des eingefleischten Bürgers hat, bleibt ihm für seine Utopie nur der Ausweg des Unsinnigen.

Underground-Propheten träumen von Sternbildern, die die Zukunft der Erde beeinflussen werden (nach Aussage des auf übersinnliche Kräfte schwörenden Psychologen C.G. Jung leben wir seit kurzem im heilbringenden Zeichen des Wassermanns); von kosmischen Strahlungen, die Haß und Niedertracht aus dem Gehirn der Menschen bannen werden; von gewaltigen Erdbeben,

die den bösen Teil der Menschheit vernichten und den guten Teil in das wiederaufgetauchte Atlantis, jene sagenhafte versunkene Stadt, führen werden.

Der Kosmos und die Natur sind in diesen Phantasien also die aktiven Mächte, die über das Los der Menschheit entscheiden. Wenn nebenbei noch von Göttern, Erzeugeln und Kraftströmen aus der Milchstraße die Rede ist, verstärkt das nur noch den Eindruck, daß die Hippies die eigene Untätigkeit wettmachen wollen mit Bildern von wohlwollenden überirdischen Mächten.

Engagement statt Underground'

Die heilsversprechenden Märchen des Undergrounds von himmlischen Geschicken oder „natürlichen Heilsprozessen“ sind verlogen. Auch die Ursache des weltlichen Übels wird vom Underground verschleiert. Er sieht die menschliche Geschichte als Unterdrückung der echten Menschen durch die viel zu vielen „plastic people“, denen die kosmische Gerechtigkeit bald den Gar aus machen wird. Mit Hilfe von Drogen in sich selbst hinabtauchend, sieht der Hippie weder Klassegegensätze noch Klassenkampf, einzig sich selbst und die Gewißheit, daß er Zeichen einer besseren Zukunft sein wird. Daß diese bessere Zukunft kommen wird, davon ist er überzeugt; wie sie kommen wird, phantasiert er sich anhand einiger mythologischer Fetzen zusammen. Tatsächliches Engagement, das auf rationaler Analyse begründet sein muß, kennt der Underground nicht. Er will auch nicht die Zukunftsgesellschaft des Sozialismus; er will zurück zur Natur, zurück zu einem Seenparadies von übermenschlichen Einsiedlern, die meditieren statt zu produzieren.

Nichts stimmt bei den Hippies; weder die Kritik an der bestehenden Gesellschaft noch die Zukunftsvorstellungen. Der Underground lehnt die bürgerliche Gesellschaft nur scheinbar ab. Denn der Hippie ist ein Kleinbürger, der nicht über den eigenen Schatten springen kann und seine Kleinkariertheit mit bunten Bildern verkleidet.

Der Gegensatz zum Underground ist das politische Engagement! Statt Verklärung Aufklärung! Statt Flucht durch Rauschmittel Mut zur Wahrheit! Statt Passivität Kampf!

WIR^{*)}

DRUCKEN
VON DIN A8
BIS DIN A1

BÜCHER
BROSCHÜREN
ZEITSCHRIFTEN
PROSPEKTE
KATALOGE
DRUCKSACHEN
ALLER ART



HOSCH GMBH
OFFSETDRUCK+
WERBEGRAFIK

6 FRANKFURT
HEDDERNHAIMER
LANDSTR. 78A
TEL. 0611/571051



Dieses Foto entnahmen wir der ersten bundesweiten Soldatenzeitung der Bundesrepublik. Die Zeitung heißt „Links um“ und wurde von demokratischen Soldaten und Journalisten gemeinsam herausgegeben. Wer diese Zeitung unter Soldaten verbreiten will, kann sie für DM 6,50 pro hundert Stück bei Ulrich Sander, 46 Dortmund, Brüderweg 16, bestellen. (Aus dem Inhalt: Soldaten fordern mehr Sold – Solche Männer hat die Bundeswehr: de Maiziere – Das Wort zum Sonntag: Militärseelsorge – Neues von Soldat '70 – A-Bomben auf Dresden? – BuWe in Vietnam – Großes Preisausschreiben)

Ich nehm'
ihm das nicht
übel...

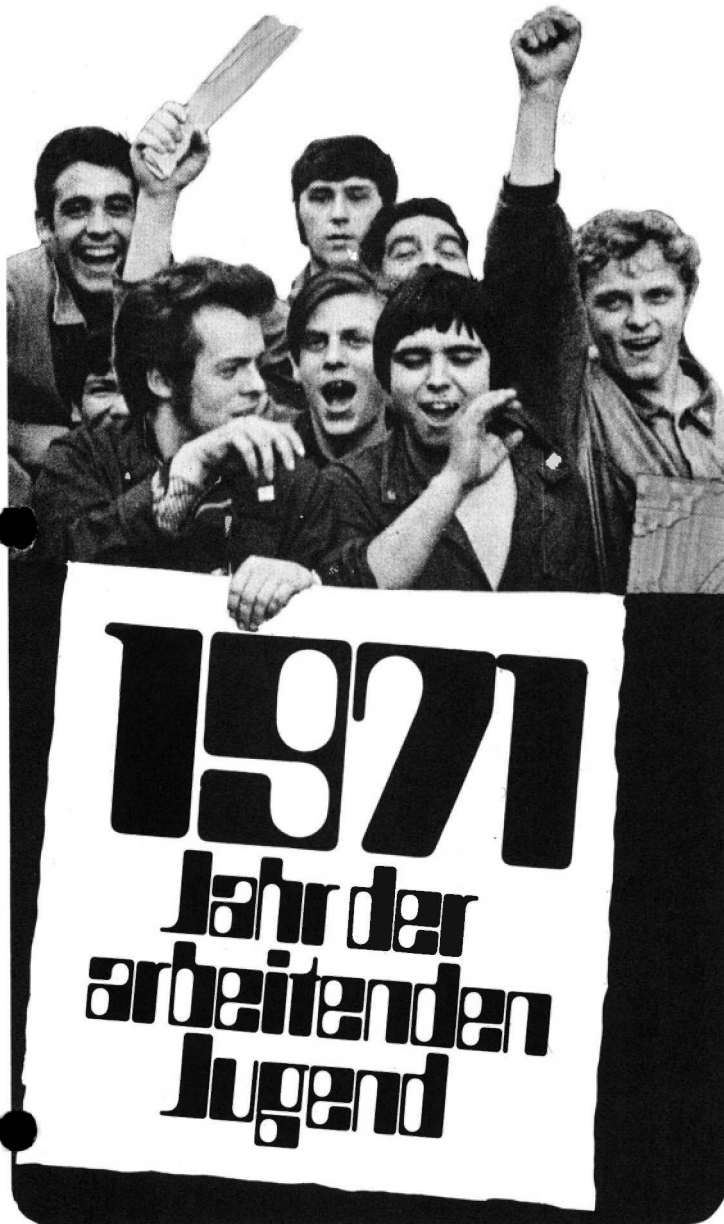
„... daß er jetzt auch noch mein letztes Hemd haben will. Bei dem miesen Sold mußte er ja meine Kleider zum Pfandhaus bringen. Aber eine Dauerlösung ist das nicht, Herr Minister!“

„Arbeiterjugend kontra Monopole“

Das Jahr der arbeitenden Jugend hat begonnen

Firma Wöltje, CEWE-Color, Oldenburg: Jugendliche werden samstags beschäftigt. Lehrlinge werden zu Routinearbeiten in der Produktion eingesetzt und erhalten sogar „Leistungsprämien“. Lehrlinge werden aufgefordert, die Berufsschule zu versäumen.

Kaufhaus Karstadt, Recklinghausen: Der für die Geschäftsleitung unbequeme Jugendvertreter Reumke wird ge feuert. Eine Arbeitssuche bleibt für ihn erfolglos. Er steht nun auf der schwarzen Liste. In Recklinghausen findet er keine Stelle mehr.



Zwei Fälle aus dem Unternehmer-Sündenregister. Datum: der Beginn des „Jahres der arbeitenden Jugend“. Diese beiden Fälle stehen für viele. Sie zeigen, daß die Forderungen, die in diesem Jahr von der Gewerkschaftsjugend und anderen Organisationen erhoben werden, vollauf berechtigt sind.

Die Gewerkschaftsjugend will die Ausweitung der Rechte für Jugendvertreter, die Reform der Berufsausbildung, die Forderung nach Bildungsurlaub, die Verbesserung des Jugendarbeitsschutzes und die Verwirklichung der Volljährigkeit ab 18 Jahre in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen. Noch vor der zweiten Lesung des Entwurfs eines „neuen“ Betriebsverfassungsgesetzes soll in Bonn ein Treffen hunderter Jugendvertreter stattfinden. Sie werden deutlich machen: was die Regierung hier vorgelegt hat, entspricht nicht den Vorstellungen des DGB, nicht den Forderungen der Ge-

werkschaftsjugend. Dieser Gesetzesentwurf bleibt noch hinter dem geltenden Recht zurück. In der Gewerkschaftsjugend wird bis zur DGB-Bundesjugendkonferenz im November ein jugendpolitischer Forderungskatalog diskutiert. Dieser Katalog wurde jetzt veröffentlicht.

Die Initiative der DGB-Jugend, die zum „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ aufgerufen und an die Kampfentschlossenheit der einheitlich handelnden demokratischen Jugend appelliert hatte, wurde vielfach aufgegriffen. Das zeigen die vielfältigsten Aktionen in den einzelnen Orten. Weder durch die CDU/CSU noch durch die Münchener Antikommunismus-Beschlüsse der SPD-Führung konnten diese Aktionen bisher auseinandergenommen werden.

Zahlreiche Betriebs- und Gewerkschaftsjugendfunktionäre haben eine bedeutsame Initiative ergriffen, sie riefen zu einem Lehrlings- und Jungarbeiterkongreß auf. Lösung: „Arbeiterjugend kontra Monopole“.

Im Aufruf zum Kongreß heißt es: „Der Hauptfeind, das sind: die Reichsten der Reichen. Die Besitzer der großen Konzerne und Banken. Die mit ihren Milliarden Politik machen und die dafür ihre Strauß und Guttenberg und Pohle haben. Kurzum: die Monopole. Wir wenden uns an diejenigen, die nicht die Hände in den Schoß legen, die nicht auf ein gütiges Schicksal oder auf Versprechungen bauen, sondern erkannt haben: Wir Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte, Jungen und Mädchen, Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen müssen gemeinsam unsere Forderungen gegen die großen Bosse durchsetzen . . .“

Wir rufen auf zu einem Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“ am 22. und 23. Mai 1971. Und zwar dort, wo das Großkapital am dichtesten zusammenhockt: Im Ruhrgebiet!“ Wolfgang Bartels



Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“: Informationen über Rainer Deutschendorf, 437 Marl, Kampstr. 49

Goldener Besen für „Verdienste“

2500 Bremer Lehrlinge prangern Mißstände in ihrer Ausbildung an

Angefangen hatte es an der Bremer Berufsschule für Elektrotechnik. Die Berufsschüler sind jene Methoden leid, nach denen heute wie vor hundert Jahren Lehrlinge „herangezüchtet“ werden. Mehrere Jugendorganisationen wie die DGB-Jugend, die Jungsozialisten und die SDAJ solidarisierten sich sofort und riefen zusammen mit den Berufsschülern zu einer Demonstration auf.

2500 Lehrlinge zogen dann am 6. Februar durch die Bremer Innenstadt zur Handwerkskammer. Dort hefteten sie einen riesengroßen Zettel an die Tür: „Wir fordern die Handwerkskammer in Bremen auf, sich energisch für eine demokratischere und zukunftsgerechtere Berufsausbildung einzusetzen. Darunter verstehen wir:

1. Die Abschaffung von beruhsfremden Arbeiten;
2. mehr theoretischen Unterricht;
3. bessere Qualifikation der Ausbilder;
4. Verhinderung der Ausbildung nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten.“

In Würdigung der „bisherigen Verdienste der Handwerkskammer um eine fortschrittliche Lehrlingsausbildung“ wurde dieser Anschlag noch mit einem vergoldeten Besen und Flaschen umrahmt.

Auf den Transparenten und in den Reden auf der anschließenden Kundgebung wurden die Hauptschuldigen an der gegenwärtigen Berufsausbildungsmisere beim Namen genannt: die Großindustrie. So war eine der Hauptlosungen: „Lehrlinge contra Monopole“.

Faden-scheinige Begründung

Chemie-Konzerne stoppen die Lehrlingsausbildung

Eine Bestätigung für die Notwendigkeit einer dem Zugriff der Konzerne entzogenen Lehrlingsausbildung in der Bundesrepublik und Westberlin, wie sie von demokratischen Jugendorganisationen und auch dem Bundesjugendring gefordert wird, haben die Nachfolgefirmen des berüchtigten IG-Farben-Konzerns Bayer, Hoechst und BASF geliefert.

Mit der Begründung, sie seien nicht in der Lage, jährlich eine

Million DM für die Lehrlingsausbildung aufzubringen, ließen die drei mit zu den größten Chemie-Unternehmen gehörenden Konzerne in der Duisburger Kupferhütte — deren Aktienmehrheit sich in ihren Händen befindet — die gesamte Lehrlingsausbildung stoppen.

Alle gegenwärtig in dem Werk beschäftigten Jugendlichen sollen ihre Ausbildung in anderen Firmen weiterführen, die moderne Lehrwerkstatt einschließlich des dazu gehörenden Ausbildungsteams soll verpachtet werden. Begründet wird diese neue Variante von „Lehrlingsausbildung“ in der spätkapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik mit dem schlechten Geschäftsjahr 1974 ausgelöst durch das Sinken der Kupfer- und anderer Edelmetallpreise auf dem Weltmarkt.

Neben den Lehrlingen blieben bisher schon einige hundert „Leiharbeiter“ von werksfremden Unternehmern auf der Strecke. Über einen sogenannten Sozialplan sollen Arbeiter ab 59 Jahre vorzeitig ihre Altersrente beantragen. Die Produktion der Kupferhütte soll auf „lukrative“ Zweige umgestellt werden, die Bayer, Hoechst und BASF Höchstprofite ermöglichen.

Gewerkschafter in Düsseldorf weisen darauf, daß dieses Streben nach Höchstprofiten auf den Rücken nicht nur von Arbeitern und Angestellten, sondern auch von Lehrlingen bereits auf dem Düsseldorfer CDU-Parteitag seinen Niederschlag fand. Konzernvertreter sorgten dort dafür, daß auch im neuen CDU-Programm die Berufsausbildung weiterhin den westdeutschen Unternehmen überlassen bleibt. Dies in Übereinstimmung mit dem Vertreter der CSU-Führung, Stücklen, der Protestschreiben von Unternehmen und Handelsverbänden gegen alle Pläne präsentiert hatte, die Berufsausbildung der öffentlichen Hand zu übertragen.



»Informationen zur Zeit.« In der Fischer Bücherei.

Bobby Seale
Wir fordern Freiheit
Der Kampf der Black Panther
Band 1198 DM 6.80
Deutsche Erstausgabe

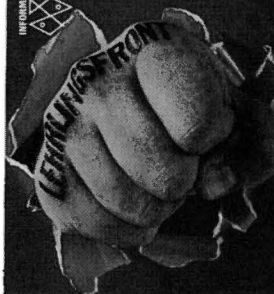
Urs Jaeggli
Macht und Herrschaft in der
Bundesrepublik
Band 1014 DM 3.80

Schülerladen Rote Freiheit
Analysen Protokolle Dokumente
Autorenkollektiv am Psychologischen
Institut der Freien Universität Berlin
Band 1147 DM 6.80

Harold Rasch
Politik mit dem Osten
Von der Abschreckung zum Frieden
Band 1165 DM 3.80

Haug/Maessen Was wollen die Lehrlinge?

ZUR ZEIT
VERBANDSTEXT
ZUR ZEIT



Hans Jürgen Haug/ Hubert Maessen Was wollen die Lehrlinge?

Band 1186 DM 4.80

Der Protest der Lehrlinge hat eine neue Bewegung ausgelöst. In diesem Buch werden die Motive untersucht und die Ansätze zu einer Strategie der Lehrlingsbewegung formuliert. (Originalausg.)



Bares Geld für Dich!



„Nehmt in Anspruch, was Euch zusteht!“ Unter dieser Devise hat elan schon mehrfach Wege gezeigt, wie man vom Staat Geld bekommen kann. Heute untersuchen wir das Ausbildungsförderungsgesetz. Das ist wichtig: Geld bekommt nur, wer einen Antrag stellt. Einen Antrag formuliert nur richtig, wer über seine Rechte informiert ist.

Also: aufmerksam durchlesen! Bleistift spitzen und nachprüfen, ob in Bonn nicht einige Scheine auf Euch warten!

Xaver Gschafthuber aus Pfaffenhofen geht einmal im Monat zur Bank für Gemeinwirtschaft. Dort warten 210 DM aus Bonn auf ihn. Als Fachschüler hat er einen Antrag auf Ausbildungsförderung gestellt. Für die monatliche Geldüberweisung hat er nur ein Formular auszufüllen brauchen.

Wie hat Xaver Gschafthuber das gemacht? Hier einige Tips. Zur Nachahmung empfohlen!

Am 1. Juli 1970 ist das „Erste Gesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Ausbildungsförderungsgesetz)“ in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz werden Ausbildungsmaßnahmen gefördert (nicht Maßnahmen der Fortbildung, der Lehrlingsausbildung und Umschulung, für diese ist das Arbeitsförderungs-gesetz zuständig). Das Gesetz ist zwar unzu-reichend, trotzdem meinen wir: Holt euch das Geld, das euch zusteht.

Wer erhält Ausbildungsförderung?

- Schüler von Gymnasien ab Klasse 11 und von Fachoberschulen;
- Schüler von Berufsaufbauschulen, Abend-realschulen, Abendgymnasien und Kollegs;
- Schüler von Berufsfachschulen, soweit für deren Besuch der Realschulabschluß oder eine vergleichbare Vorbildung Voraussetzung ist;
- Schüler von Fachschulen;
- Praktikanten, die ein Praktikum im Zu-sammenhang mit dem Besuch der vorstehend genannten Ausbildungsstätten leisten müssen. Für die Förderung ist es gleichgültig, ob es sich um eine öffentliche Schule oder eine an-erkannte Privatschule handelt. Der Schüler selbst jedoch darf in der Regel bei Beginn des Ausbildungsabschnitts, für den eine För-derung beantragt wird, das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (doch hiervon gibt es Ausnahmen).

Für die Schüler von Gymnasien, Fachober-schulen und Berufsfachschulen ist ein monat-licher Bedarfssatz von 150 DM vorgesehen. Bei Schülern von Fachschulen, Berufsaufbau-schulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs sind es 300 DM. Diese Sätze gelten, wenn der Schüler bei seiner Familie wohnt. Ist eine auswärtige Unterbringung not-wendig, so beträgt der Bedarfssatz bei der ersten Gruppe 320 DM, bei der zweiten Grup-pe 350 DM.

Ist aus Ausbildungsgründen eine Internats-unterbringung notwendig, werden die tatsäch-lichen Internatskosten bis zu einer Höhe von 320 DM bzw. 350 DM zuzüglich 20 DM Taschengeld gewährt.

Für Praktikanten gelten die Beträge, die je-weils für die Schüler der Schulen gezahlt werden, mit deren Besuch das Praktikum in Zusammenhang steht.

Nur für Schüler, die bei ihren Familien wohnen, werden beim Besuch der nächstgele-genen Ausbildungsstätte evt. entstehende Fahrtkosten ersetzt, bis auf 10 DM, die der Schüler monatlich selbst zu tragen hat.

Die Beträge werden für die Dauer der Aus-bildung geleistet, auch während der Ferien, und zwar vom Antragsmonat an, frühestens jedoch vom Beginn des Monats an, in dem die Ausbildung aufgenommen wird. Deshalb: Antrag sofort bzw. so früh wie möglich stellen!

Freigrenzen

Die Ausbildung wird gefördert, soweit dem Auszubildenden selbst, seinem Ehegatten oder seinen Eltern nach ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen nicht „zuzu-muten“ ist, die Kosten für Lebensunterhalt und Ausbildung selbst aufzubringen. („Zuzu-muten — so heißt es im Gesetzestext; dabei fordern verschiedene Verbände seit langem

eine familienunabhängige Förderung.) Im ein-zelnen sind folgende Einkommensfreibeträge, vorgesehen (das über dem Freibetrag liegen-de Einkommen wird vom eigentlichen Förde-rungsbetrag abgezogen):

- für die Eltern 700 DM;
- für den alleinstehenden Elternteil oder den Ehegatten des Auszubildenden 500 DM;
- für jedes Familienmitglied, das sich in einer förderungswürdigen Ausbildung befin-det 50 DM;
- für unversorgte Kinder unter 15 Jahren je 160 DM;
- für unversorgte Kinder über 15 Jahre und Unterhaltsberechtigte je 240 DM.

Das diese Freibeträge übersteigende Einkom-men der Eltern oder des Ehegatten des Aus-zubildenden bleibt zusätzlich anrechnungsfrei zu 25%. Der Prozentsatz erhöht sich um 5% für jedes unversorgte Kind. Außerdem gibt es noch eine Härteklausele.

Bei Förderung des Besuches von Abendgym-nasien wird nur das Einkommen des Auszu-bildenden und das seines Ehegatten berück-sichtigt.

Hat der Auszubildende selbst Einkommen, so bleiben bei Schülern von Gymnasien, Fach-oberschulen und Berufsfachschulen monat-lich 50 DM bzw. jährlich 600 DM frei, bei an-deren Schülern 100 bzw. 1200 DM. Ist der Aus-zubildende verheiratet, so bleiben von seinem Einkommen für den Ehegatten monatlich 300 DM und für jedes Kind monatlich 150 DM frei.

Wo werden die Anträge gestellt?

Der Antrag muß vom Schüler — bei Minder-jährigen von dessen „Erziehungsberechtig-ten“ — beim jeweils zuständigen „Amt für Ausbildungsförderung“ gestellt werden, das bei dem jeweiligen Landratsamt bzw. Bürger-meisteramt kreisfreier Städte eingerichtet ist. Wer sich näher informieren will, wende sich an das Bundesministerium für Jugend, Fa-milie und Gesundheit, 53 Bonn-Bad Godes-berg, Deutscherherrenstraße 87 oder an das für ihn zuständige Amt für Ausbildungsförderung.

Wie wird's gemacht?

Wie kommt nun Xaver Gschafthuber auf seine 210 DM?

In einer Familie mit drei Kindern (19, 14 und 11 Jahre alt) ist er der Älteste. Das Nettoein-kommen der Eltern beträgt 1300 DM. Davon wird der Grundfreibetrag von 1150 DM ab-gezogen (für die Eltern 700 DM, für die 11-jährige Schwester 160 DM, für den 14jährigen Bruder 240 DM und für Xaver selbst 50 DM). Bleiben 150 DM. 40% davon bleiben anrech-nungsfrei (25% und nochmals je 5% für jedes unversorgte Kind), also 60 DM. Das Einkommen der Eltern liegt also 90 DM über dem Gesamtfreibetrag. Als Fachschüler hat Xaver einen Bedarfssatz von 300 DM. Dieser Bedarfssatz wird um die 90 DM gekürzt. Xavers monatlicher Förderungsbetrag beträgt also 210 DM.

Noch ein Beispiel: Ein 17jähriger Gymnasiast mit einem 11jährigen Bruder, dessen Eltern unter 910 DM netto verdienen, erhält den vollen Förderungsbetrag von 150 DM. Bei einem Nettoeinkommen der Eltern von 1000 DM be-trägt der Förderungsbetrag 91,50 DM und bei einem Nettoeinkommen von 1100 DM 26,50 DM.

Ab 1. Oktober 1971 sollen die Beihilfen er-höhrt werden. Wir werden dann dieses Thema wieder aufgreifen. Wolfgang Bartels

Kurt Herberts – Unternehmer aus Passion

Prof. Dr. Kurt Herberts feierte seinen 70. Geburtstag. Der Lackfabrikant, Alleininhaber der Fa. Dr. Kurt Herberts & Co. Wuppertal, Inhaber von zwölf Firmen in Europa, Teilhaber von fünf weiteren Firmen, der Schriftsteller und Wissenschaftler, der Ehrenbürger von Wuppertal, lud zu einer Feier ins Stadttheater. Die Lokalpresse schrieb Jubelartikel: „Unternehmer von Weltruf“ (NRZ). Der Herr über 3500 „Mitarbeiter“ bezeichnet sich als ein „Unternehmer aus Passion“. Die NRZ: „Aber zugleich sagte er, daß für ihn die tiefere Zweckbestimmung des Lebens nicht so sehr im äußeren und materiellen Erfolg liege, sondern vielmehr in der Entwicklung der kreativen, der ideellen Seite“. Soviel Idealismus hinderte Dr. Herberts jedoch nicht daran, in die Gruppe der 20 reichsten Männer der BRD (lt. STERN) aufzusteigen und bei einem Jahresumsatz von ca. 250 Millionen DM gigantische, in ihrer Höhe jedoch verheimlichte Gewinne anzusammeln. Der ehemalige Wehrwirtschaftsführer, der sich guter Beziehungen zu NS-Minister Albert Speer

rühmt, ist für die Zukunft seiner Unternehmen auf Lehrlinge angewiesen. 300 sind bei ihm beschäftigt: Chemiefacharbeiter, Industriekaufmann, Lacklaborant, Bürogehilfe. Ausspruch eines dieser Lehrlinge: „Die Berufsausbildung bei Herberts ist mit einem faulen Ei zu vergleichen. Außen gute Schale, innen aber faul!“ Lang ist das Klagelied der Lehrlinge:

- Entgegen dem Berufsbildungsgesetz werden sie mit berufs-fremden Arbeiten (Gärtnerarbeiten) beschäftigt.
- Eine Lehrwerkstatt ist nicht vorhanden; die berühmte Herbertsschule gibt theoretischen Unterricht, der jedoch nicht genügend auf die Praxis bezogen ist.
- Die Berichtshefte müssen entgegen den Bestimmungen des Berufsausbildungsgesetzes zu Hause geschrieben werden.
- Herberts will die Lehrlinge im „anthroposophischen Geist“ erziehen, was sich darin äußert, daß die Jugendlichen mit Schreibern



und Werken kunstgewerblicher Gegenstände beschäftigt werden.

● Termin und Tagesordnung von Jugendversammlungen werden von der Geschäftsführung diktiert. Der Industriegewerkschaft Chemie wird der Zutritt zu diesen Versammlungen verwehrt. Die Jugendlichen dürfen sich auf diesen Versammlungen endlose Selbstdarstellungen der Firmenleitung anhören.

● Aktive Gewerkschafter sind nicht gefragt bei der Geschäftsleitung. So wurden zwei junge Gewerkschafter entlassen, weil sie am Lack des Lackfabrikanten zu kratzen gewagt hatten. Wer einmal bei Dr. Herberts politisch aufgefallen ist, findet in der chemischen Industrie Wuppertals und Umgebung keine Arbeit mehr. Kein Zweifel, der „Unternehmer von Weltruf“ ist würdig, erster Träger des vom elan gestifteten

Goldenen Vorhängeschlosses zu sein. Rechtzeitig zu seinem 70. Geburtstag überreichten wir, begleitet von einer Delegation junger Arbeiter aus Wuppertal, Mitgliedern der SDAJ, einem Vertreter des Werkschutzes (!) diese höchste Auszeichnung für Lehrlingsausbeuter. (Von der Geschäftsführung war leider niemand zu sprechen.) Die SDAJler und Mitarbeiter des elan verteilten vor Dr. Herberts Werk Nr. 1 Flugblätter über das Anliegen ihrer Aktion. Hatte sich Dr. Herberts in der Presse bitter darüber beklagt, daß „der Unternehmer im Bild der Öffentlichkeit falsch gesehen“ wird, so wollten wir diesem Mißstand durch die Würdigung für Dr. Herberts abhelfen.

Auch das Bild anderer Unternehmer soll künftig richtig dargestellt werden, meinen wir. Wer ist der nächste Träger des Goldenen Vorhängeschlosses?



Aktion „Goldenes Vorhängeschloß“

URKUNDE

Wegen besonderer Verdienste bei der Verwirklichung demokratischer Rechte und moderner Berufsausbildung verleiht heute das Jugendmagazin elan das elang für diesen Zweck gestiftete GOLDENE VORHÄNGESCHLOSS an die Geschäftsführung der FA. DR. KURT HERBERTS & CO., Wuppertal.

Dieses Chemische Werk hat sich auf dem Gebiet der Lehrlingsausbeutung besonders hervorgetan und ist damit weit über die Grenzen des Wuppertals hinaus bekannt geworden.

+Aktiven Gewerkschaftern wird der Mund verschlossen; einige wurden fristlos entlassen.

+Pädagogische Spinnereten des Chefs sind in den Lehrplan eingeschlossen; Lehrlinge müssen sich im Holzschlitzn üben und sich so auf die wissenschaftlich-technische Revolution einstellen.

+Lehrlinge werden zur Verschönerung von Dr. Herberts Garten eingesetzt. (Die ersparten Gärtnerkosten werden weggeschossen.)

+Für dreihundert Lehrlinge gibt es keine Lehrwerkstatt. (Für veraltete Berufsausbildung ist die Geschäftsführung aufgeschlossen.)

+Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes werden ausgeschlossen; die Möglichkeit, das Berichtsheft im Betrieb zu führen, wurde den Lehrlingen wieder genommen.

Es ist daher anzunehmen, daß die Geschäftsführung der Fa. Dr. Kurt Herberts & Co. ein würdiger Träger und Nutzer des Goldenen Vorhängeschlosses sein wird.

Jugendmagazin elan

Ulrich Santer

(Ulrich Santer)

Dortmund, den 19.2.1971

jugendpolitische blätter

CDU - jugendfeindlich wie gehabt

Gegen Mitbestimmung und demokratische Berufsausbildung
Strauß und die Monopole diktieren das CDU-Programm
Von Werner Teriet

„Alle Erwartungen, die CDU könnte etwas anderes sein als die Partei des Großkapitals, waren und sind unsinnig“, erklärten die südhessischen Jungsozialisten nach jenem Programmparteitag der CDU, der im Januar ein arbeiterfeindliches Konzept beschloß: Stärkung der Macht der Monopole, keine Mitbestimmung der Arbeiter – Antikommunismus, Beseitigung der DDR – verstärkte Rüstung, keine bessere Bildung für die Jugend. Der Einschätzung der Jungsozialisten ist nur zuzustimmen.

Hier soll ein Teil des Programms der CDU untersucht werden, der auf Druck der reaktionären Kräfte um Strauß in besonders schlechter Form gegenüber dem Entwurf verschlechtert wurde. Ich meine die Berufsausbildung. Auf diesem Gebiet befindet sich die CDU in Widerspruch zu allen demokratischen Jugendverbänden und zum Bundesjugendring.

Die CDU, die mitschuldig ist an der Berufsausbildungsmisere in diesem Land und die den Hauptanteil der Schuld daran trägt, daß 1969 ein Berufsbildungsgesetz verwirklicht wurde, das nicht den Interessen der Lehrlinge dient, hatte im Januar ihren Parteitag. Den Delegierten lag ein Programmentwurf vor, in dem es über die berufliche Bildung hieß: „Die berufliche Bildung ist einer ‚Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung‘ zuzuordnen; ihre Aufgaben sollen durch eine allgemeine Berufsbildungsabgabe finanziert werden.“¹⁾ War dieser Entwurf auch sehr vage und ungenau – denn er sagte nichts aus über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterjugend und darüber, ob die Unternehmer die allgemeine Bildungsabgabe aufzubringen haben, so wie es sich gehört – so hätte die Annahme dieser Passage doch ein Bekenntnis zur Berufsausbildung als öffentliche Aufgabe der Gesellschaft und nicht als Privatjagdrevier

der Kapitalisten bedeutet. Deshalb liefen sofort die politischen Konzernvertreter dagegen Sturm. Strauß-Handlanger Richard Stücklen kündigte als CSU-Landesgruppenvorsitzender „entschiedenen Widerstand“ gegen die vorgeschlagene „Bundesanstalt für Arbeit und Berufliche Bildung“ an. Mit ihr, so argwöhnte die CSU-Führung, solle die Berufsausbildung von der Wirtschaft auf eine staatliche Behörde übertragen werden. Triumphierend präsentierte Stücklen Protestschreiben der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.²⁾ Diese Unternehmervverbände wollten sich das Vorrecht, Lehrlinge auszubeuten, weiterhin erhalten. Strauß und seine CSU sind die besten Anwälte dieser Unternehmer- und Monopolverbände. Das zeigte sich beim CDU-Parteitag. Bevor dieser Parteitag begann, drohten Strauß und Stücklen mit dem Bruch des Bündnisses von CDU und CSU, wenn die CDU nicht den reaktionärsten Standpunkt einnehme, der denkbar ist. Und so fügte sich die CDU.

Hier sei nur zitiert, was aus der Passage zur Berufsausbildung im CDU-Programm geworden ist: „Die berufliche Bildung ist durch eine ‚Berufsanstalt für Arbeit und berufliche Bildung‘ ergänzend zu fördern.“ Eine Bundesanstalt soll also den Unternehmern bei der Lehrlingsausbeutung „ergänzend“ helfen. Von einer „allgemeinen Bildungsabgabe“ ist überhaupt nicht mehr die Rede. Strauß zeigte sich nach diesem Beschluß mehr als zufrieden“, wie die „Frankfurter Rundschau“ schrieb. Die Berufsausbildung dürfe nicht der Selbstverwaltung der Wirtschaft entzogen werden,

(Forts. S. 22)

Betr. DBJR-Papier zur Berufsbildung

Mit großer Einmütigkeit hat die 38. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes ein Arbeitspapier zur beruflichen Bildung angenommen; nur drei Delegierte enthielten sich der Stimme. In dem Papier kommt die einheitliche Haltung der demokratischen Jugendverbände in dieser Frage zum Ausdruck. Wie wichtig es ist, dieses Papier mit Leben zu erfüllen, wird besonders deutlich angesichts der Tatsache, daß die CDU den DBJR-Vorschlägen faktisch den Kampf angesagt hat (siehe „CDU – jugendfeindlich wie gehabt“). Meine Meinung: Die vom DBJR erhobenen Forderungen sprengen den Rahmen des derzeit gültigen Berufsbildungsgesetzes. Daher wäre es nur logisch, wenn der DBJR die Forderung nach einem neuen Berufsbildungsgesetz aufgriffe. Wenn in dem Papier von der „Mitbestimmung der Auszubildenden“ gesprochen wird, dann müßte der DBJR nun auch Einfluß auf die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes nehmen, damit die Rechte der Jugend und der Jugendvertreter im Bundestag nicht auf der Strecke bleiben.

Wer soll eine bessere Berufsausbildung durchsetzen, wenn die Jugend sich nicht selbst engagiert? Der DBJR sollte im Sinne seines Arbeitspapiers Aktionen einleiten. Lehrlinge und Jungarbeiter sind bereit, dabei mitzumachen. Das haben ihre bisherigen Aktivitäten bewiesen.

Wolfgang Bartels

(Forts. v. S. 21)

„mit der wir gute Erfahrungen gemacht haben“. Zukunftsvorsorge müsse Sache jedes einzelnen bleiben.³⁾ So Franz Josef Strauß. Zynischer hat sich wohl nie ein Politiker über die Zukunft der jungen Generation geäußert. Die jungen Arbeiter haben mit der „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ nur schlechte Erfahrungen gemacht. Aus dem, was Strauß über die Zukunftsvorsorge sagte, spricht das Wolfsgesetz des Kapitalismus: Jeder mag sehen, wo er bleibt; Hauptsache ist, daß der Profit stimmt. Auf Drängen der Monopole und ihres wichtigsten politischen Vertreters, Strauß, hat die CDU sich wieder einmal gegen den erklärten Willen der Jugend gestellt. Ohne Gegenstimmen hatte der Deutsche Bundesjugendring auf seiner letzten Vollversammlung eine Erklärung beschlossen, in der es heißt: „Berufliche Bildung darf nicht länger Selbstverwaltungsaufgabe der Wirtschaft sein“, dürfe nicht dem „privatwirtschaftlichen Eigennutz“ unterworfen sein. Gefordert wurden die Finanzierung der Berufsbildung durch Ausbildungsabgaben der Arbeitgeber, die „Mitbestimmung des Auszubildenden“ sowie die „Einrichtung eines öffentlichen, von privaten und öffentlichen

Arbeitgebern rechtlich unabhängigen Berufsbildungssystems“. 4) Gegen diese Forderungen der Jugend haben sich die CDU/CSU und Strauß verschworen.

In wessen Auftrag macht Strauß seine jugend- und arbeiterfeindliche Politik? Es sei dazu ein unverdächtig Zeuge zitiert, der ehemalige Berater von Strauß, Klaus Bloemer: „Den entscheidenden Einfluß auf die Politik von Strauß . . . dürfte sein Freundeskreis nehmen, der sich so zusammensetzt: 1. Exponenten der Export- und Wachstumsindustrie, die durch das Wirken von Strauß in den Regierungen von Adenauer und Kiesinger wesentlich profitiert haben. Diese Gruppe reicht von Flick über Quandt, Bölkow, Messerschmitt bis Siemens und schließt Teile der stahlverarbeitenden Industrie an Rhein und Ruhr sowie der Großchemie ein. Dazu kämen entsprechende Bankverbindungen und nicht zuletzt der expansionsträchtige Axel Cäsar Springer.“⁵⁾

In dieser Aufzählung des früheren Strauß-Intimus Bloemer haben wir jene mächtigsten Monopolgruppen vereint, die die Politik der CSU, der CDU und der NPD bestimmen und gegen die auch die jetzige

Bundesregierung nicht zu regieren wagt. Diese Monopolgruppen stehen den Interessen und den formulierten Forderungen der Jugend entgegen. Sie sind der größte Feind der Jugend. Und ihr Mann, der Mann der Monopole ist Strauß. Deshalb muß unsere Kampflosung lauten:

- Das Übel an der Wurzel packen, die Macht der Monopole knacken!
- Stoppt die Machtergreifung von Franz Josef Strauß!

Quellen

- 1) CDU-Entwurf für das Berliner Programm, 2. Fassung, Vorlage des Bundesvorstandes für den 18. Bundesparteitag der CDU vom 25. bis 27. Januar 1971 in Düsseldorf
- 2) Der Stern, Hamburg, Nr. 1/2-1971 vom 3. Januar 1971, S. 115
- 3) Frankfurter Rundschau, 27.1.1971
- 4) DBJR-Information, herausgegeben vom Deutschen Bundesjugendring, Heft 6, Nov.-Dez. 1970
- 5) Vorwärts, Nr. 43 vom 23.10.1969

DJO weiter gen Osten

Nach dem 17. Bundesjugendtag: Wann erfolgt der Ausschluß der DJO aus den Jugendringen? / Von Wolfgang Bartels

Heinz Pattock, bisheriger Bundesführer, betätigte sich als Illusionen-Killer. Gutgläubigen Jugendfunktionären, die an eine Wandlung seines revanchistischen Nachwuchsverbandes geglaubt hatten, erklärte er: „Die Diskussion um die DJO wie auch das Ergebnis in Berlin veranlassen uns nicht, unsere Grundsätze, unsere Aufgabenstellung und Zielsetzung zu verändern.“ In Westberlin hatte eine Mehrheit des Deutschen Bundesjugendringes den Ausschluß der DJO aus dieser Arbeitsgemeinschaft gefordert, eine notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit kam jedoch nicht zustande. (elan 1-2/71) Daraufhin kündigte die DGB-Jugend an, sie werde ihren Ausschlußantrag wiederholen, „wenn diese (die DJO) ihre nationalistische Haltung nicht ändert“. Dazu wird die Gewerkschaftsjugend jetzt Gelegenheit haben. Denn die DJO wirkt weiter – gen Osten.

Das wurde auf dem 17. Bundesjugendtag der Jungrevanchisten beschlossen, der jetzt im Flüchtlingslager (!) Massen tagte. Ganz auf der Linie der DJO von Kassel – wo sich DJO-Mitglieder in bekannter Weise an der DDR-Fahne zu schaffen machten und Führer Pattock Handschellen für Willi Stoph als angemessenes Kleidungsstück empfahl –

rief Pattock aus: „Stoph ist für mich ein Mörder!“

Mit ihrer politischen Bildungsarbeit will die DJO ihr Image aufpolieren. Aber „Wissensvermittlung, differenzierte Betrachtungsweise, kritische Auseinandersetzung“ haben nur ein Ziel, nämlich zum altbewährten „Engagement für die Ziele der DJO zu führen“. Einziger politischer Programmpunkt: „Ablehnung der Verträge mit der UdSSR und der VR Polen“. Die DJO als jugendpolitischer Vortrupp des Rechtskartells, der Entspannungsfeinde und Ewiggestrigen – so steht dieser Verband nach seinem 17. Bundesjugendtag da.

Finanziert wird das „Engagement“ gegen die Gewaltvertragsverträge von der Bundesregierung. Die öffentlichen Hände sind für die DJO besonders offen. Der Verband ist sich seiner Sache sogar so sicher, daß er die Bundesregierung in seinem Finanzbericht wegen „nicht termingerechter“ Überweisungen rügte.

Die Bundesregierung kneift, wo es gilt, der DJO entgegenzutreten. Nicht nur, daß sie diesen Verein weiterhin finanziert. Selbst vormals geäußerte vorsichtige Kritik nimmt sie wieder zurück. Hatte Bundesinnenmi-

nister Genscher vor Monaten erklärt, DJO-Mitglieder seien an den Umtrieben der faschistischen „Aktion Widerstand“ beteiligt gewesen, so versicherte Genscher im Januar dem CDU-Abgeordneten und SS-Ehrenobersturmbannführer a.D., Freiherrn von Fircks, es gäbe keine Anhaltspunkte für eine Beteiligung der DJO. Die unverbindlichen DJO-Distanzierungen von der „Aktion Widerstand“, die nicht etwa mit einem Ausschluß daran beteiligter DJO-Mitglieder oder mit der Aufgabe einer auf „Widerstand“ eingestimmten Bildungsarbeit verbunden waren, nahm Genscher „mit Genugtuung“ zur Kenntnis. Triumphierend konnte die DJO in ihrem Pressedienst melden: „Bundesregierung rehabilitiert die DJO“.

Mit solchen Persilscheinen in der Tasche will die DJO kommende Diskussionen in den Jugendringen bestehen. Als der elan-Vertreter beim DJO-Bundesjugendtag Näheres erfahren wollte über die angebliche Haltlosigkeit von Argumenten, die in der DBJR-Vollversammlung und in der Broschüre „Deutsche Jugend gen Osten“ vorgebracht worden waren, da winkte der zum stellvertretenden Bundesführer gewählte Hermann Kinzel ab: „Eine Gegendarstellung würde ein dreibändiges Buch erfordern. Wir haben jetzt andere Aufgaben.“ Die groß angekündigte Gegendarstellung war ein Bluff. DJO bleibt DJO.

Bewegung bei den „Falken“

Politisierung der Erziehungsarbeit und sozialistische Standortdiskussion / Von Werner Karsten

Auf der 12. Bundeskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“ im Frühjahr 1969 wurde es deutlich: unter den Mitgliedern dieses Verbandes herrscht höchst kritisches Bewußtsein, das ein stärkeres gesellschaftliches und politisches Engagement des Verbandes fordert.

Zu den Bewegungen der Jugend um Manifestation und Durchsetzung ihrer Rechte, die sich in den vergangenen Jahren in Universitäten, Schulen und Betrieben entwickelten, hatten die Falken kaum mehr als papierene Erklärungen beigetragen. Allein bei der Entwicklung einer „neuen Ostpolitik“ in den Beziehungen zu den Jugendorganisationen der sozialistischen Länder hatte die Sozialistische Jugend unter den großen Verbänden des Bundesjugendringes eine Vorreiterrolle übernommen.

Durch dieses vorwiegend „außenpolitische“ Engagement verstärkte sich aber in den Falken nur noch die schon lange zu beobachtende Trennung von politischer Zielsetzung und Erziehungsarbeit des Verbandes. Erziehung wurde allzuoft als „wertfrei“ und „unpolitisch“ gesehen und „betrieben“, nicht aber in ihrem Bezug zur gesellschaftlichen Situation junger Menschen in einer Klassengesellschaft. Relevante politische Aktivität war „außenpolitisch“ und damit dem Bundesvorstand vorbehalten.

Die Kritik an diesem Zustand im Verband vermochte aber auf der Bundeskonferenz noch keine entscheidenden Veränderungen durchzusetzen, was ein Jahr später durch die Wahl des politisch wenig profilierten Bundessekretärs Dieter Lasse zum ersten Vorsitzenden noch unterstrichen wurde. Das allgemeine Bedürfnis nach einem Konzept für die Arbeit des Verbandes manifestierte sich jedoch in dem Beschluß, zur Vorbereitung der nächsten Bundeskonferenz eine Tagung einzuberufen, auf der die Grundsätze des Verbandes neu überdacht werden sollten.

Diese Arbeitstagung fand im Oktober 1970 bei Bielefeld statt. Es lag eine Reihe von Arbeitspapieren vor, die in den verschiedenen Untergliederungen des Verbandes vorbereitet worden waren, darunter auch der „Entwurf einer politischen Grundsatz-erklärung“ des Bundesvorsitzenden Dieter Lasse, die sich inhaltlich nur sehr unwe-

sentlich von der allgemein als unzureichend empfundenen bisherigen Grundsatz-erklärung unterscheidet und sich am besten durch folgendes Zitat charakterisieren läßt: „Das private Recht am Eigentum und seine Vermehrung müssen geschützt werden. Die aus der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Grundeigentum fließende direkte und indirekte Macht über die Gesellschaft oder einzelne Bürger muß der Kontrolle und Verfügung der gesamten Gesellschaft unterworfen werden...“

Entgegen den sonst üblichen Gepflogenheiten spielte aber in Bielefeld der Entwurf des Bundesvorsitzenden in den Arbeitsgemeinschaften kaum eine Rolle, weil er am Bewußtsein und an den Absichten der Mehrheit der Teilnehmer vorbezielte, die ausgehend von einer Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse Vorschläge für die Arbeit eines sozialistischen Jugend- und Erziehungsverbandes entwickeln wollte. Einige Zitate aus den von der Tagung erarbeiteten Papieren mögen einen Einblick in den Stand der Diskussion geben:

– „Die Grundlage unserer Analyse ist die Erkenntnis, daß die Gesellschaft der BRD durch den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produkte, d.h. durch den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, geprägt ist.“

– „Die überwiegende derzeitige Erziehungspraxis unseres Verbandes stützt diese spätkapitalistische Gesellschaftssystem, indem sie systemangepaßt erzieht.“

– „Unsere Gruppen sind verpflichtet, über die Freizeitgestaltung hinaus zur Bewußtseinsbildung zu gelangen. Die Arbeit des Verbandes muß dort ansetzen, wo die gesellschaftlichen Konflikte ihre Ursachen haben. . . um die Jugendlichen zu befähigen, ihren gesellschaftspolitischen Standort zu begreifen und ihre Situation kollektiv zu verändern.“

Diese Arbeitspapiere werden zur Zeit in der Sozialistischen Jugend diskutiert. Sollte sich die hier vertretene Position auf der im Mai bevorstehenden 13. Bundeskonferenz durchsetzen, wäre von den Falken ein wichtiger Beitrag zum Kampf der Jugend zu erwarten.

Termine

- 5. März 1971 – 100. Geburtstag von Rosa Luxemburg
- 6. März 1971 – Solidaritätstag mit dem laotischen Volk. Jahrestag der Erklärung des ZK der Patrioticen Front von Laos zur Lösung des Laos-Problems.
- 7. März 1971 – 25. Jahrestag der Gründung der FDJ
- 7. März 1971 – Paulskirche in Frankfurt/Main: Eröffnung der Ausstellung „Deutscher Widerstand 1933 – 45“
- 8. März 1971 – Internationaler Frauentag
- 13. März 1971 – Landesjugendkonferenz des DGB Rheinland-Pfalz, Ludwigshafen/Rh.
- 13./14.3.71 – 4. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier, Springen/Ts.
- 13./14.3.71 – Landesjugendkonferenz der NFJ Rheinland, Kendenich/Köln
- 18. März 1971 – 100. Jahrestag der Pariser Kommune
- 20. März 1971 – Bundestreffen der Ersatzdienstleistenden, Frankfurt/M.
- 21. März 1971 – Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz
- 3.-4. April 71 – Aktionstage gegen die US-Aggression in Indochina – für den Abzug der US-Truppen bis zum Juni 71. Jahrestag der Ermordung von Martin Luther King.
- 15. – 17.4.71 – 9. ordtl. Jugendkonferenz der IG Metall, Saarbrücken
- 16. April 1971 – 85. Geburtstag von Ernst Thälmann (+ 1944)
- 22. April 1971 – Putsch der Obristen in Griechenland (1967)
- 23./25.4.71 – Außerordtl. Vollversammlung und Jahrestag 1971 der Deutschen Sportjugend München
- 24. April 1971 – Weltjugendtag gegen Kolonialismus und für die friedliche Koexistenz
- 25. April 1971 – Landtagswahlen in Schleswig-Holstein
- 29. April 1971 – Eröffnung der Ruhrfestspiele Recklinghausen (Ende der Festspiele 27. Juni 1971)
- 30. April 1971 – Solidaritätstag mit dem Khmer-Volk. Jahrestag des Überfalls der USA und ihrer Verbündeten auf Kambodscha.
- Mai u. Juni 71 – Monate des Kampfes für den Abzug der US-Truppen aus Indochina
- 1. Mai 1971 – Kampftag der Arbeiterbewegung
- 7./9.5.71 – 3. Landeskonferenz der SDAJ Hamburg

Friedrich Engels und die Arbeiterjugend

Der Kampfgefährte von Karl Marx erarbeitete Grundlagen für die Bildungspolitik der Arbeiterbewegung – Seine Thesen bleiben aktuell / Von Willi Schwettmann

Der Kampf um die Gewinnung der Jugend ist, wie die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 feststellte, zu einem zentralen Punkt des Klassenkampfes geworden. In diesem Ringen spielen die verschiedenen Spielarten der Verfälschung der Ideen von Marx und Engels keine unwesentliche Rolle. Die herrschenden Kreise in der BRD lassen außerdem nichts unversucht, die Jugend von Marx und Engels fernzuhalten. Das alles ist durchaus erklärbar angesichts des Suchens eines beachtlichen Teils der Jugend nach neuen Ideen, nach Wegen zur Veränderung der Gesellschaft.

Um so mehr steht vor den Marxisten die Aufgabe, den Kampf um die Jugend breiter zu entfalten und vor allem die Arbeiterjugend in dieser Etappe „im Geist des konsequentesten und revolutionär unterschiedensten Demokratismus“ zu orientieren, wie es Lenin in Fortführung eines Gedankens von Engels formulierte. Engels hatte in einem Brief an E. Bernstein darauf verwiesen, daß so die „Verhältnisse reif“ werden „für uns und wir für sie“.

Unter den vielen großen Verdiensten fällt Friedrich Engels vor allem auch das zu, in seiner 1845 entstandenen Arbeit über „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ in die Untersuchungen die jungen Arbeiter einbezogen und damit wichtige Erkenntnisse für den Kampf für die Interessen der Arbeiterjugend vermittelt zu haben. Engels zeigte die unerträglichen Arbeitsbedingungen für die Jugendlichen im damals industriell weitestentwickelten Kapitalismus Englands auf.

Grundlage der Arbeiterjugendpolitik

In seinem Buch, das in der Entstehungsgeschichte der marxistischen politischen Ökonomie einen wichtigen Platz erhielt, hatte Engels erstmalig eine wissenschaftliche Definition des Begriffs Proletariat gegeben. Damit, daß er die weltgeschichtliche Rolle der Arbeiterklasse zu enthüllen begann, legte er einen wichtigen Grundstein für die richtige Behandlung der Rolle der

Arbeiterjugend als Teil der Arbeiterklasse, für die Herausbildung wichtiger Elemente sozialistischer Jugendpolitik. Mit dem Wort „Wir sind die Partei des aufopfernden Kampfes gegen die alte Fäulnis. Zum aufopferungsvollen Kampf aber wird die Jugend als erste bereit sein“ wollte Engels bewußt machen, daß alles auf seiten der Arbeiterklasse getan werden muß, um die Jugend zu gewinnen und gleichzeitig jene hervorragende Rolle zu erkennen, die eine kämpfende Jugend bei der Lösung der Aufgaben der Arbeiterklasse zu spielen vermag. Engels' große Neigung zu konkreten empirischen Beobachtungen der sozialen Umwelt, der Wege ihrer Entwicklung und der Möglichkeiten in ihr zu wirken, führte ihn zu bedeutenden Erkenntnissen über die Probleme der arbeitenden und lernenden Jugend, die nichts von ihrer Aktualität verloren haben.

Thesen zur Bildungspolitik

Zwei Thesen formulierte er in seinem Werk, die wir gerade heute als Grundthesen in der Bildungs- und Kulturpolitik ansehen müssen:

1. Engels führte den Nachweis, welchen Umfang und welchen tatsächlichen Charakter das Maß an bürgerlicher Bildung hat, das der Arbeiterklasse zugestanden wird, und er unterstreicht den wissenschaftlichen und kulturellen Wert der unter schwierigen Bedingungen unternommenen sozialen und politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse. D.h. einerseits enthüllte er die wahren Wurzeln der kapitalistischen Furcht vor Verbreitung umfassender Bildung der Arbeiterjugend, die eine Gefahr für die kapitalistische Gesellschaftsordnung darstellt. Andererseits zeigte Engels auf, wie unter dem Druck der Arbeiterklasse und aus dem Zwang heraus, der Produktion eine notwendige Zahl qualifizierter Arbeiter sichern zu müssen, das herrschende Kapital in der Volksbildung gewisse Zugeständnisse machen muß.

Die herrschende Klasse tut das, wie es Engels am Beispiel England demonstrierte, unter Beachtung gewisser Vorsichtsmaßregeln. Sie

ist eifrig bemüht, die ihr gefährlichen Bildungsbestrebungen der Arbeiterklasse, vor allem der Arbeiterjugend, unter Kontrolle zu halten. Das Hauptmittel zur Durchsetzung der Bildungsprivilegien der herrschenden Klasse: Die Bestimmung der Bildungsinhalte in Schule, Beruf, Hochschule sowie in der weiten Öffentlichkeit.

Die Gültigkeit dieser Engels'schen Überlegungen gilt im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und unter der Einwirkung hervorragender Leistungen in den sozialistischen Ländern auf die BRD mehr denn je.

Die Anstrengungen des Großkapitals in dieser Frage soll ein Beispiel aus unseren Tagen zeigen. In „contact“, Nr. 4/1967 – Zeitschrift des „Deutschen Industrieministeriums“, wird die Angst des Großkapitals vor den Einflüssen einer klassenbezogenen Arbeiterjugendbildung erstaunlich offen dargelegt: „Neben den unschätzbaren Gewinn, den diese Entwicklung erbringt, kann also die Gefahr treten, daß die gegenwärtigen Probleme unseres Bildungswesens im Sog gesellschaftlicher Auseinandersetzungen verfälscht und verfremdet werden.“ (S. 192) Dabei geht es heute nicht so sehr um „Anpassung um jeden Preis“ (S. 195), sondern um „rational kontrollierte Einordnung“, die einen Aktivismus im Sinne des Großkapitals hervorbringen soll.

Genau das hat Engels gemeint. Aber nicht nur diese Voraussicht ist bestechend. Ebenso seine klaren Schlußfolgerungen.

Darum sah er im Kampf um den Charakter der Arbeiterbildung eine wichtige Aufgabe in den Klassenauseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit.

Etwas später wird ebenso offen das Ziel der großkapitalistischen Gegenmaßnahmen erläutert: (Seite 194)

„So ergibt sich, daß politische Bildung immer auch die Hinführung zu einem bestimmten Maß an Einordnungsbereitschaft einschließt.“

(Wird fortgesetzt: 2. These – Gefängnisse, genannt Schulen.)

Gericht über Strauß

Am 30. Januar:
Aktionen gegen eine
neue Machtergreifung

Von Ulrich Sander

Der 30. Januar 1971, der 38. Jahrestag der hitlerschen Machtergreifung, war ein Tag des Protestes gegen eine Neuauf-
lage des Faschismus:

■ In Frankfurt am Main schlossen sich Sozialdemokraten und Kommunisten, Jungdemokraten, JuSo, SDAJ und andere Gruppen zu einer „Aktion 30. Januar“ zusammen. SPD-Mitglied Franz-Josef Degenhardt rief seine Frankfurter Genossen in einem Brief zu einer „Demonstration gemeinsamen Handelns“ auf. Aus der Menge der 800 Demonstranten kamen Sprechchöre: „Strauß und Barzel sind sehr fleißig für ein neues Dreiunddreißig“ — „Die Bosse unserer Industrie behinderten die Nazis nie“ — „Abs bezahlte Hitler — heut bezahlt er Strauß“ — „CDU und NLA sind für die Konzerne da“.

■ Zu Mahnwachen und Diskussionsveranstaltungen hatte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der Landesjugendring Bremen in der Hansestadt aufgerufen. In dem Aufruf wurde die „Mitbestimmung der Werk-tätigen in den Betrieben“ und friedliche Beziehungen zu den sozialistischen Ländern ebenso gefordert wie festgestellt wurde: „Was nützt der Rückschlag, den die NPD in den letzten Wahlen hinnehmen mußte, wenn dieselben Töne,

die früher aus dieser Ecke zu hören waren, heute auch in CSU und CDU angeschlagen werden?“

■ Die „Jugendaktion 5. Dezember“, benannt nach jener antifaschistischen Aktion gegen die NS-Leute der „Aktion W“ (s. elan 1-2/71), trat mit einem CDU-Tribunal in Essen hervor. Jungsozialisten, SDAJ, Falken und Gewerkschaftsjugend hatten nicht vergessen, daß die CDU die antifaschistische Einheitsfront des 5. Dezember verunglimpft hatte. Vor 600 Jugendlichen wurde im Essener Jugendzentrum die Anklageschrift verlesen: „Die Jugendaktion 5. Dezember klagt die CDU an: eine Partei der Großindustrie und ihrer Interessenvertreter zu sein, neonazistische Organisationen propagandistisch zu unterstützen und inhaltlich mit ihnen in entscheidenden Punkten übereinzustimmen“. In einem 16-seitigen Gutachten wurde die Anklage untermauert.

■ In Bonn saßen 700 junge Leute — aufgerufen von SDAJ, AMS Spartakus, Jungdemokraten Bonn-Beuel, SHB Bonn und Mitgliedern der JuSo — über die CSU-Scharfmacher Strauß und von Guttenberg zu Gericht. 150 Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre hatten den Aufruf zum Tribunal unterstützt, um „der Arbeiterjugend und der Öffentlichkeit die Rolle von Strauß und Guttenberg und deren Hintermänner und Geldgeber“ aufzuzeigen. Besonders die letztgenannte Aktion zum 30. Januar wirbelte Staub auf: Parlamentarisches Vorspiel durch FDP-Flüchtling Mende, der sich mit Diffamierungen der Jugendorganisationen bei der CSU beliebt machen wollte, und Bundestags-Nachspiel durch Strauß und Guttenberg selber, die der SPD „Helferschaft gegenüber jenen Gruppen in Bonn“ vorwarfen. Dabei hatten auch die Angeklagten ihre Helfer: einen



Strauß-Guttenberg-Tribunal in Bonn

Rektor der Universität, der einen ausreichend großen Raum verweigerte; einen Staatsanwalt, der eigenhändig Plakate abriß, Mitarbeiter des Militärischen Abschirmdienstes, die einen uniformierten Diskussionssteilnehmer festnehmen wollten, und schließlich jene Mitglieder des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, die auf ihre Art in die Diskussion eingriffen. Aber bei den letztgenannten waren sich die Teilnehmer schon nicht mehr einig, ob ihr Auftreten sich nicht stärker zugunsten der Ankläger zu Buche schlug, so dümmlich waren ihre Tiraden.

Doch auch Strauß und Guttenberg — wenngleich sie selbst gekniffen hatten zu erscheinen — kamen zu Wort: per Tonband. Strauß war als Gummipuppe anwesend. Die Veranstalter hatten neue Formen für das Tribunal gewählt, die später in der Presse so gewürdigt wurden: „In einer hinreißenden Programm-mischung von sorgfältig vorbereiteten Detailanalysen, biografischen Retrospektiven (Rückblenden), spontanen Diskussionsbeiträgen und Grußadressen, Ton- und Lichtbild-einblendungen, Kabarett und Agitprop wurde der ökonomische, politische und ideologische Nährboden der geschichts-

notorischen nationalen Sammlungs-bewegungen um Strauß und Guttenberg sichtbar gemacht.“ (Deutsche Volkszeitung)

In die Turbulenz der Diskussion griff immer wieder der Kabarettist Dietrich Kittner schlagfertig und hieb- und stichfest ein. Rüdiger Raguse, Pionier der Bundeswehr: „Unsere Feinde sind Strauß und die Monopole, nicht die Arbeiter und der Osten.“ Bewegend die Schlußansprache eines Vertreters des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, der die Notwendigkeit der Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte hervorhob, insbesondere von Sozialdemokraten und Kommunisten.

In einem Abschlusaufruf unter dem Motto „Gegen das Rechtskartell — für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau — Verhindert die Machtergreifung Franz-Josef Strauß“ erklärten die veranstaltenden Gruppen: „Wir müssen uns gegen die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik zusammenschließen. Sie wollen mit hemmungslosem Antikommunismus, nationalistischer Hetze und Methoden — die von Mordhetze bis zur Bestechung von Abgeordneten reichen — die Entspannung in Europa verhindern.“ ■



Moskauer Vertrag verboten

Werbung für Gewaltverzicht in der BuWe unter Strafe gestellt

von Ulrich Sander

Hauptmann König, Chef der 1. Kompanie im Pionierbataillon 13 in Lübeck, hat ein Hobby: Disziplinarstrafen. Das wäre nicht weiter erwähnenswert, schließlich haben viele Offiziere dieses Hobby, wenn er sich dabei nicht ständig auf politisches Glatteis begäbe. Auf dem Glatteis, das Herr König betrat, hatte die Bundesregierung kürzlich Salz gestreut: Sie unterschrieb Verträge mit Moskau und Warschau, in denen auf Gewalt verzichtet und Grenzen anerkannt werden. Hauptmann König — und mit ihm viele kleine und große Könige bei der Bundeswehr — will das nicht zur Kenntnis nehmen. So bestrafte er den Pionier Hans-Rüdiger Raguse aus Kamen mit einem vor der Truppe verlesenen „strengen Verweis“, weil dieser ein Plakat ausgehängt hatte, „das zur Bejahung des deutsch-sowjetischen Vertrages aufforderte...“, obwohl er am 22. 1. 1971 im Rahmen einer Kompaniebelehrung belehrt wurde, daß eine Werbung für politische Gruppen innerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen verboten sei“.

Mit „Werbung für politische Gruppen“ kann nur die Bundesregierung und der oberste Dienstherr des Hauptmann König, Minister Schmidt, gemeint sein, denn diese Regierung unterschrieb den Vertrag. Die Gruppe, die das Plakat mit dem beherrschenden Slogan „Ja zum Moskauer Vertrag“ herausgegeben hatte, die SDAJ, war nur im gesetzlich vorgeschriebenen Impressum erwähnt.

Daraus folgt: Meinungsäußerungen im Sinne der von der Bundesregierung unterzeichneten Verträge werden in der

Bundeswehr unterdrückt, ja sogar bestraft. Erlaubt ist in der Bundeswehr jedoch die Hetze gegen den Moskauer Vertrag. Schreibt die offizielle Truppenzeitung der 4. Pz.-Gren.-Division „Grenzwald“ in ihrer Ausgabe September 1970: Der westdeutsch-sowjetische Gewaltverzichtsvertrag sei ein „Pokerspiel mit unserer Sicherheit“. Bundeskanzler Brandt schaffe „uns nicht die Sorgen, sondern die Sicherheit vom Hals“. Der Vertrag nütze „nur den Russen“. So steht es nicht in einem NPD-Blatt, sondern in einer Zeitung der Bundeswehr, die dazu noch mit Steuergeldern bezahlt wird. Diese Zeitung liegt in den Unterkünften aus. Für ihre Hetze werden keine Diszis ausgesprochen.



Zu 7 Tagen Arrest wurde der Panzergrenadier Rüdiger Raguse wegen seines Auftretens auf dem Strauß-Guttenberg-Tribunal verurteilt.

Diese spricht unser obengenannter Diszi-Fan König jedoch gegen den elan aus. Das Opfer ist wieder Pionier Raguse, dem eine Geldbuße von DM 30,— auferlegt wurde, weil er „auf seiner Stube Heft 10/70 der Zeitschrift „elan“ ausliegen ließ, in der für die in der Bundeswehr verbotene Aktion „Soldat 70“ geworben wird.“ Als wir einen Pressesprecher des Bundesverteidigungsministeriums fragten, ob ein solcher Fall möglich wäre, leierte er sofort Artikel 5 unseres guten alten Grundgesetzes herunter (Meinungsfreiheit, Pres-

sefreiheit usw.). Als wir ihm aber sagten, daß dieser Fall tatsächlich geschehen sei, winkte er erschreckt ab: „Nicht zuständig.“ Die elan-Redaktion wird sich an die zuständige Stelle wenden. An die Gerichte. In der Bundeswehr reißen gefährliche Zustände ein. Raguse und die Autoren von „Soldat 70“, junge Demokraten, werden bestraft, aber das darf sich in der Bundeswehr frei betätigen und junge Menschen ausbilden:

■ Unteroffizier Burkhard Gäde (20), Mitglied des Bundes Heimattreuer Jugend. Er besudelte mit mehreren Gesinnungsfreunden den jüdischen Friedhof in Celle.

■ Hauptmann Alfred Watzl (Weiden), der für die NPD zum bayerischen Landtag kandidierte.

■ Wolfdietrich Kopelke, früher Nazi-Schriftsteller, heute verantwortlich für Truppenbüchereien im Rahmen der Truppenbetreuung“.

■ Unteroffizier Ullrich W. Wiehagen (22) aus Dülmen. Er leitete die neonazistischen Exzesse vor der SU-Botschaft in Rolandseck, vor dem SPD-Parteivorstand in Bonn und vor der Redaktion der „Westfälischen Rundschau“.

Und schließlich:

■ Ingenieur Werner Wolf, Angestellter der Abteilung Wehrtechnik des Bundesverteidigungsministeriums, Kreisvorsitzender der NPD und Mitglied der neonazistischen Terrorbande, die Mitte Februar zufällig aufgefliegen ist (siehe Artikel „MP im Kofferraum“). Diese Liste könnte fortgesetzt werden! ■

MP im Kofferraum

Wann schützt der Verfassungsschutz die Verfassung?

Von Wienand Bertram



Verkehrskontrolle in Bonn. Als die Polizisten den Kofferraum eines Wagens öffnen, bringen sie eine Maschinenpistole zum Vorschein und einen Stein ins Rollen.

Diesmal schaltete die Polizei schnell: sie ließ eine Hausdurchsuchung bei dem als NPD-Mitglied bekannten Autofahrer und bei dessen Freunden machen. Ergebnis: ein ganzes Waffenlager kam zusammen: Maschinenpistolen, Karabiner, Bajonette, Munition, Ausgaben der SS-Zeitung „Der Stürmer“. Zwölf Personen wurden festgenommen, doch bald wieder freigelassen. Die Justiz scheint über den Tatendrang bei der Polizei wenig erbaut zu sein. Nur der Schütze Bernd Hengst, der im

Ein Gerichtsangestellter führt das beschlagnahmte Material vor.

im Oktober 1968 fünf Schüsse auf das Bonner DKP-Büro abgegeben hatte, verblieb in U-Haft. Wenige Tage vor dem Zufallserfolg der Polizei hatte Strauß im Bundestag das Verbot der DKP gefordert. Wenige Wochen zuvor gab der niedersächsische Innenminister Lehnert bekannt, daß die Mittel für den Verfassungsschutz im vergangenen Jahr um ein Drittel erhöht wurden. Außerdem seien zwei Drittel der Kräfte des Verfassungsschutzes gegen „links“ eingesetzt.

Wie dieser Einsatz gegen „Links“ aussieht, ist in den letzten Tagen durchgesickert. Der DKP sind zuverlässige Informationen zugegangen, nach denen folgende Organisationen einer geheimen Post- und Telefonüberwachung unterliegen: sämtliche Büros der DKP, der DFU, der IdK/DFG, der SDAJ, des Hauptvorstandes und der Bezirksverwaltungen der IG Metall und einzelne Büros anderer Gewerkschaften, des Bundesvorstandes der Jungsozialisten und des SHB und die Zentrale des VDS und die ASten mehrerer Unis. Auch die führenden Funktionäre dieser Organisationen unterliegen einer Überwachung ihres privaten Telefonanschlusses.

Die eiligen Dementis aus Bonn waren keine. Sie bestätigten nur die Informationen der DKP. Der verantwortliche Regierungsrat bei der Pressestelle des Innenministeriums antwortete auf eine entsprechende Frage: „Ich kann Ihnen nicht sagen, wer das im Augenblick ist, der abgehört wird.“ Also wird abgehört!

Weitere Beispiele für die Einäugigkeit des Verfassungsdenkens:

In Schleswig ist der NPD-Landesvorsitzende Karl-Ernst Lober Kreisjugendpfleger. Mit Hilfe der CDU-Fraktion gelingt es ihm, den Antrag, ihn abzu-

lösen, zu Fall zu bringen. Kurze Zeit später verlangen CDU-Sprecher im Bundestag das Verbot der DKP.

Im Saarland bezahlte das Amt für Verfassungsschutz jahrelang Schmiergelder an den Spitzel Wilfried König. Er hatte die angenehme Aufgabe, seine Brötchengeber ständig über alle Internas der SDAJ auf dem laufenden zu halten. Erst ein „öffentliches Geständnis“ und das Versprechen, wiedergutzumachen, was er anrichtete, brachte die Tätigkeit Königs ans Licht. Zur gleichen Zeit, da dem Assessor Jochen Michels aus Essen eine Richterstelle verwehrt wird — mit der Begründung, er habe bei den Kommunalwahlen als Parteiloser auf der Liste der DKP kandidiert —, ist im Saarland ein Mann als stellvertretender Landesjugendamtsleiter tätig, der öffentlich in einem Verteidigungskomitee für die NPD tätig war. Sein Name: Otto Jänisch.

Neonazis horteten Waffen und knallen sogar schon in der Gegend herum — siehe Bonn und Krefeld (elan 12/70). Doch auf dem rechten Auge ist der Verfassungsschutz blind. Werden die bewaffneten Rechtsradikalen aus Versehen einmal ertappt, können sie sicher sein, nach kurzer Zeit wieder freien Fußes den Tag X vorbereiten zu können. ■



Auf Einladung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), der SDAJ und des Antimperialistischen Informationsbulletins (AIB) weilte Dr. Antonio Neto, Beauftragter der Befreiungsfront Angolas (MPLA), in der BRD. Auf mehreren Foren berichtete er über den schweren Kampf des angolischen Volkes gegen die portugiesische Kolonialmacht. — Inzwischen haben VDS, SHB, SDAJ, Spartakus (AMS) und das AIB zur Gründung eines „Angola-Komitees — Für die Solidarität mit den Völkern der portugiesischen Kolonien in Afrika“ aufgerufen. Vorläufige Anschrift und Solidaritätskonto: Wilhelm Breuer, 5 Köln 1, Roonstraße 29. Postscheckkonto 171 387 Köln, Sonderkonto Breuer.

SS-Mann als „Friedensengel“

„Entwicklungshelfer“ halfen Invasoren in Guinea

Von Reinhard Junge

Ein einziger Aufschrei der Empörung beherrschte die Schlagzeilen aller Tageszeitungen in der BRD: Guinea hatte hundert westdeutsche „Entwicklungshelfer“ ausgewiesen, zwei von ihnen verhaftet und die

diplomatischen Beziehungen zur BRD abgebrochen. Was war geschehen?

Am Abend des 22. November 1970 hatten portugiesische Landungsboote in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt Guineas 400 Söldner an Land gesetzt. Auftrag: alle strategischen Punkte in Conakry besetzen! Eine Invasion portugiesischer Kolonialtruppen sollte vorbereitet werden.

Eine besondere Rolle hatte dabei der ehemalige SS-Offizier Hermann Seibold gespielt, der zu jener Zeit Leiter des von der Bundesregierung gebauten „Jugenddorfes“ in Kankan (Guinea) war. Er hatte an jenem Abend mit den Scheinwerfern seines Autos den Landungsbooten den Weg zur Küste gewiesen, und aus den später in seiner Wohnung gefundenen Dokumenten ging hervor, daß er eng mit dem portugiesischen Geheimdienst zusammengearbeitet hatte.

Die Invasoren wurden geschlagen. Die Aussagen gefangener portugiesischer Offiziere und die Ergebnisse der Haussuchungen bei in Guinea lebenden Bundesbürgern wiesen eindeutig nach, daß

- das Landungsunternehmen unter der direkten Leitung des portugiesischen Generals Spinola gestanden hat,

- daß die Regierung Portugals den Überfall auf Guinea zuvor mit dem Bonner Botschafter in Lissabon abgesprochen hatte (als eine Woche später auch ein zweiter Invasionsversuch gescheitert war, verübte Botschafter Schmitt-Horix Selbstmord) und

- daß westdeutsche „Entwicklungshelfer“ direkt an dem geplanten Umsturz beteiligt waren.

Die bürgerliche Presse hatte mit ihrer Hetzkampagne die Aufgabe, die Rolle der BRD zu vertuschen und die Regierung Guineas in Mißkredit zu bringen.

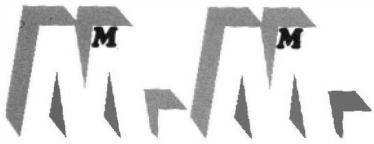
Guinea, 1961 unabhängig geworden, hat wie zahlreiche andere afrikanische Nationalstaaten einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen. Seine politische Selbständigkeit

kann es nur dann sichern, wenn es sich auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von den Ländern des Imperialismus erkämpft. Zu den Staaten, die dies mit allen Mitteln verhindern wollen, gehört auch die Bundesrepublik.

Zahlreiche westdeutsche Firmen, so Krupp in Angola, haben in Portugal und seinen Kolonien investiert und erzielen dabei Riesengewinne. Um diese Profite abzusichern, veranlassen sie die Bundesregierung, die portugiesische Kolonialpolitik zu unterstützen. So wurden in den letzten Jahren neben langfristigen Krediten folgende Lieferungen an Lissabon gewährt:

- mehr als 200 meist leichte Flugzeuge,
- drei Schnellboote mit extrem niedrigem Tiefgang,
- etwa 10 000 Maschinenwaffen und die dazugehörige Munition.

Die Zeiten sind vorüber, da eine Handvoll Missionare und zwei Kanonenboote ausreichten, ganze Kolonien zu unterdrücken. Die Zerschlagung der portugiesischen Invasionsarmee in Guinea beweist, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt zugunsten des antimperialistischen Lagers verändert hat. ■



„Politische Verschwörung“

9. März:
Kommunistenprozeß
gegen Angela Davis

Von Wolfgang Bartels

„Ich bin unschuldig in allen Punkten der Anklage. Das, was die US-Regierung gegen mich unternimmt, ist eine politische Verschwörung.“ Das Gerichtsgebäude ist von unzähligen Demonstranten umlagert, das Gebäude selbst ist hermetisch abgeriegelt. Die junge schwarze Frau im Gerichtssaal von San Rafael in Kalifornien ist Angela Davis. In einer Nacht- und Nebelaktion war sie am 22. Dezember gewaltsam und unter Mißhandlungen aus ihrer New Yorker Zelle geschleppt worden. Mit einem Kordon von 40 Polizeifahrzeugen wurde sie nach Kalifornien gebracht — einem Staat, dessen Gouverneur Ronald Reagan als „Kommunistenfresser“ bekannt ist. 40 Polizeifahrzeuge für eine Angela Davis — so groß ist die Angst der Herrschenden vor dieser Frau.

Weltweit ist die Solidaritätsbewegung für Angela Davis. Über alle Kontinente geht der Ruf: „Rettet Angela Davis!“ In den Großstädten der Bundesrepublik fanden Demonstrationen statt, wurden Soli-

daritätskomitees gegründet, wurden Unterschriften gesammelt, Flugblätter verteilt. Es ist unmöglich, alles aufzuzählen.

Eine Solidaritätsaktion der „Jungen Welt“, der Zeitung der FDJ, brachte sogar Schwierigkeiten mit dem DDR-Postministerium. „Junge Welt“ hatte aufgerufen, Angela zum 27. Geburtstag Karten mit einer aufgedruckten Roten Rose zu schicken. Der Aufruf schlug ein: fast zwei Millionen Karten wurden abgeschickt. Und das Postministerium fürchtete um das Devisengleichgewicht DDR — USA im Postverkehr. Doch Solidarität geht vor!

Dem Nationalvorsitzenden der KP der USA, Henry Winston, gelang es, Angela im Gefängnis zu besuchen: „Angela berichtete mir, sie erhalte nicht weniger als hundert Briefe am Tag und manchmal erreiche die Zahl vierhundert. Die Briefe kommen nicht nur aus den verschiedensten Gebieten der USA, sondern auch aus Asien, Europa, Afrika und Lateinamerika.“

Angela Davis ist unschuldig. Vor dem Gericht sagte sie: „Ronald Reagan und der Staat Kalifornien, die mir zuerst meine Arbeit wegnahmen, weil ich Mitglied der Kommunistischen Partei der USA bin, verlangen jetzt mein Leben. Warum? — Nicht weil ich die gefährliche Kriminelle bin, als die sie mich hinstellen, nicht wegen der gegen mich konstruierten Anklage, für die es überhaupt keinen Beweis gibt, sondern weil in ihrer pervertierten Einbildung ein Revolutionär von vornherein ein Verbrecher ist.“

Am 9. März soll die Hauptverhandlung gegen Angela beginnen. Der Kampf um ihr

Leben wird zwingend. In einem offenen Brief schreibt der weltbekannte Neger-Schriftsteller James Baldwin an Angela: „Wir müssen für Dein Leben kämpfen, als wäre es unser

eigenes. Wir müssen bereit sein, den Korridor zur Gas-kammer mit unseren Leibern zu vermauern. Denn wenn sie Dich am Morgen holen, holen sie uns am Abend.“ ■

Es stand im elan . . .

. . . daß der Hamburger SDAJ nach anfänglicher Anerkennung die Förderungswürdigkeit durch die Jugendbehörde wieder aberkannt worden war (elan 1-2/71). Jetzt hat Gerhard Weber, Generalsekretär des Hamburger CVJM und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes, in einer persönlichen Stellungnahme Gerechtigkeit für die SDAJ gefordert. Der SDAJ bescheinigt Weber eine „respektable, öffentlich anerkannte Jugendarbeit“, der Hamburger Jugenddeputation hingegen „antiquiertes Denken aus der Zeit des Kalten Krieges“. Im „INFO“ des Hamburger Jugendrings führt Weber weiter aus: „Der so gepriesene Pluralismus der unparteiischen staatlichen Jugendförderung . . . ist nur ein Schein-Pluralismus. Er hat dort sein Ende, wo durch einen Verband Staat und Gesellschaft in Frage gestellt werden, wo Alternativen zum kapitalistischen System gesucht werden. Sind also öffentliche Gelder Belohnung für jugendliches Wohlverhalten gegenüber Staat und Gesellschaft? Zu diesem Eindruck muß man bei der Ablehnung der Förderungswürdigkeit der SDAJ durch die Deputation der Jugendbehörde kommen.“

. . . daß Horst Stuckmann, Mitherausgeber des elan und Studentenpfarrer in Mainz, mundtot gemacht werden sollte (elan 1/2 71). Unser Beitrag löste viele Solidaritätsbekundungen aus. So schrieb die Landesarbeitsgemeinschaft jugend-eigener Zeitungen in ihrem Rundbrief „Inform“ an alle Schülerzeitungen: „Stuckmann ist ein erbitterter Feind des Kapitalismus und der Reaktion. Schickt deshalb Solidaritätsschreiben an seine Mainzer Adresse!“ Inzwischen versendet die Ev. Landeskirche aus Darmstadt Beschäftigungsbriefe an alle, die sich für Stuckmann einsetzen. Inhalt: Das Beurlaubungs- und Versetzungsverfahren gegen Stuckmann sei am 25. Januar eingestellt worden. Inoffiziell ist aus

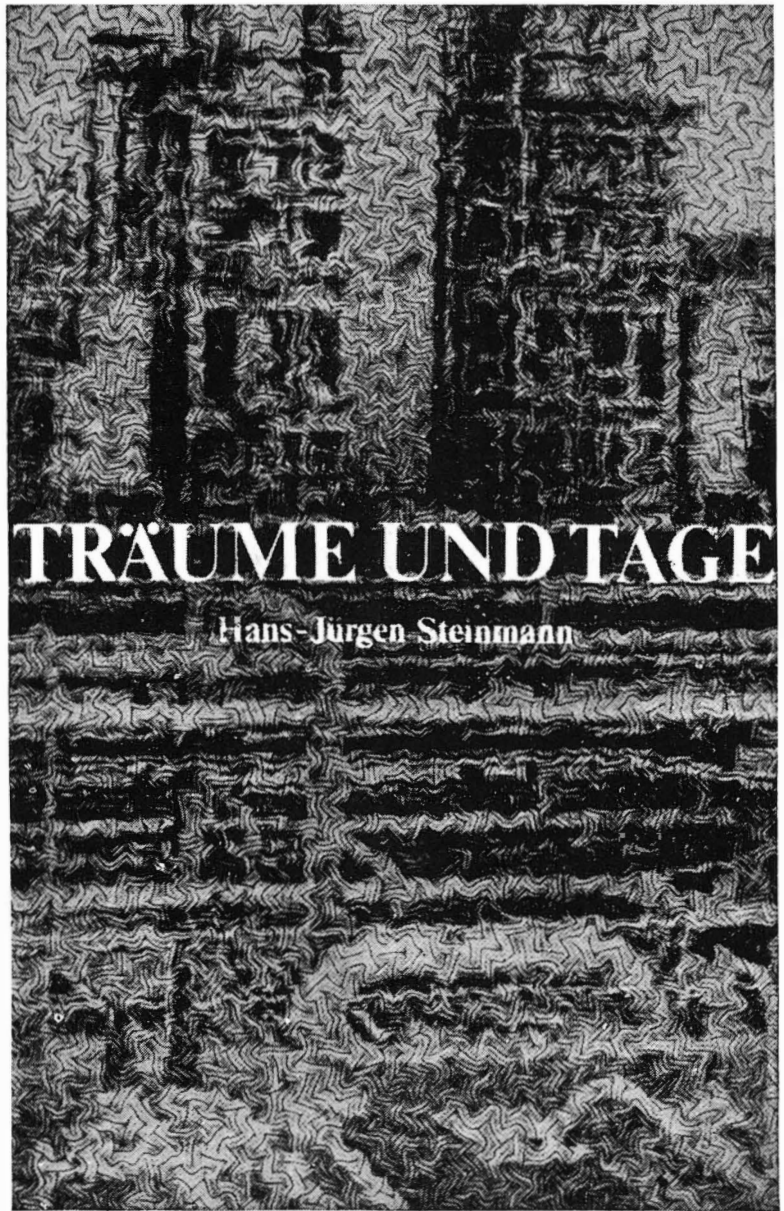
dem Amt zu erfahren, es gehe nicht um Personen, sondern um die evangelischen Studentengemeinde (ESG), diese sei zu links. Wie weiter bekannt wurde, soll es auf der Juli-Synode den ESG an den Kragen gehen, insbesondere der Mainzer. Von finanziellen Beschneidungen bis Trennung von den ESG geht das von reaktionären Kreisen in der Kirchenleitung diskutierte Strafmaß gegen die unbequeme Kirchenjugend. In welche Richtung die Diskussion geleitet werden soll, machte die rheinland-hessische Ausgabe des Kirchenblattes mit dem verpflichtenden Namen „Weg und Wahrheit“ deutlich. Diese Zeitung wußte allen Ernstes und nicht etwa in einer Faschingsausgabe zu berichten, die ESG Mainz sei kommunistisch unterwandert und kein „christliches Haus“ mehr, sondern ein Ableger der Moskauer Frunseakademie; Pflichtlektüre im Mainzer Zentrum der ESG sei das „Kapital“ von Marx. Übrigens: Die Frunseakademie ist eine sowjetische Militärschule. Kommt die Rote Armee? Nicht aus dem Osten, sondern aus Mainz? Wolle mir se reilasse?

. . . daß in vielen unserer Schulbücher ein falsches, ja sogar gefährliches Geschichtsbild vermittelt wird (elan 1-2/71); Sonderdruck kann angefordert werden. Jetzt wandte sich der NRW-Landesvorsitzende der DFU, Arno Behrisch, an den nordrhein-westfälischen Kultusminister Girgensohn (SPD). In einer Dokumentation (erhältlich bei DFU, 5 Köln 30, Venloer Straße 383), werden eine Reihe von Schulbüchern genannt, die im Widerspruch zur Landesverfassung von NRW stehen. Girgensohn wird aufgefordert, die genannten Bücher für den Unterricht zu sperren. Ein gutes Beispiel gab der Braunschweiger Westermann Verlag. Bei der Neuaufnahme eines Schulatlas übernahm er die im Text des Moskauer bzw. Warschauer Vertrages verwandten Bezeichnungen.



*Mittel-
deutscher
Verlag*

Verlag für neue deutsche
Literatur
DDR-402 Halle (Saale)
Thälmannplatz
Scheibe West



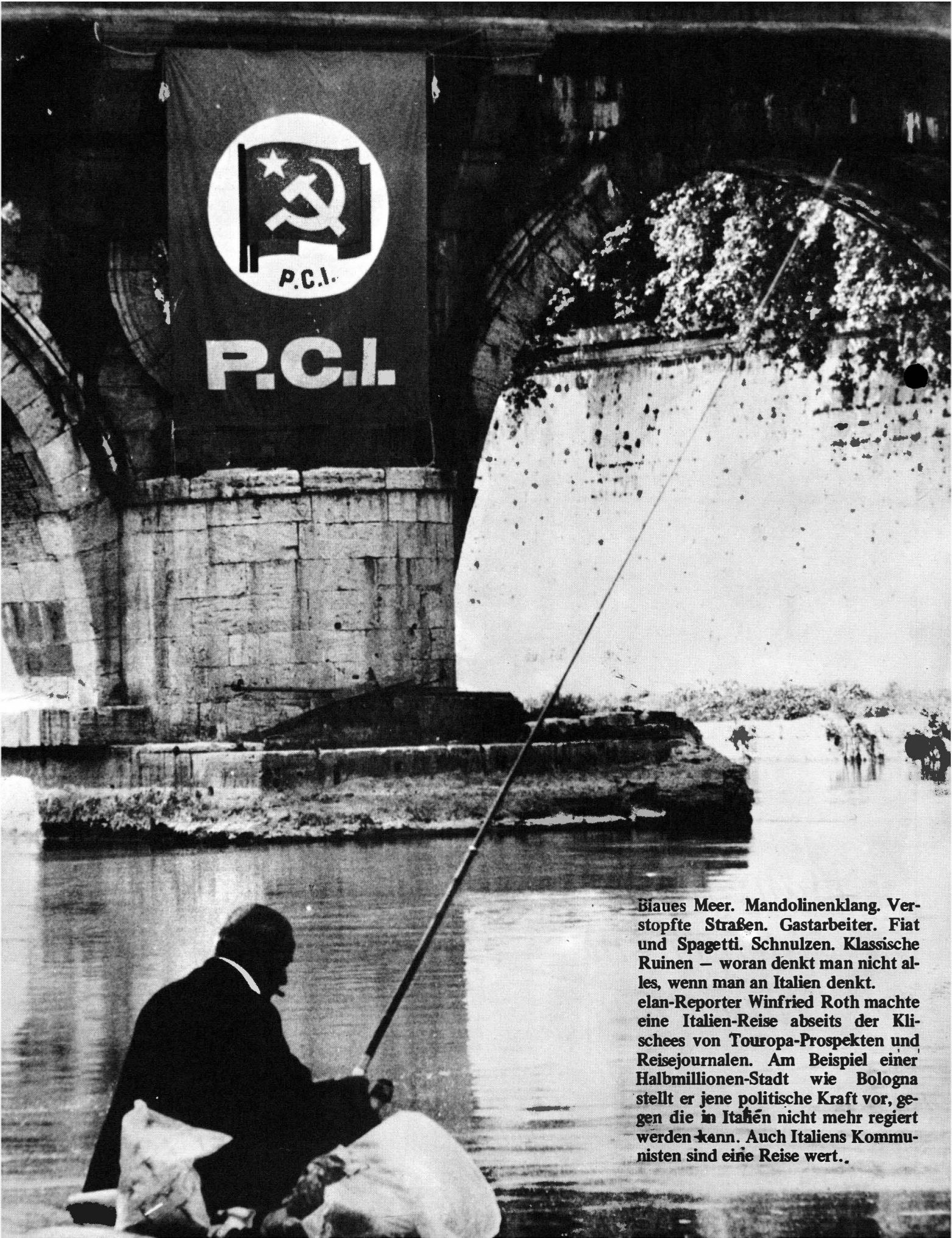
*Hans-Jürgen
Steinmann
Träume und
Tage*

480 Seiten · Leinen 10,- M

Ein „Gesellschaftsroman“ im besten Sinne.

An einem klassischen Brennpunkt des Geschehens – der Großchemie – geht Steinmann den Schicksalen alltäglicher Menschen nach; er hat Schulter an Schulter mit ihnen gelebt, genau hingesehen und sie genau beschrieben.

Nach neun Jahren kehrt der Diplomchemiker Georg Börner zurück in das Kombinat, in dem er lernte, aus dem er aufgebrochen war, die Welt der Wissenschaft zu erobern. Er geht seinen Weg über Irrtümer und Niederlagen hinweg, er macht es sich selbst nicht leicht und nicht seinen Freunden, auch nicht der Frau, die er liebt. Aber er findet die Gewißheit: Gemeinsames Leben will täglich gemeinsam verstanden und neu gefordert werden.



Blaues Meer. Mandolinenklang. Verstopfte Straßen. Gastarbeiter. Fiat und Spagetti. Schnulzen. Klassische Ruinen – woran denkt man nicht alles, wenn man an Italien denkt. elan-Reporter Winfried Roth machte eine Italien-Reise abseits der Klischees von Touropa-Prospekten und Reisejournalen. Am Beispiel einer Halbmillionen-Stadt wie Bologna stellt er jene politische Kraft vor, gegen die in Italien nicht mehr regiert werden kann. Auch Italiens Kommunisten sind eine Reise wert..

Ein linker Reisebericht

Im Zentrum der Stadt stehen zwei gut 700 Jahre alte und schon etwas schiefe Türme. Der größere „Torre Asinelli“ ist 100 m hoch. Von seiner Plattform hat man den besten Blick auf die Stadt und bis weit hinaus in die Ebene und die Vorberge des Apennin. Zugleich sind die beiden Türme das Symbol der Kommunistischen Partei in dieser 500.000-Einwohner-Stadt, die seit dem Ende des Faschismus von roten (kommunistischen oder kommunistisch/sozialistischen) Kommunalverwaltungen regiert wird.

Nicht weit von den beiden Türmen trifft man auf ein im gotischen Stil gebautes, palastähnliches Gebäude mit weiten Innenhöfen, das im Mittelalter Regierungssitz der Republik Bologna war. Heute sitzt dort ein smarter 45-jähriger – Renato Zangheri, Oberbürgermeister von Bologna und Mitglied des Zentralkomitees der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP), von Beruf Professor für Wirtschaftsgeschichte (auch wenn er erfreulicherweise gar nicht professoral wirkt). Gewählt wurde er am 7.6.1970 mit 43 % der

Stimmen. Die Kommunalverwaltung wird von einer Koalition aus der kommunistischen und den zwei sozialistischen Parteien getragen. In einem Arbeitervorort erreichten die Kommunisten sogar 66 % der Wählerstimmen. Aber nicht nur die Industriearbeiter kreuzen auf dem Stimmzettel den Kreis mit den zwei Türmen an. Auch ein größerer Teil der Angestellten und sogar der Handwerker und kleinen Händler wählt rot.

Traditionell links

Bologna ist keineswegs ein Einzelfall. In ganz Mittelitalien einschließlich Rimini, Florenz, Livorno und Genua sind die Kommunisten auch die nach den Wahlergebnissen stärkste Partei. Keimzelle des italienischen Kommunismus ist freilich – neben dem Industriezentrum Mailand – die Region um Bologna, die Emilia-Romagna (heute einer der wichtigsten Agrargebiete in der EWG). Schon Mitte des vorigen Jahrhunderts entstanden hier Hunderte von landwirtschaftlichen Genossenschaften. Heute entfallen in der Umgebung von Bologna über 50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Genossenschaftsbetriebe. In den folgenden Jahrzehnten war

– wieder neben Mailand – in der Emilia-Romagna das Zentrum der entstehenden Gewerkschaftsbewegung. Noch heute haben hier die Landarbeiter die stärkste Einzelgewerkschaft in dem von Kommunisten geführten Gewerkschaftsbund CGIL. Die genossenschaftlich organisierten Kleinbauern und Landarbeiter bildeten dann die Zellen der Sozialistischen Partei, aus der 1921 die KPI hervorging. In ganz Italien sind heute über 400 000 Bauern und Landarbeiter Mitglieder der KP. In den Dörfern kann man manchmal die Lieder hören, die während der Kämpfe mit den reaktionären Großgrundbesitzern entstanden, Kämpfe, an denen auch die Landarbeiterinnen aktiv teilnahmen. Diese Tradition setzte sich auch in den Jahren des Faschismus fort. Oft findet man auf freiem Feld sorgfältig gepflegte Gräber von Partisanen, die von den deutschen Okkupanten erschossen wurden. Während meist das Land im Besitz der einzelnen Mitglieder bleibt, ist man in einigen großen Genossenschaften in der Po-Ebene zum Kollektiveigentum am Boden übergegangen. Eine wichtige Rolle spielen die weiterverarbeitenden Betriebe, die dem Verband der Agrargenossenschaften gehören, darunter

eine Großmolkerei und eine Teigwarenfabrik, die zu den modernsten Anlagen ihrer Art in Europa gehören. Die Molkerei in Granarolo, einem kleinen Dorf in der Ebene, ist das Prunkstück des kommunistischen Genossenschaftsverbandes. Der Betrieb macht einen geradezu luxuriösen Eindruck. Gearbeitet wird in klimatisierten Hallen, an den Wänden sieht man farbige geometrische Figuren. Die Gebäude wurden nach den fortschrittlichsten Erkenntnissen der Arbeitshygiene geplant und natürlich von verschiedenen Genossenschaftsfirmen gebaut. Infolge der weitgehenden Automatisierung sind in der Verwaltung und als Lkw-Fahrer weitaus mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigt als in der eigentlichen Produktion. Auch in der Teigwaren- und Viehfutterfabrik in Corticella arbeiten auf ganzen Etagen nur ein oder zwei Leute. Das Arbeitsklima ist hier anders als gewohnt, wohl ein psychologischer Effekt der Arbeitsverhältnisse in einem Betrieb, wo der Direktor von den Genossenschaftsmitgliedern gewählt wird. Auch das Kantinenessen war recht schmackhaft, allerdings fiel mir auf, daß der Direktor nicht hier aß, aus welchen Gründen auch immer.

IM ROTEN BOLOGNA

Ein Roter als Präsident

Erst Mitte 1970 hat man in Italien die sog. Regionen als Verwaltungseinheiten eingeführt, die etwa unseren Bundesländern entsprechen. Präsident der Region Emilia-Romagna wurde Guido Fanti, Mitglied der Direktion der KPI, ein imposanter, überaus populärer Typ. Noch als Oberbürgermeister von Bologna konnte er im Frühjahr 1969 im Sportpalast den 12. Parteitag der KPI eröffnen.

Dieser Sportpalast liegt in einem jener neuen Viertel am Stadtrand, deren Planung internationale Anerkennung (sogar ein Artikel im „Spiegel“) gefunden hat. Dabei war man von der Absicht ausgegangen, Bologna auf das Jahr 2000 vorzubereiten. Nachdem es die Kommunalregierung auf sehr geschickte, aber durchaus legale Weise verstanden hatte, die Bodenspekulation total auszuschalten, hatte man freie Hand für eine fortschrittliche, an den Interessen der Bevölkerung orientierte Planung der städtischen Entwicklung. Man will den mittelalterlichen Charakter der Innenstadt erhalten und sie zu einem Kultur- und Fremdenverkehrszentrum mit großen Fußgängerzonen umfunktionieren. Wirtschaft und Behörden erhalten eine eigene, sehr verkehrsgünstig gelegene Zone vor der Stadt.

Die Stadt wird von einer schon fertiggestellten vielspurigen Schnellstraße umgeben, auf der man wesentlich schneller von einem Ende der Stadt ans andere gelangt als durch die engen Gäßchen der Innenstadt. Im Norden Bolognas entsteht ein riesiges Wohngebiet. Gerade bei uns kennt man ja abschreckende Beispiele wie das Märkische Viertel in Westberlin oder München-Neuperlach, wo man an den Bedürfnissen der Bewohner vorbeigebaut hat. Da es sich aber bei Bologna-Nord um ein kommunales Projekt handelt, brauchte man auf die Profiterwartungen irgendwelcher Kapitalisten keine Rücksicht zu nehmen. Zahlreiche Kleinbetriebe, die in das neue Industrieviertel verlegt werden, erhalten von der Stadt Subventionen. Auch sonst gibt es in der Finanzpolitik einige progressive Möglichkeiten für die Kommunalregierung. Etwa werden Genossenschaften bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt, ebenso erhalten sie städtischen Boden zu günstigeren Preisen als Private. Das alles ist eigentlich nichts weiter als die Erfüllung des Verfassungsauftrages, den Genossenschaften besondere finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren. Der Präsident der Verfassunggebenden Versammlung für Italien 1947 war ein Kommunist, und die Ziele der IKP sind durchaus in Ein-

klang mit den Forderungen der Verfassung. Für wen Kommunisten Finanzpolitik machen, zeigt sich auch bei den Steuern: bei der sogenannten Familiensteuer ist den Gemeinden die Festlegung der Quoten überlassen – so bezahlen 85 000 der 157 000 Familien in Bologna keinen Pfennig, dagegen stammt ein Drittel aller Einnahmen aus der Familiensteuer von den 658 reichsten Familien. Auch das ist eigentlich nichts weiter als die Verwirklichung des Verfassungsgrundsatzes „Steuerprogressivität“, nur richtet man sich anderswo nicht danach.

Bologna ist anders

Wenn man Bologna mit anderen italienischen Städten, etwa Neapel, Rom oder Mailand vergleicht, fällt einem erst vieles auf, was man vorher als Selbstverständlichkeit übersehen hat. Erst wenn man weiß, daß in Mai-

den Vororten von Mailand gesehen hat, erkennt man den Wert einer geplanten städtischen Entwicklung. Bolognas Kommunisten brauchen keine Angst vor der unmittelbaren Kontrolle ihrer Politik durch die Einwohner zu haben. Als einmaliges Modell in Italien schuf die Stadtverwaltung ein System von demokratischen Einrichtungen, die eine stärkere Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsvorgängen herstellen, namentlich an der Aufstellung des Haushaltsplanes. Sportanlagen, Vorschulziehung und teilweise sogar die städtische Polizei wurden ganz den neugeschaffenen Räten der jeweiligen Bezirke unterstellt.

Freilich gibt es noch eine zweite Art von Kontrolle über die Stadtregierung, diesmal durch den sogenannten Präfekten, einen vom Innenministerium in Rom eingesetzten Aufseher, der hinter dem Rathaus in einem ei-



Die Band des Kommunistischen Jugendverbandes (FGCI) auf dem Pressefest der „Unita“ in Bologna

land (1,9 Millionen Einwohner) über 300 000 Zimmer fehlen, fällt einem auf, daß in Bologna keine Zimmer fehlen – der soziale Wohnungsbau in Mailand und Bologna verhalten sich wie 1:10. Erst wenn man weiß, daß es in Mailand statt der 1 300 nötigen nur 52 Kinderhorte gibt, fällt einem auf, daß es in Bologna genug gibt. Und erst, wenn man die von Privatkapitalisten hochgezogenen Wohnsilos in

genen Palast residiert, einem Stück faschistischen Monumentalkitsch. Der Präfekt hat seine eigene Polizeitruppe und kann nahezu jede Initiative der Stadtverwaltung blockieren. Was das angesichts der schon immer reaktionären Innenminister in Rom bedeutet, kann man sich ausmalen. Aufgrund dieser vielen Einschränkungen durch Präfekten und eine reaktionäre Gesetzgebung darf man natürlich die

IM ROTEN BOLOGNA

Kommunalpolitik von Bologna nicht überbewerten. Bis zu einem sozialistischen Italien ist noch ein schwerer Weg.

Aktionseinheit auf italienisch

Eine sehr gute Definition dieses italienischen Wegs zum Sozialismus gab mir der jetzige Leiter der internationalen Abteilung beim ZK der IKP, Sergio Segre: „Wir glauben, daß man heute in einem kapitalistischen Land den Begriff Revolution nicht als Vorbereitung auf einen Tag verstehen kann, an dem die Revolution ausbricht. Unsere Politik ist revolutionär, indem sie die Klassenbeziehungen zugunsten der Arbeiterklasse ändert und diese zur führenden Kraft macht. Wir streben tiefgehende Strukturformen an. Hierzu führen wir einen Klassenkampf um immer höhere politisch-ökonomische Ziele. Der Sozialismus ist heute eine Notwendigkeit für die westlichen Industrieländer. Wir sind für einen friedlichen Weg zum Sozialismus, aber wir wissen, daß das nicht nur von uns abhängt. Auf Gewalt wird mit Gewalt geantwortet.“

Eines der ersten Ziele dieser Politik ist die Aktionseinheit der italienischen Arbeiterklasse. Auch in dieser Hinsicht ist Bologna ein wichtiges Beispiel. Seit dem Sieg über den Faschismus hat sich hier die Einheit der IKP

und der beiden sozialistischen Parteien PSI und PSIUP, die etwa der linken SPD entsprechen, bewährt. Sogar innerhalb der Christlich-Demokratischen Partei (DC) gibt es immer stärkere Tendenzen, auf der Grundlage der christlichen Überzeugung zu antiimperialistischen und antimonopolistischen Positionen zu gelangen, so vor allem in Mailand, wo zahlreiche Industriearbeiter bei der DC eingeschrieben sind. Dort hat übrigens im Dezember 1970 die weit rechtsstehende Sozialdemokratische Partei (PSU) die Koalition mit den Christdemokraten gesprengt, weil diese sich nicht scharf genug gegen die Kommunisten abgrenzten. Freilich darf man dabei nicht vergessen, daß der Chef der DC in Mailand ein Großunternehmer ist und daß diese Partei nach wie vor die entscheidende Stütze des italienischen Monopolkapitals darstellt.

Am weitesten fortgeschritten ist in ganz Italien die Aktionseinheit der drei großen Gewerkschaftsverbände CGIL (kommunistisch/sozialistisch), CISL (katholisch) und UIL (sozialdemokratisch). Vor allem CISL und UIL haben die früher sehr engen Bindungen an DC bzw. PSU weitgehend aufgegeben und sind dabei, ein Klassenbewußtsein neu zu entwickeln. Ebenso gibt es eine große

katholische Genossenschaftsorganisation, die CCI. Sie hat ebenfalls bei Granarolo einen großen Molkereibetrieb. 1969 kamen sie mit der kommunistischen „Konkurrenz“ überein, die beiden Betriebe unter einer gemeinsamen Leitung zusammenzulegen.

Natürlich gibt es auch innerhalb der Arbeiterbewegung objektive Schwierigkeiten, so etwa hinsichtlich der Jugendorganisation der IKP, der FGCI. Ohne übertreiben zu wollen, scheint mir doch, daß sie vielerorts in eine gewisse Isolierung gerade von den Massen der Arbeiterjugend geraten ist. Etwa gibt es in Bologna über 100 000 KP-Mitglieder, darunter viele junge Arbeiter und Lehrlinge, aber kaum 2 000 FGCI-Mitglieder, meist Oberschüler. Als ich 1969 erstmals die FGCI in Bologna besuchte, fiel mir fast als erstes ein Plakat „unseres“ SDS in die Augen, das man offenbar aus Sympathie ins Büro gehängt hatte. Zumindest diese Ortsgruppe der FGCI schien mir mit dem SDS mehr gemeinsam zu haben als mit der IKP. In einer erregten Diskussion wurde ich selber sogar einmal als „Stalinist“ bezeichnet.

Freilich sollte man derartige Symptome nicht überbewerten. In der Leitung der FGCI in Rom ist von derartigen Tendenzen wenig festzustellen. Ich traf durchaus auch Genossen, die etwa zur

Frage der Ereignisse in der CSSR eine differenziertere Position bezogen als es ihre Organisation offiziell getan hatte. In Bologna saßen wir oft nachmittags im Schatten auf den Stufen des Doms und diskutierten über die Entwicklung in der Bundesrepublik, wobei über die alte APO wesentlich mehr bekannt war als etwa über die SDAJ oder die Jungsozialisten. Als vorteilhaft betrachteten die italienischen Genossen vor allem die im DGB realisierte Einheitsgewerkschaft. Sehr lebendig ist auch noch die Erinnerung an den Hitlerfaschismus, und überall wurde mir bald die Frage gestellt, wie wir in der BRD die NPD und die Sammlung der rechten Kräfte beurteilten.

Eines der imposantesten und bezeichnendsten Erlebnisse in Bologna schließlich war für mich das große Fest der kommunistischen Zeitung „L'Unita“, der zweitgrößten in Italien. Die FGCI hatte ihr Zelt mit CIA-Karikaturen ausgestattet (besonders treffend die Schreibweise WCIA). Auf diesem Fest trafen sich Genossen aus Italien und der SU, aus Palästina und Griechenland und schließlich aus der BRD. In dieser internationalen Verbundenheit wurde mir der Wert der Erfahrungen der IKP und der italienischen Arbeiterbewegung in Bologna erst richtig deutlich.

Das Sonderangebot

Junge Leute — Junge Lieder

Eine Platte mit Oktoberklub Berlin, „gruppe pasaremos“, Dresden, „Singklub 67“, Singklub Neubrandenburg u. a.

30 cm, 33 Upm

Bei Bestellungen bis zum 31. 3. 1971

Sonderpreis: DM 15,—

Neu in unserem Angebot:

American negro folk rhythms

Ella Jenkins and the goodwill spirituals choir n. a. Hammer-Song, All over this world, Who's gonna be your man?

Preis: DM 22,—

Mexique —

Cronica Mexicana

aus der Serie: Neue internationale Chansons.

Preis: DM 19,—



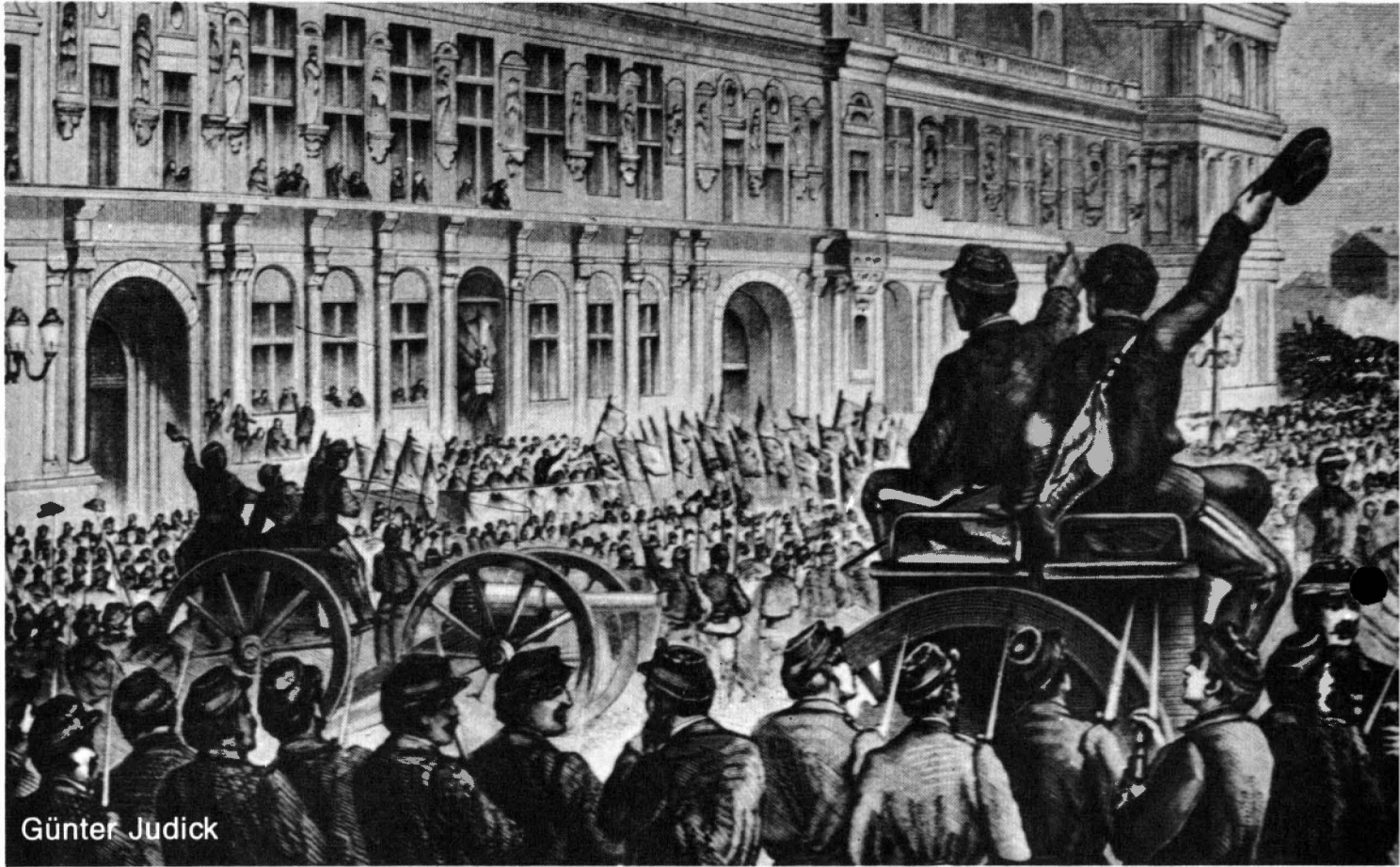
Weiterhin im Angebot:

Folklore aus aller Welt — Revolutionäre Lieder (insgesamt über 100 Titel) Fordern Sie den Gesamtprospekt an!

Bestellungen bitte an:

Weltkreis-Verlags-GmbH Schallplatten 46 Dortmund, Brüderweg 16





Günter Judick

VIVE LA CO

„Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.“

Karl Marx in „Der Bürgerkrieg in Frankreich“.

Paris, 18. März 1871.

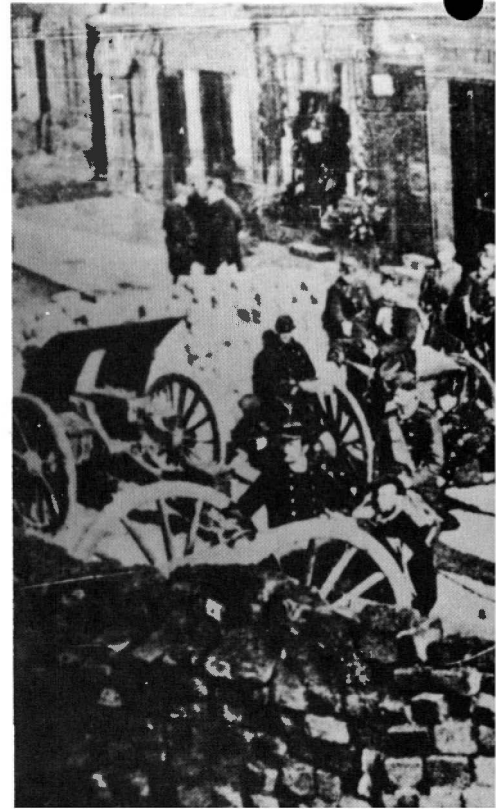
Das bewaffnete Volk von Paris, geführt vom Zentralkomitee der Nationalgarde, verjagt die Regierung das nationalen Verrats, errichtet seine Herrschaft. Zehn Tage später proklamiert das Volk von Paris die Kommune, geführt durch einen aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Rat aus 86 Mitgliedern, dessen Mehrheit aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterinteressen besteht.

Ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte hat begonnen. Die weltumspannende Allmacht des Kapitals wird in einem der Zentren, in Paris, für einige Monate gestürzt. 72 Tage lang herrscht das Volk, ist Demokratie kein Schlagwort, sondern Wirklichkeit, lassen Arbeiter sich nicht politisch „vertreten“ (besser: zertreten), sondern handeln selbst, besitzen die politische Macht. Zum erstenmal dienen Entscheidungen einer Staatsmacht nicht den Reichen, sondern sichern Lebensinteressen der Arbeitenden, sitzen in den Ämtern nicht hochbezahlte

Bürokraten, sondern die gewählten Delegierten der Kommune, die zu Arbeiterlöhnen arbeiten, ihren Wählern rechenschaftspflichtig und zu jeder Zeit abwählbar, sind. Die ganze „heilige“ Welt des Kapitals und der Junker fühlt sich bedroht. Die Parasiten aller Völker heulen, hetzen und rüsten zum Mord. Die Herrschenden Frankreichs und Deutschlands, noch im Kriegszustand miteinander, vereinen sich sofort gegen ihre Völker.

Die Arbeiter von Paris machen vieles richtig, manches falsch. Ihr größter Fehler ist, ihre Gegner zu unterschätzen. Doch für den Aufbau einer neuen Gesellschaft gibt es noch keine Erfahrungen, keine einheitlichen Theorien, keine geschlossene Partei der Arbeiterschaft. Nur wenige Arbeiter von Paris kennen einiges von den Lehren Marx' und Engels'. Zwar gehören viele Mitglieder des Rats der Kommune zur Internationalen Arbeiter-Assoziation (1. Internationale), doch sind sie meist Anhänger des in Frankreich stark verwurzelten kleinbürgerlichen Sozialismus.

Paris ist blockiert, abgeschnitten von der Provinz. Es hungert. Seine Macht muß zwangsläufig abnehmen, die seiner Gegner mit all ihren Verbindungen wachsen. Noch ist auch die internationale Bewegung der Arbeiterschaft nicht stark genug, den Untergang der Kommune zu verhindern. Die



Ein neuer Abschnitt in der Weltgeschichte hat begonnen: am 28. März 1871 proklamiert das Pariser Volk die Kommune.



Welt der Reichen ist nach 72 Tagen Kampfes stark genug, die Kommune in einem Meer von Blut zu ertränken. 30 000 Kommunarden werden erschossen, zehntausende verbannt, manche können flüchten. Paris verliert in diesen Tagen seine besten Demokraten.

Das Kapital hat seine weltweite Macht noch einmal wiederherstellen können. Doch es ist ein Sieg, der den Keim kommender Niederlagen in sich trägt. Aus den blutigen Opfern der Kommune zieht die internationale Arbeiterbewegung die Schlußfolgerung für kommende Siege.

„Thiers: Was nützen Frankreich die Eisen- und Zinngruben, wenn wir dort die Commune haben!“

Brecht: Tage der Commune

Als die Kommune von Paris

die Macht übernimmt, haben die Herrschenden Klassen Frankreichs ihr Land bereits offen verraten. Obwohl Paris stark bewaffnet und unbesiegt war, das Land über große Reserven verfügte, kapitulierte das bürgerliche Frankreich vor Bismarck. Fünf Milliarden Goldfrank Kriegskontribution an das soeben in Versailles gegründete Deutsche Reich und der Verlust Elsaß-Lothringens schienen den Kapitalisten Frankreichs leichter zu ertragen als bewaffnete Volksmacht in Paris. Wie schon das deutsche Bürgertum seit 1848 all seine nationalen und demokratischen Ideale verriet und aus Angst vor den Arbeitern mit den Junkern

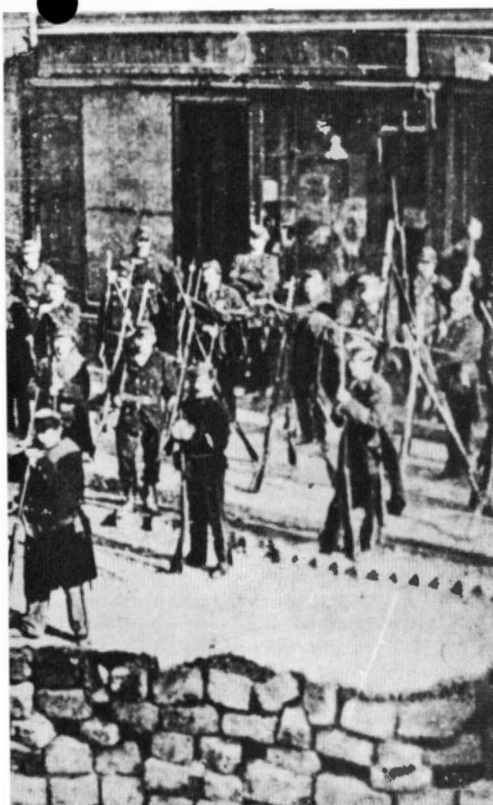
paktierte, erwies sich auch Frankreichs Großbürgertum als eine antinationale Clique, die ihren Profit höher stellte als nationale Volksinteressen.

Anders dachten die Arbeiter Frankreichs. Sie hatten die Herrschaft Napoleons bekämpft, seine Eroberungspolitik abgelehnt. Unmittelbar nach der Gefangennahme Napoleons am 2. September in der Schlacht bei Sedan stürzten die Pariser Arbeiter in einer Revolution am 4. September 1870 die Monarchie, proklamierten die Republik. In ihrem Namen wurden bürgerliche Minister tätig, offiziell, um als „Regierung der nationalen Verteidigung“ das republikanische Frankreich vor den Beutewünschen des deutschen Kapitalismus zu schützen. Doch die Thiers und Favre, die Feinde des Volkes im Mantel der „Volksvertreter“, hatten nur die eine Sorge: Um jeden Preis Frieden mit den Deutschen, damit das Volk von Paris entwaffnet werden kann.

Denn Paris war in Waffen. Unmittelbar nach Napoleons Niederlage entstand eine Nationalgarde aus 200 Bataillonen, vorwiegend Pariser Arbeitern und Kleinbürgern. Aus eigenen Mitteln wurden unter großen Opfern Gewehre und Kanonen beschafft. Bismarcks Respekt vor diesem bewaffneten Volk von Paris war so stark, daß er im Priminialfrieden vom 26. Februar 1871 zwar die Waffen und Ausrüstung der Linienregimenter und die Besetzung der Mehrzahl der Forts von Paris erreicht, jedoch das Eigentum der Nationalgarde an ihren Waffen respektierte.

Am 18. März versucht die französische Re-

COMMUNE!



In der Rue Legendre haben Nationalgardisten eine Barrikade errichtet. Infolge eines Verrats war es dem Feind gelungen, durch das Tor St. Cloud in Paris einzudringen. Die letzten Tage der Kommune beginnen. Heldenhaft wehrt sich das Volk von Paris.

Grausam war die Rache der Bourgeoisie an denen, die ihre Herrschaft anzutasten gewagt hatten. Am 28. Mai war auf dem Pariser Friedhof Pere Lachaise der letzte Widerstand der heldenhaft kämpfenden Kommunarden zusammengebrochen. 30 000 Männer, Frauen und Kinder fielen dem Mordterror der Versailler Truppen zum Opfer. Gewehre allein genügten nicht, mit Kanonen mähte man die Kommunarden nieder.

gierung das, was Bismarck nicht wagte. In der Nacht werden Linientruppen in die Arbeiterbezirke entsandt, um die Kanonen der Nationalgarde zu entführen. Doch das Volk war wachsam, die Soldaten verbrüdernten sich zu einem großen Teil mit der Bevölkerung. Der Anschlag der Regierung mißlang, die Nationalgarde zog ins Stadthaus, die Minister flüchteten nach Versailles. Aber statt seinen Sieg auszubauen, die bürgerlichen Minister nicht nur aus Paris zu vertreiben, sondern ihre Macht in Versailles zu zerschlagen, feierte das Volk seinen Sieg, ging die Kommune zur friedlichen Arbeit über. Die Reaktion aber rüstete zum Bürgerkrieg.

In Erwägung, daß wir der Regierung Was sie immer auch verspricht, nicht traun Haben wir beschlossen, unter eigener Führung Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubaun. Brecht: Tage der Kommune

Ein besseres Leben

aufbauen, nicht Bürgerkrieg wollte die Kommune. Die von den Unternehmern stillgelegten Betriebe wurden Arbeiterproduktionsgenossenschaften übergeben, Großbetriebe der Arbeiterkontrolle unterstellt, leerstehende Bürgerwohnungen an Arbeiterfamilien verteilt, die Nachtarbeit für Bäcker verboten, das stehende Heer und die Polizei wurden aufgelöst. Alle Mietschulden wurden für 9 Monate erlassen, die Pfandleihen verpflichtet, 800000 infolge des Kriegselends verpfändete Gegenstände kostenlos zurückzugeben. Den kleinen Händlern und Unternehmern wurden die Wechselzinsen gestundet und alle Gerichtsmaßnahmen wegen Wechselschulden ausgesetzt. Auch die Kultureinrichtungen wurden erstmals dem Volke zur Verfügung gestellt. Die Theater wurden der Selbstverwaltung der Künstler, Angestellten und Arbeiter übergeben. Kirche und Staat wurden streng getrennt, Priester an den Schulen durch weltliche Lehrer ersetzt, deren Gehälter erhöht wurden. Die Kommune führte den unentgeltlichen Pflichtbesuch der Schule ein.

Vieles von dem, was die Kommune beschloß, ließ sich in den 10 Wochen nicht verwirklichen. Doch selbst noch im Kugelhagel der Konterrevolution beschäftigte sie sich mit den Zielen des Aufbaus einer besseren Welt. Ihr sozialistischer Charakter zeigt sich gerade in diesen Maßnahmen.

Bei jedem Schritt der Kommune erwies sich aufs Neue, daß die Arbeiterklasse, an der Macht, nicht einfach den Staat der Ausbeuter übernehmen konnte. Ein Apparat, zur Unterdrückung des Volkes jahrhundertlang geschaffen, kann nicht einfach zur Volksmacht umfunktioniert werden. Die Kommune selbst mußte als arbeitende Körperschaft, nicht als Parlament, den neuen Staat schaffen. Die Schaffung eben dieser neuen Staatsmacht war die größte soziale Errungenschaft, ihre Behauptung oder Niederlage entscheidend für das Schicksal aller vorgesehenen Maßnahmen. Doch gerade das wurde unter dem Einfluß der verschiedenartigsten Theorien des kleinbürgerlichen Sozialismus nicht erkannt. Versäumt wurde der rechtzeitige Angriff auf die in Versailles versammelte Konterrevolution, abgelehnt die Beschlagnahme des Vermögens der Bank von Frankreich, das so der Konterrevolution zur Verfügung stand. Ein Teil der Mitglieder des Rats der Kommune erkannte diese Schwächen und forderte energische Maß-



Die letzten Stunden der Kommune: Das Kapital ertränkt die Kommune in einem Meer von Blut. Noch einmal kann das Kapital seine Macht wiederherstellen. Doch dieser Sieg trägt den Kelm kommender Niederlagen in sich.

VIVE LA COMMUNE!

nahmen, wobei dieser jedoch die Notwendigkeit ökonomischer und sozialer Reformen zur Sicherung der Massenbasis unterschätzte. Ein anderer Teil sah nur die Reformen und übersah jegliche Gefahr für die Arbeitermacht.

Jene Diskussion, die heute in vielen Aussprachen junger Menschen eine große Rolle spielt, über das Wechselverhältnis von Reform und Revolution, sie wurde mit allen Fehlern und Folgen von den verschiedenen Gruppen in der Kommune geführt. Für die Arbeiterbewegung ergaben sich daraus wichtige Lehren.

„Erst die Sozialdemokratie (die Marxisten, G. J.) hat durch zähe und planmäßige Arbeit die Massen zu den höchsten Kampfformen erzogen.“

Lenin: „Die Lehren der Kommune“ Bd. 13 S. 485

Eine der wichtigsten Lehren

der Pariser Kommune ist die, daß die Arbeiterklasse nicht siegen kann ohne eine marxistische Partei. Zwar gab es im Paris der Kommune etwa 30 Sektionen der Internationale, doch es fehlte die wissenschaftliche Theorie, die straffe, einheitliche Organisation, die, ausgerüstet mit einer wissenschaftlichen Weltanschauung, die Einheit des Wollens und Handelns garantiert. 46 Jahre später verfügte das russische Proletariat beim nächsten Anlauf um die Arbeitermacht über dieses Kampfinstrument, dank der Lehren, die Marx, Engels und Lenin aus der Kommune gezogen hatten.

Die Niederlage der Kommune war der Zusammenbruch aller damaligen Theorien des kleinbürgerlichen Sozialismus, sei es in anarchistischer oder rechtsreformerischer Erschei-

nungsweise. In der Arbeiterbewegung setzte sich in der Folge der Marxismus, die wissenschaftliche Theorie und Praxis für den Kampf der Arbeiterklasse durch. In allen Ländern entstanden die Massenparteien der Arbeiterklasse.

Wenn heute vielerorts die Theorien des kleinbürgerlichen Sozialismus wieder propagiert werden, wenn sie zur Irreführung suchender junger Menschen von den Verlagen der herrschenden Klasse verlegt und von ihrer Presse gepriesen werden, so ist es wertvoll, ihre praktische Wirksamkeit in der Pariser Kommune zu überprüfen und ihre Untauglichkeit zu erkennen.

*Die Internationale erkämpft das Menschenrecht
Eugene Poittier, 1871*

Die erste große Bewährungsprobe

der Losung des Kommunistischen Manifests: „Proletarier aller Länder — vereinigt Euch“, das ist die Pariser Kommune 1871. Die Pariser Arbeiter selbst geben im März 1848 das Beispiel: Polnische, ungarische und deutsche Revolutionäre, die in Paris wohnen, werden in die Kommune gewählt und mit wichtigen Funktionen betraut. Das Verhältnis zur Klasse entscheidet, nicht die Nationalität.

In allen Ländern stehen die Sektionen der Internationalen Arbeiter-Assoziation an der Seite ihrer Pariser Klassengenossen, entwickeln sie die kämpferische Solidarität.

Auch in vielen deutschen Städten, über die gerade der Siegesrausch des preußischen Militarismus hinweggeht, gibt es Kundgebungen für die Kommune. Mutig tritt im Reichstag August Bebel für die Sache der Kommune auf und gegen die räuberische Politik des deutschen Kapitals gegenüber dem französischen Volk. Keine Hetze und Verleumdung der Kommune, und selbst nicht ihre Fehler, können Marx und Engels, Bebel und Liebknecht und mit ihnen zehntausende Arbeiter von ihrer Solidarität mit der herrschenden Arbeiterklasse von Paris abhalten. Auch mit allen Fehlern ist die Kommune für sie die Vorhut, das erste Bollwerk der Arbeiterklasse, das es gemeinsam zu verteidigen gilt.

100 Jahre später, heute, ist der Sozialismus seit mehr als 50 Jahren Realität in der Welt, existiert seit mehr als zwei Jahrzehnten der sozialistische deutsche Staat, die DDR. Die Ideen der Kommune sind vielfache Wirklichkeit geworden.

Doch auch die Methoden der Herrschenden sind geblieben. Im kapitalistischen Teil der Welt gilt nach wie vor Hetze und Verleumdung gegen den bestehenden Sozialismus, besteht noch immer die Absicht, ihn bei sich bietender Gelegenheit im Blut zu ertränken, wie einst die Kommune. Sie möchten es gar zu gerne, doch sie schaffen es nicht mehr.

Damals wie heute ist das Verhältnis zur bestehenden Arbeitermacht der Prüfstein für jeden Sozialisten, für den Internationalismus.

In den Stunden bitterster Niederlage, auf der Flucht vor den Schergen der Konterrevolution, versteckt in Belgien, schrieb das Mitglied des Rates der Kommune, Eugene Poittier, die siegesgewissen Worte der Internationale, die heute von tausenden jungen Arbeitern und Studenten, Lehrlingen und Schülern wieder zum Kampf auf die Straßen der Bundesrepublik getragen werden:

*„In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute
Wir sind die stärkste der Parteien
Die Müßiggänger schiebt beiseite
Diese Welt muß unser sein.“*

Die DDR stellt sich vor

Deutsch
Englisch
Französisch
Ungarisch

4., erweiterte und verbesserte Auflage

Ständig wächst die Zahl ausländischer Reisender, die unser Land kennenlernen möchten.

Sie haben viele Fragen. Mehr als der Gastgeber oftmals beantworten kann.

Unser reich illustriertes Sachbuch „Die DDR stellt sich vor“ gibt umfassend Auskunft in textlichen Informationen, grafischen Darstellungen, Schwarzweiß- und Buntfotos. Anschaulich und konzentriert wird der Stoff auf etwa 250 Seiten in 11 Kapiteln mit 107 Einzelrubriken dargeboten.

Was der Gast wissen möchte, was DDR-Bürger über Land und Staat wissen sollten – das findet sich in „Die DDR stellt sich vor“. Die Publikation eignet sich auch als willkommenes Geschenk für deutschsprechende Freunde, die im Ausland leben oder beheimatet sind.

Im handlichen Format von 12 cm X 19 cm 6,90 M.

In deutscher, englischer, französischer und ungarischer Sprache lieferbar.



VERLAG ZEIT IM BILD

DDR-801 Dresden, Julian-Grimau-Allee

POST

An Redaktion
"elan"
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis. Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

PS.
Betrifft:
Briefkontakte

Liebe Leser!
Schreibt uns
Eure
Adressen-
wünsche. Wir
werden Euch
gerne
Anschriften
aus den
verschiedenen
Ländern
übersenden.



Solidarität

Stellvertretend für viele soll dieser Bericht von einer Spendenaktion für Vietnam stehen.

Die SDAJ Rhein-Wupper-Leverkusen veranstaltete einen Vietnam-Basar. Er begann um 9 Uhr bei strömendem Regen und sollte um 13 Uhr beendet sein. Trotz des schlechten Wetters verlängerten wir den Basar bis auf 18 Uhr. Zwei Geschäfte spendeten Strom für ein Tonband. Wir sind stolz darauf, daß wir einen Betrag von 466,62 DM auf das Sonderkonto „Vietnam“ der SDAJ überwiesen haben. Wir beschlossen aber, weiter zu sammeln. Letzter Stand der Sammlung: 553,76 DM.
DIRK BROICH, Leverkusen

Post aus Ungarn

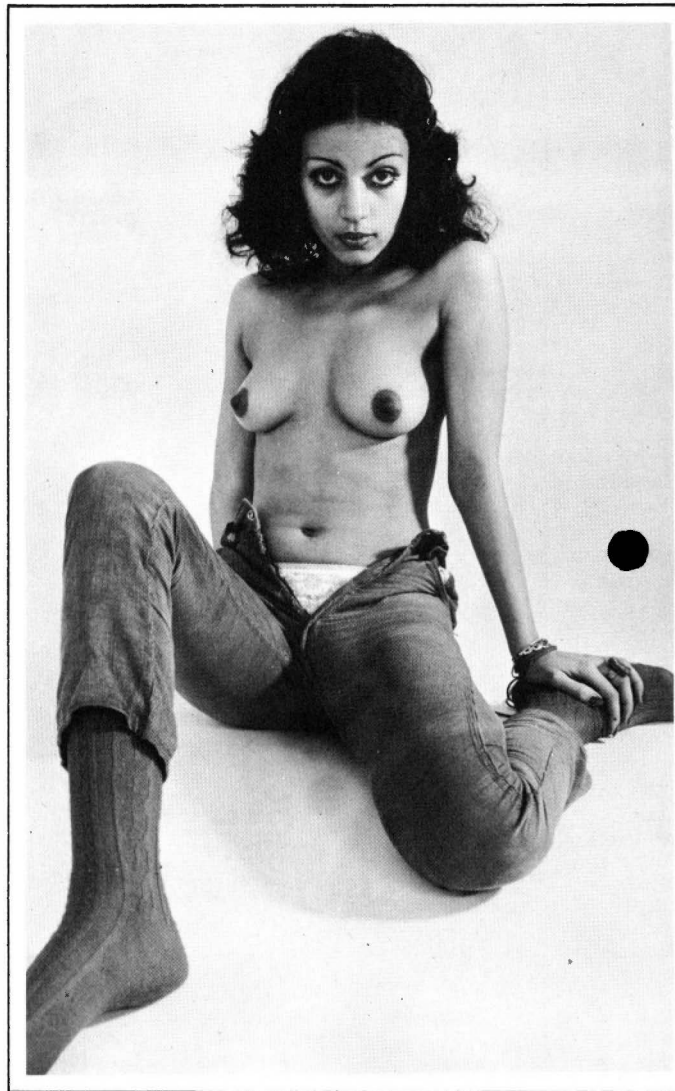
Auch im Ausland wird elan immer bekannter. Wer schreibt diesem ungarischen Mädchen?

Ich möchte allen Mitarbeitern der Zeitschrift elan aus Ungarn herzlichst gratulieren. Den elan habe ich zum Übersetzen bekommen, und ich muß sagen, ich habe daran viel Freude gehabt. Ihre antiimperialistische, antifaschistische Einstellung imponiert mir sehr. Man nimmt leider immer mehr Zeichen der Wiedergeburt des Faschismus wahr, da ist es für alle vernünftig denkenden Leute beruhigend, Ihre Zeitschrift zu lesen. Ich möchte gern mit einigen Lesern Ihrer Zeitschrift in Briefwechsel treten. Dazu meine Angaben: bin 24 Jahre alt, Lehrerin, lese, fahre, fotografiere gern, liebe Musik und interessiere mich für fast alles.
DOCZY KATALIN, Budapest, IX. Tarcali u. 25., Ungarn

Keine Diskussion

Immer wieder erreichen uns Briefe, wie in der Bundeswehr Diskussionen abgewürgt werden. Einer der Unterzeichner von „Soldat 70“, schreibt:

Im November wurde mir von einem Offizier meiner Staffel angeboten, in der „Aktuellen Information“ im Rahmen des Staffelnunterrichts ein Referat zu halten, dessen Thema ich mir aussuchen konnte. Also erarbeitete



ich einen Vortrag über die neonazistische „Aktion Widerstand“. Nach Weihnachten sollte die Sache dann über die Bühne laufen. Auf dem Dienstplan stand: „Gespräch für alle Soldaten über aktuelle Tagesfragen“. Dann kam unser Staffelfeher und begann eine Diskussion über Pornographie. Zu meinem Referat kam es nicht.

Einige Tage später sprach ich mit dem oben erwähnten Offizier. Ich erfuhr, daß der Staffelfeher ein Propagandareferat über die DKP erwartet und deshalb von vornherein ein anderes Thema angesetzt hatte.

Im Februar sah ich wieder auf den Dienstplan: „Staatsbürgerkunde, Thema: Rechtsextremismus“. Mit dem erwähnten Offizier hatte ich dann nochmals ein Gespräch. Er sagte mir, daß der Staffelfeher von einem Herrn des MAD (Militärischer Abschirmdienst) aufgesucht wurde. Dieser Herr hat sich nach den Worten des Offiziers dahingehend geäußert, daß es dem MAD nicht angenehm wäre, wenn ich meinen Vortrag hielte.

RÜDIGER KUHNKE, Matrose
z. Z. Kiel

Mehr Sex und mehr Internationales

Vor einem Jahr befragten wir unsere Leser nach ihren Vorschlägen für elan. Damals erreichten uns sehr viele Anregungen. Natürlich sind wir weiterhin für jede Kritik und für jeden Hinweis dankbar.

Ihrer bzw. unserer Zeitschrift „elan“ wünsche ich viel Erfolg für das Jahr 1971. Inhaltlich hätte ich noch den Wunsch, daß in Zukunft mehr über die internationale Jugendbewegung berichtet wird.
ROLF HÖHN, Stuttgart

Ich habe zum erstenmal „elan“ gesehen, und die Zeitschrift hat mir gut gefallen. Allerdings habe ich zwei Punkte, die ich kritisieren muß: 1. Meines Erachtens ist die Zeitschrift zu prude und erreicht somit nur einen beschränkten Wirkungskreis. Ich

würde es für besser halten, et- was Sex in die Zeitschrift zu bringen und somit auch Leser zu gewinnen, die sich bisher noch nicht intensiv mit Politik beschäftigt haben und für die eine nur politische Zeitschrift keinen besonderen Anreiz hat. Das wäre bestimmt mal einer Überlegung wert. 2. Ich bin erschüttert, daß ein linkes Magazin ausgerechnet mit einer solch imperialistischen Großbank wie der Deutschen Bank zusammen- arbeitet. Euch wird doch sicher das Buch „Hermann Josef Abs“ von Czichon bekannt sein. Sol- che Pannen dürften nicht vor- kommen. Es gibt doch auch ge- nossenschaftliche Banken und die Bank für Gemeinwirtschaft. WERNER METZEN, Wiesbaden

sind auch hier nochmal ca. 70 bis 80 Zeitungen, die an Berufs- schulen erscheinen. Auch hier wird teilweise eine sehr klare Sprache gesprochen. REINHARD BERLIN, Lemgo

Rettet Angela Davis

Panzergranadiere der Gneise- nau-Kaserne in Koblenz unter- zeichneten Postkarten an die US-Botschaft, auf denen die so- fortige Freilassung von Angela Davis gefordert wird. Einer der Unterzeichner schrieb uns:

Die Verhaftung von Angela Da- vis ist ein weiteres Beispiel für Nixons Kampagne gegen das Volk. Die Verhaftung steht in einer Reihe mit den Morden von Kent und Jackson, dem Trup- peneinsatz gegen streikende Postangestellte, der Erschie- ßung von achtundzwanzig Black Panthers, dem Terrorfeldzug in Vietnam und dem Einmarsch in Kambodscha und Laos.

Es ist heute möglich und not- wendig, Millionen für eine große Verteidigung zu gewinnen. Es ist die Aufgabe eines jeden auf- richtigen Demokraten, sich für die Freilassung von Angela Da- vis einzusetzen. Deshalb fordern wir: „Hände weg von Angela Davis!“

RENE MÜLLER, Koblenz

Ende Januar 1971 führte die neugegründete Oldesloer SDAJ- Gruppe eine Angela-Davis-Sol- daritätsaktion durch. Trotz des äußerst reaktionären Klimas an den Oldesloer Schulen gelang es dennoch, 66 Unterschriften unter folgende Resolution zu be- kommen:

„Hiermit erkläre ich mich solida- risch mit der farbigen Philoso- phiedozentin Angela Davis und fordere Ihre sofortige Freilas- sung oder wenigstens die Zulas- sung eines unabhängigen Ju- risten zur Beobachtung des Pro- zesses.“

Diese Resolution wurde dann zusammen mit den Unterschrif- ten an die US-Botschaft in 532 Bad Godesberg, Mehlemer Aue, weitergeleitet.

MICHAEL LÜCK, Bad Oldesloe

Bei Reinhard Junges Artikel „Reißt die braunen Seiten raus!“ hat es einigen Zellen- salat gegeben. Wir haben den Artikel noch einmal in der rich- tigen Reihenfolge nachge- druckt. Der Neudruck ist bei uns erhältlich. Die Olympia-Story „Noch 600 Tage bis München“ stammt aus der Feder von Klaus Wal- ler. Redaktion elan

Zensur

Einer unserer Leser bittet uns um Vermittlung einer Brief- freundin aus dem Ausland; al- lerdings mit Einschränkung:

Die Korrespondenz müßte in deutscher Sprache stattfinden, da ich Strafgefangener bin und meine Briefe zensiert werden. Wie so eine Zensur aussieht, be- weist ja wohl die Tatsache, daß mir der Bezug des „elan“ abge- lehnt wurde mit der Begrün- dung, er gefährde die Sicher- heit und Ordnung der Anstalt. Erst als ich mich beschwerte, wurde es genehmigt. Name ist der Redaktion bekannt

Berufs- schulzeitung

Einen wichtigen Hinweis gibt uns der Vorsitzende der Lan- desjugendpresse von NRW.

elan 1-2/70 stimmt, weiter so. Zu Seite 4: „60 Lehrlingszeitun- gen durchbrachen die von Mei- nungsmachern aufgebauten Ta- bus“. Wenn ich richtig Informiert bin, sind diese 60 Zeitungen SDAJ-Zeitungen. Nun gibt es die Landesjugendpresse von NRW. Von 250 Mitgliedszeitungen

Asche aufs Haupt

Asche aufs Haupt streuen muß sich die Redaktion. In der Ja- nuar-Februar-Ausgabe des elan sind uns einige „Bolzen“ passiert. Wir bitten unsere Le- ser um Entschuldigung. Es soll nicht wieder vorkommen.

Die günstige Einkaufsquelle für Büromaschinen



Aus Lagerbeständen stets günstige Gelegenheiten, fabrikneu, Koffer- schreibmaschinen, Saldiermaschi- nen, Rechenautomaten. Profitieren Sie von unseren Großeinkäufen.



Fordern Sie Sonderkatalog II/286

NÖTHEL AG Deutschlands großes
Büromaschinenhaus

34 Böttingen · Markt 1 · Postfach 601
Telefon 6 2006, Fernschreiber Nr. 096-693

Jagow versichert (fast) alles — auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 6 78 09 93

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen: Prospekte bitte anfordern!

Agentur Fliegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2 29 96 66



Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab _____ bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan. (Jahresabonnement 13 DM einschließ- lich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

... und dann einserden an: Weltkreis-Verlags-GmbH 46 Dortmund, Brüderweg 16

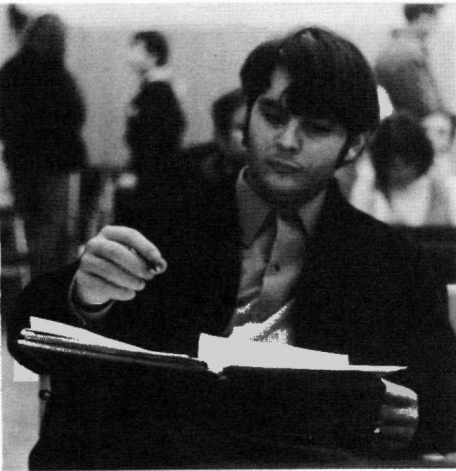


Ohne Hasch und kalte Füße

II. Festival des politischen Liedes in der DDR

Berlin, 7. Februar 1971. Fast tausend Menschen drängen sich in der überfüllten Kongreßhalle im neuen Stadtkern am Alexanderplatz. Auf der Bühne: die Singetruppe des Oktoberklubs, allen voran Hartmut König mit seinem neuesten Lied, das zum populärsten dieses Festivals werden sollte:

„Chile tanzt, Chile tanzt, / Allende zog ein in die Arbeiterstuben, / Allende hat sich in Bauernhöfen verschanzt. / Chile tanzt das Pflaster zu heiß für die Herren der Gruben, / Chile tanzt den Feldweg zu heiß für die Latifundistas . . .“



Oben: Hartmut König vom Oktoberklub Berlin

Oben rechts: Großen Beifall erhielt die Münchener Song-Gruppe

Rechts: „Quilapayun“, Agitprop und Folklore aus Chile

Beifallsstürme, Wiederholung der Schlußstrophe, erneuter Beifall. Dann: Lieder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, die bis heute nichts von ihrer Aussagekraft und von ihrem Feuer verloren haben, der Solidarität mit Angela Davis und dem kämpfenden vietnamesischen Volk, Lieder, die aktuelle Probleme des sozialistischen Aufbaus der DDR widerspiegeln und neue Ziele abstecken. Zweites Festival des politischen Liedes, das ist mehr als eine Bestandsaufnahme der Singebewegung in der DDR. Das ist auch Vergleich mit Agitpropgruppen anderer Länder, das sind Diskussionen, Foren und Betriebsbesichtigungen, das sind Gespräche des Lernens vom Anderen.



Die Sänger der Unidad Popular

Da war zum Beispiel die Gruppe Quilapayún aus Chile. Fünf junge Männer, seit mehr als acht Jahren singen sie zusammen, beherrschen ihre Instrumente mit einer Präzision, wie man sie nur von Lateinamerikanern erwarten kann. Liedermacher, die ihren politischen Standpunkt, ihre Verbundenheit mit den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen Chiles nicht mit der ersten goldenen Schallplatte über Bord geworfen haben und heute mit ihrer Kunst den Kampf der Unidad Popular unterstützen.

Berlin sang in jener Woche in vielen Sprachen: da waren die Gruppen „Gerilla“ aus Budapest und „Lutschina“ aus Moskau, „Il Contemperaneo“ aus Italien und „Agitprop“ aus Finnland. Gekommen waren auch: Cynthia Nokwe aus Südafrika, Bob Lumer aus USA, Aurora La Casa aus Spanien und der Kanadier Perry Friedman. Sie alle verband ein gemeinsames Anliegen: sich mit ihren Liedern in den Kampf gegen den Imperialismus, für eine Welt ohne Krieg und Unterdrückung einzureihen.

Zu ihrem größten Erfolg seit ihrer Gründung vor vier Jahren wurde das Auftreten der Münchener Song-Gruppe. Vor allem, weil sich in ihren Liedern eine klassenbewußte politische Konzeption und wirksame künstlerische Realisation miteinander verbinden. Ihre Lieder sind im Kampf, in der Aktion entstanden, und der Kern der Gruppe, die beiden Liedermacher Wolf Brannasky und Erwin Jedamus, versteht es, die Traditionen des deutschen Arbeiterliedes schöpferisch mit neuen Elementen zu verbinden.

Absage an Pop-Manipulation

Stürmischen Beifall erntete Brannaskys Lehrlied „Lehrlinge zusammenhalten“, begeistert aufgenommen wurden die Münchener Menschöpfung „Angela Davis“ und Dieter Suverkrüps „Baggerführer Willibald“, der dem politischen Lied in der BRD neues Terrain erschlossen hat. Beifallsstürme auch für Brechts „Einheitsfrontlied“. Dann, zum Schluß, sang man gemeinsam die „Internationale“: junge Sozialisten aus Helsinki und Mailand, FDJler im Blauhemd und in der Uniform der Nationalen Volksarmee.

Drei große Diskussionsveranstaltungen grenzten das Festival auch theoretisch von der Konsumindustrie à la Philips und Bertelsmann ab: „Das Bild des Revolutionärs“, „Pop: Protest, Profit, Manipulation“ und „Klassenauslenkungen in den siebziger Jahren“.

Die Frage, was denn heute und unter den konkreten Bedingungen der DDR revolutionär sei, stand im Mittelpunkt des ersten Forums, an dem u. a. ein Werkdirektor und der DDR-Lyriker Volker Braune teilnahmen. Der mit dem Gewehr in Vietnam kämpft, der Flugblätter vor Krupp in Essen verteilt oder einen Massenstreik bei General Motors in Detroit organisiert, der sich in der DDR um hohe Planerfüllung bemüht und aktiv am sozialistischen Aufbau Anteil nimmt — das ist, so einigte man sich, der junge Sozialist von heute, der aus den jeweils herrschenden Bedingungen die konkreten Methoden seines Kampfes abgeleitet hat.

„Pop: Protest, Profit, Manipulation“ untersuchte das nächste teach-in, das von Karl-Eduard von Schnitzler, dem Chefkommentator des Deutschen Fernsehfunks, geleitet wurde, Bob Lumer, amerikanischer Arbeitersänger, bekannt geworden durch seinen CIA-Song, kommentierte einleitend einen US-Wochenschaubericht über ein Pop-Festival, das der Sprecher zur gleichen Zeit, da in Vietnam Verbrechen verübt werden, als ein Fest des Friedens und der Liebe bezeichnete.

Von daher ergab sich abermals eine scharfe Trennung: dort das Lied, das Unbehagen kanalisieren und die Menschen ablenken und verdummen soll, hier das Lied, das über gesellschaftliche Zusammenhänge aufklärt, das den bewußten, nicht manipulierbaren Menschen braucht; dort die demoralisierende Freizeitindustrie mit Sex, Hasch und Traumwelten, hier die künstlerisch widergespiegelte Realität und der Blick nach vorn. Auf der einen Seite Freddy und Deep Purple, auf der anderen Oktoberklub und Münchener Song-Gruppe.

Diese Diskussionen waren auch dort für den Besucher aus der Bundesrepublik interessant, wo sie sich auf aktuelle Probleme der DDR konzentrierten: sie zeuten von einer Jugend, die sich mit ihrer Arbeit, ihrem Lernen und ihren Liedern aktiv am gesellschaftlichen Leben ihres Landes beteiligt.

„ . . . damit diese Welt unser werde!“

Zwischen den zahlreichen Veranstaltungen ergab sich ein reger Meinungsaustausch der einzelnen Gruppen und Interpreteten untereinander, standen politische Anschauungen und künstlerische Konzepte zur Debatte, wurde das Bemühen deutlich, die Erfahrungen des anderen aufzugreifen, sie zu verallgemeinern und wenn möglich für die eigene Praxis nutzbar zu machen.

Das zweite Festival des politischen Liedes in der Hauptstadt der DDR widerlegte jene, die prophezeiten, der fünfte Jahrestag der Gründung des Oktoberklubs werde Stillstand und Ideenlosigkeit an den Tag bringen. Wirkten zwar einige Singegruppen noch unausgereift, so bewiesen doch gerade die zahlreichen Neuschöpfungen, wie viele junge Talente sich in ihnen gesammelt haben.

Auf besonders hohem Niveau standen einige neue Lieder des Oktoberklubs selber: Das „Streiklied“ von Peter Hacks (Text) und Klaus Schneider „Arbeiter, schlagt eure Schlacht“ von Helmut Kontauts (Musik) und Gisela Steineggert und eben jenes „Chile tanzt“ von Hartmut König.

Sie alle schrieben ihre Texte und Melodien von jener sozialistischen Position aus, die der junge Volksarmist Helmut Kontauts in seinem „Prometheus“ artikuliert:

„Sie haben entdeckt, daß die Erde sich dreht,
daß im Weltall kein Platz ist für Gott,
warum die Gesellschaft aus Klassen besteht,
und standen stets direkt vorm Schafott.
Und dennoch holten Prometheus sie
vom Felsen herunter zur Erde.
Sie gaben sein Feuer von Herd zu Herd,
damit diese Welt unser werde.“ /

Reinhard Junge

elan ist Aktion.

elan macht Aktion.

„Aktion

Goldenes Vorhängeschloß“

In dieser Ausgabe stellen wir den ersten „Preisträger“ vor.

„Aktion — 3 Krieg? Niemals“

Dieses Poster, mit dem die Ratifizierung des Moskauer Vertrages gefordert wird, ist jetzt in der 2. Auflage erschienen.

Die neueste Aktion im Jahr der arbeitenden Jugend:

elan-expreß

Ein Zeitungsflugblatt, DIN A 3,
8 Seiten, farbig

- Das ist der Terror der Werksgestapo
- Kongreß „Arbeiterjugend contra Monopole“
- Angela-Davis-Poster
- Hasch — Das große Geschäft

(Mehr verraten wir noch nicht!)

elan-expreß kann man kaufen. Verkaufspreis DM 0,30. (Bitte DM 0,30 zusätzlich DM 0,20 für Rückporto in Briefmarken einsenden, und wir übersenden den elan-expreß.)

elan-expreß kann auch weiterverkauft werden. DM 0,20 müssen abgerechnet werden.

Notwendig ist nur, daß der untenstehende Bestellabschnitt ausgefüllt und an den:

Weltkreis-Verlag

46 Dortmund

Brüderweg 16

ingesandt wird.

Ich bestelle hiermit Exemplare

„elan-expreß“ zum Weiterverkauf.

Name/Gruppe: _____

Wohnanschrift: _____

Unterschrift: _____

Die fünf Musiker der Gruppe **FAIRPORT CONVENTION** entwickelten den britischen Folk-Rock. Den üblichen Beat-Instrumenten Schlagzeug, Gitarren, Baßgitarre stellten sie traditionelle Folklore-Instrumente wie Fiddle, Dulcimer, Bora und Mandoline gegenüber. So wurde der Rock weicher, melodischer. Fairport Convention singen Volkslieder aus dem Mittelalter, z. B. Bauernklagen über die Not, die Söldnerkriege mit sich brachten („Sloth“). Diese Lieder besitzen in ihrer politischen Parteilichkeit auch heute noch Aussagekraft. Wechsel des Rhythmus und der melodieführenden Instrumente machen die Texte attraktiv und die Musik schwingend-leicht, wobei die Melodien alter Tänze (Flatback Catper) besonders beeindruckend. (Full House, Island ILPS 9130 St. 19 DM). Im gleichen Stil, doch stimmlich ausgefeilter spielen **MATTHEW SOUTHERN COMFORT** (Second Spring Phonogramm St. 6369600, 19 DM) die auch zeitgenössische Songs von S. Fricker, T. Rush u. a. interpretieren, dabei aber sozialkritische Lieder ausklammern. Der Stil beider genannter Gruppen hebt sich wohltuend vom Einheits-Blues-Rock-Trend oder dem Geseiche der auf Hits spezialisierten Bands ab.

Die ungekrönte Königin des Blues hieß **BESSIE SMITH**. Von den zwischen 1923 und 1933 mitgeschnittenen Blues sollen nach und nach 160 in technischer Auffrischung neu erscheinen. So vielseitig wie Bessie Smith sang kaum jemand den Blues: mit gewaltigem Stimm-aufwand, klagend, brutal, ironisch, fordernd. Neben der den Blues bestimmenden Trauer über verlorene Liebe beinhalten ihre Bluestexte sehr viel Sexsymbolik (Need a little sugar in my bowl). Bessie versuchte, auf die schlechte materielle Lage der Arbeiter zu machen, wenn sie 1929 sang „Herr Millionär, hör mal her! Weil du in einer Villa lebst, weißt du ja nicht, was harte Zeiten sind. Die Frau des armen Arbeiters weint — deine Frau lebt wie eine Königin. Herr Millionär: Gäbe es keinen armen Mann, was tätst du dann?“ 32 der schönsten Bessie-Smith-Blues wurden zu einem preiswerten Doppelalbum zusammengestellt. (The World's Greatest Blues Singer CBS 66258, 25 DM). Die Begleitmusiker der „Königin des Blues“ sind schon legendäre Jazzer wie Clarence Williams, Fletcher Henderson, Jack Teagarden, Benny Goodman.

DONOVAN ist ein Musterbeispiel für den Sängertyp der 60er Jahre, der auszog, mit Protestsongs die Welt zu ändern und sich nach kommerziellen Erfolgen mit leichten Liedern prostituierte. Die 21 Songs des Doppelalbums „This is Donovan“ (Epic S 66251, 25 DM) stützen diese Kritik. Nicht nur mit Schmelz, sondern auch mit Schmalz in der Stimme (Lalena) schluchzt Donovan den „Tagen

Carsten **SONG** Linde MAGAZIN

Über den „Profitgeier“ berichtete elan Nr. 1-2/71. Die erste deutsche Rockoper des Polit-Kabarets „Floh de Cologne“ schlägt überall, wo sie gespielt wird, ein wie eine Bombe. Der Tourneepfad der Kölner Flöhe: 5. 3. Liblar/Köln, 6. 3. Oberhausen, 7. 3. Schwäbisch Hall, 8. 3. Stuttgart (?), 9. 3. Crailsheim (?), 10. 3. Weikersheim (?), 11. 3. Heilbronn (?),

12. 3. Neustadt/Weinstraße, 13. 3. Mainz, 14. 3. Springen/Taunus (im Rahmen der Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier), 15. 3. Esslingen, 16. 3. Reutlingen, 17. 3. Heidenheim, 18. 3. Neuwied, 19. 3. Geislingen, 20. 3. Marbach/Neckar, 21. 3. Bruchsal, 22. 3. Konstanz (?), 23. 3. Ravensburg (?), 24. 3. Rheinfelden, 25. 3. Trier, 26. 3. Ludwigshafen.

des Weins und der Rosen“ nach und bezeichnet sich zutreffend als „in die Sonne geflüchteten Sänger“. Weiche, verträumte Musik, lyrisch-verinnerlichte Texte, problemfreie Lebens- und Liebesphilosophie — wer das braucht, wird's ertragen, ansonsten abzuraten.

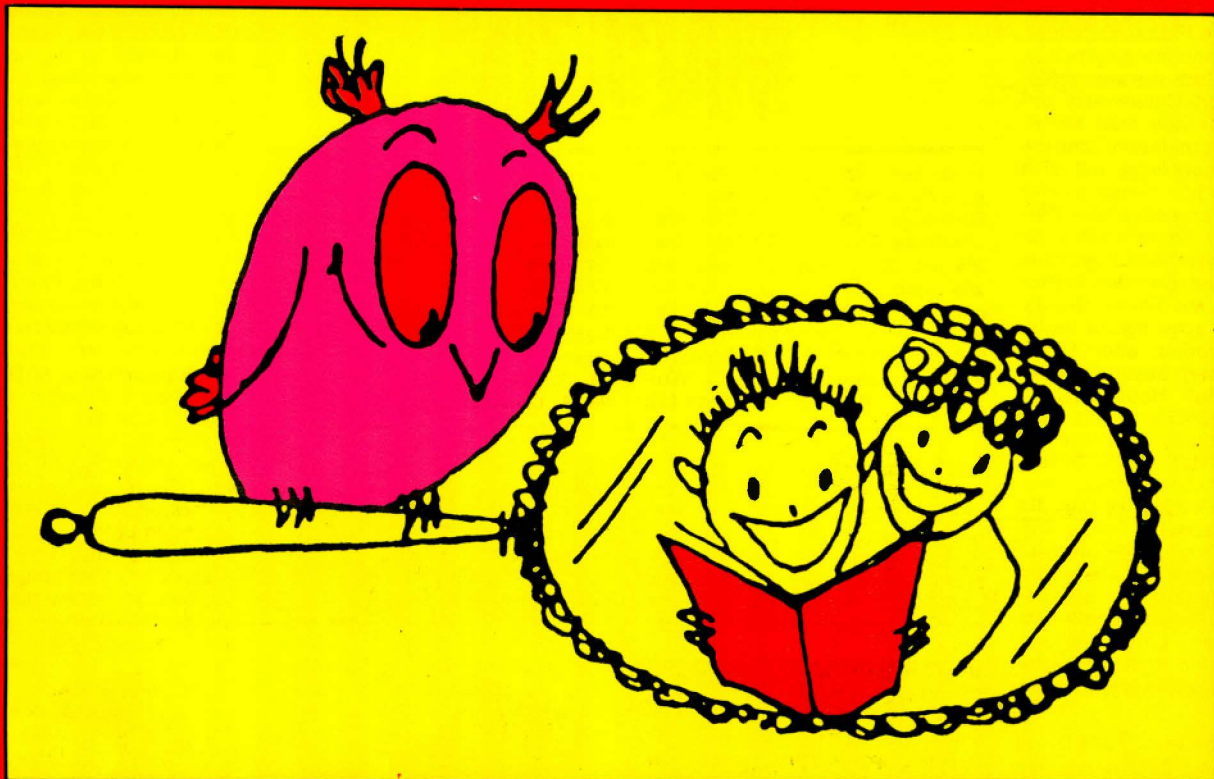
DIETER SÜVERKRÜP nannte seine letzte LP „Süverkrüps Hitparade (Pläne S 22303, 20 DM). Auf ihr sind zunächst drei wirklich zu Polit-Hits gewordenen Lieder der letzten zwei Jahre zu hören: Das Spottlied auf Pillen-Paul („Der heilige Vater“), das „Trostlied“ für NPD-Mitglieder („Das gesunde Volksempfinden“) und die beängstigende Zitatensammlung aus Straßendiskussionen („Bleimse mir doch weg mit Ihrem Scheiß-Vietnam“). Nach dem Regierungswechsel 1969 sah Süverkrüps, „Ach, mir ging der Zorn zur Neige/Meine Sangeslust ward dünn / seit

die SPD regiert / im Land wo ich geboren bin“), die Notwendigkeit, seine Lieder auf aktualisieren und seine Kritik auf die scheinbar neuen Machtverhältnisse zuzuschneiden. „Nun muß alles anders werden/brotlos wurde meine Kunst/Meuchlings haben die Genossen/mir die ganze Show verhunzt“. Um Show war es Dieter Süverkrüps noch nie zu tun, vielmehr darum, die Machtverhältnisse und Klassenstrukturen in dieser Gesellschaft aufzuzeigen und zu ihrer Änderung aufzurufen. Ohne Klassenkampf, ohne Druck von unten werden sich auch unter der SPD/FDP-Koalition die Produktionsverhältnisse nicht grundlegend ändern: „Wenn nicht wir die Regierten/drängen die Regierenden/wenn nicht wir die Regierten/fragen die Regierenden: Was ist denn nun mit der Demokratie/Frieden in Europa und was und wie?/Wenn nicht wir auf die Tube

drücken, dann kommt auch nichts raus.“ Im „ungeschminkten Protest“ zeichnet der Sänger das Kalte-Kriegs-Bild, welches Bundesbürger heute noch vielfach von der DDR („das arme, getretene Gebilde“) haben. Es ist eine Häufung von grotesken Negativ-Klischees, wie z. B. „Beim Werkstor stehst täglich zwei Hypnotiseure/die legen, was kommt, auf Parteilinie fest/wodurch man seit Jahren das Mittagessen/zum Zweck von Versammlungen ausfallen läßt“. Eine Auseinandersetzung mit dem oft verwirrten Revolutionsgerede der Antiautoritäten beinhaltet das Lied „Die Kunst, Andersmeinende für den Sozialismus zu gewinnen.“ Hierin wird der hilflose Versuch von bürgerlichen APO-Studenten geschildert, Arbeiter über deren Klassenlage zu informieren, da aber selbst den Sozialismus als Leerformel verstehen. Dieses Lied wird für den Zuhörer durch typisch Süverkrüpsche Wortspiele zum lustvollen Lernprozeß. Das schönste Lied scheint mir jenes zu sein, das einfach „Lied“ heißt. Es ist ein Vietnamlied, jedoch nicht nach bewährtem Muster der Aufzählung von Kriegsverbrechen, sondern in dem es Hoffnung und Solidarität weckt, weil es an das Beispiel erinnert, welches das vietnamesische Volk in seinem Befreiungskampf gegen die Imperialisten für die ganze Welt gibt. Die Arrangements zu den Songs unterstreichen den Text meistens ausgezeichnet und wirken nur gelegentlich zu zaghaft. Süverkrüps Lieder sind nie Lieder um ihrer oder gar seiner selbst willen, sondern stets Diskussionsbeiträge, Artikulationshilfen, Lernprozesse in Liedform oder Agitationslieder. Wie ernst es dem Sänger damit ist, seine Zuhörer zu politisieren geht nicht nur aus dem „Schlußchoral“ hervor: „Zum guten Ende sind wir darin einig/daß nur Gesang die Welt nicht ändern kann/wir müssen wohl auf andere Mittel sinnen/sonst kriegen wir die Herrschaft nicht mehr los“. Als über die Lieder hinausgehende Agitation ist „Süverkrüps Bücherliste“ zu verstehen, die auf der Rückseite der Plattenhülle abgedruckt ist und marxistische Literatur empfiehlt.

Psychedelischen Jazz spielt **MILES DAVIS** mit sechs Begleitmusikern. Ein Live-Mitschnitt in der New Yorker Kathedrale „Fillmore East“ dokumentiert die explosive Leidenschaftlichkeit, mit der diese Gruppe experimentiert: Rückkopplungseffekte, Geräuschverzerrer, Trillerpfeifen, und die verschiedensten Schlaginstrumente werden einbezogen in eine brodelnde, vitale Musik, deren besonderes Kennzeichen die immer noch „coolen“ Trompetentöne von Miles Davis sind. Miles Davis scheint mit dieser Musik einen neuen Jazzstil geprägt zu haben. (Miles Davis at Fillmore, CBS S 66257 2 LPs 25 DM).





1971 erscheinen folgende
Nachauflagen beliebter und
begehrter Eulenspiegel-Bücher

WILHELM BUSCH

Band 1

Dieses war der erste Streich

356 Seiten · Leinen 23,50 M

JOACHIM KUPSCH

*Die galanten Abenteuer
Münchhausens*

72 Seiten · Pappband 4,50 M

Eulen nach Spree-Athen

Herausgegeben von Hans Ludwig
332 Seiten · Leinen 23,50 M

Das Tier lacht nicht

Herausgegeben von W. Sellhorn und G. Branstner
324 Seiten · Leinen 14,60 M

HELMUT MERTEN

Im Rahmen des Unmöglichen

96 Seiten · Englisch broschiert 6,80 M

LOTHAR KUSCHE

Wie man einen Haushalt ausbält

120 Seiten · Pappband cellophaniert 6,80 M

LUDWIG TUREK

Die Liebesfalle

136 Seiten · Leinen 5,80 M

Alle Titel werden mit genauem
Erscheinungstermin noch
in der NOVA angezeigt.

EULENSPIEGEL Verlag für Satire und Humor DDR-108 Berlin, Kronenstr. 73/74

